

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jörg Roesler

Probleme des Brigadealltags  
Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima  
in volkseigenen Betrieben 1950–1989

Gerhard Barkleit

Hochtechnologien in der Zentralplanwirtschaft der DDR  
Zum Dilemma der Mikroelektronik der DDR in den achtziger Jahren

Arnd Bauerkämper

Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft  
in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Barbara Schier

Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf“

Kommentar und Replik

Widerstandsforschung und DDR-Kontakte

B 38/97

12. September 1997

Jörg Roesler, Dr. sc. oec., geb. 1940; Studium der Wirtschaftsgeschichte in Berlin; 1978–1991 Bereichsleiter am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR für die Wirtschaftsgeschichte der DDR und Osteuropas; Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Veröffentlichungen u. a.: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978; Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR, Freiburg/Br. – Berlin 1990; Inszenierung oder Selbstgestaltungswille. Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre, Berlin 1994.

Gerhard Barkleit, Dr. rer. nat., geb. 1943; Studium der Physik in Dresden; von 1973 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR (Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, Institut für Halbleiterphysik Frankfurt/O.) und im Zentrum für Forschung und Technologie Mikroelektronik Dresden; seit 1993 am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden.

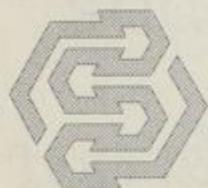
Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Dresden 1993; (zus. mit Heinz Hartlepp) Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961 (Berichte und Studien 1), Dresden 1995; Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR (Berichte und Studien 5), Dresden 1995.

Arnd Bauerkämper, Dr. phil., geb. 1958; Studium der Geschichtswissenschaft und Anglistik in Bielefeld und Oxford; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: Die „radikale Rechte“ in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991; (Hrsg.) „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996; (Hrsg. zus. mit Jürgen Danyel, Peter Hübner und Sabine Roß) Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997.

Barbara Schier, M. A., Film-Studium in Potsdam-Babelsberg; Studium der deutschen und vergleichenden Volkskunde, Soziologie und Sozialpsychologie in München; wissenschaftliche Mitarbeit an einem DFG-geförderten Forschungsprojekt am Institut für deutsche und vergleichende Volkskunde der Universität München zur „Alltagskultur im sozialistischen Dorf“; Promotion 1997.

Veröffentlichungen u. a.: Volkskundliche Verlage im Dritten Reich vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Kulturpolitik, in: Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Institut für Volkskunde (Hrsg.), Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1988; Hexenwahn und Hexenverfolgung. Rezeption und politische Zurichtung eines kulturwissenschaftlichen Themas im Dritten Reich, in: Komm. f. Bayerische Landesgesch., ebd. (Hrsg.), Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde 1990; Der Delphin-Verlag Dr. Richard Landauer. Eine Studie zur Ausschaltung eines jüdischen Verlegers im Dritten Reich, in: Historische Kommission des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels (Hrsg.), Buchhandelsgeschichte 1995/2.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Probleme des Brigadealltags Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950–1989

## I. Die Darstellung des Arbeitsalltags als Manko der DDR-Geschichtsaufarbeitung

Es waren Industriosozologen, die sich nach 1989 zuerst für den Arbeitsalltag in der DDR interessierten. Sie gingen in die Betriebe, interviewten Arbeiter, Meister und Werkleiter. In der Regel kamen sie aus den alten Bundesländern. Oft waren auch ostdeutsche Industriosozologen als ortskundige Führer an diesen Untersuchungen beteiligt bzw. gaben Meinungen bekannt, mit deren Verkündung sie sich bis 1989 zurückgehalten hatten. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen und Feststellungen waren im einzelnen durchaus unterschiedlich, ergaben in ihrer Mehrheit jedoch ein einheitliches Bild, das auch von den Medien aufgegriffen und rasch zum Allgemeingut der Öffentlichkeit wurde.

Danach waren die Arbeitsverhältnisse in der DDR durch „Abwehr von Verantwortung“ sowie „weitverbreiteten Schlendrian hinsichtlich Arbeitszeit, Materialeinsatz, Termintreue, Verarbeitungsqualität“ gekennzeichnet: „Man orientierte sich auf Schonung der eigenen Kräfte, günstige Arbeitsbedingungen.“<sup>1</sup> Letztliche Ursache für dieses Verhalten der Betriebsangehörigen sei die Planwirtschaft gewesen, denn die Beschäftigten hätten erfahren, „daß jede Mühe irgendwann durch den Plan zunichte gemacht wurde“. Materialmangel und Maschinenstillstand seien aber nicht nur Ausgangspunkt von Arbeitszurückhaltung und Schlendrian gewesen, sondern „sie legitimierten häufige Arbeitsunterbrechungen und ließen das geruh-same Tempo als von außen auferzwungen erscheinen“<sup>2</sup>. Zwar verfügten die Facharbeiter in der Regel über „Chaosqualifikation“, die ihnen er-

laubt hätte, einen flüssigeren Produktionsablauf zu erreichen, „Aber wer hätte sie ihm abpressen können?“<sup>3</sup> „Die Verfügung der Arbeiter über die Punkte bzw. Zonen der Produktion konnte man weder mit Disziplinarmaßnahmen brechen noch mit dem Eröffnen individueller Lohnerwartungen aufweichen.“<sup>4</sup> Der Vorgesetzte, der Meister, ohnehin durch „geringe formale Autorität und Anweisungsbefugnis“ gehandikapt<sup>5</sup>, sei gegenüber dem mit der Chaosqualifikation ausgestatteten „Engpaßkommandeur“ machtlos gewesen<sup>6</sup>. Wie wenig oder wie schlecht man auch arbeitete – es war so, „daß niemand ohne Leistungslohn nach Hause ging“<sup>7</sup>. „Vieles deutet darauf hin“, schrieb Ulrich Voskamp, „daß für die Beschäftigten in der DDR vielleicht der Betrieb als sozialer Ort und Verteilungsinstanz von Sozialleistungen, wohl kaum aber der betriebliche Arbeitsprozeß selber eine zentrale Sphäre zur Realisierung subjektiver Interessen war“<sup>8</sup>. Etwas anders drückte es Martin Kohli aus, als er zu dem Schluß kam: „Die DDR war ... eine Arbeitsgesellschaft ..., aber sie war keine Leistungsgesellschaft.“<sup>9</sup>

Eher als derartige in der Wissenschaftssprache formulierte Einschätzungen fanden griffige Formulierungen über den DDR-Arbeitsalltag Verbreitung, wie die bereits 1990 vom Schriftsteller Heiner Müller geprägte Formel: „Der bisherige Burgfrie-

vertraglicher Beziehungen in einem VEB, in: Zeitschrift für Soziologie, 20 (1991) 4, S. 311 ff.

3 Lutz Marz, Dispositionskosten des Transformationsprozesses. Werden mentale Orientierungsnoté zum wirtschaftlichen Problem?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/92, S. 9.

4 Alf Lütke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 196.

5 Martin Heidenreich, Zur Doppelstruktur planwirtschaftlichen Handelns in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 20 (1991) 6, S. 420.

6 L. Marz (Anm. 3), S. 10.

7 R. Rottenburg (Anm. 2), S. 313, 315.

8 U. Voskamp/W. Wittke (Anm. 1), S. 177.

9 Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 4), S. 46.

1 Ulrich Voskamp/Volker Wittke, „Fordismus in einem Land“ – Das Produktionsmodell der DDR, in: Sozialwissenschaftliche Information, (1991) 2, S. 177.

2 Richard Rottenburg, „Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen“. Zum Verhältnis vertraglicher und nicht-

den in der DDR beruhte doch darauf, daß zwei Stunden gearbeitet, aber acht bezahlt wurden.“<sup>10</sup> Es gab zum Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben und zur Arbeitseinstellung der Bürger der DDR aber auch andere Stimmen und Einschätzungen, wie etwa die von Ingrid Stratemann. Sie faßte die Untersuchungsergebnisse des Instituts für Wirtschaftspsychologie in Dortmund über das Verhalten der Ostdeutschen dahingehend zusammen, „daß sich die wirtschaftsrelevanten Nachteile in der Leistungs- und Persönlichkeitsstruktur bei Mitarbeitern in den neuen Bundesländern ... auf sehr wenige Teilbereiche beziehen“. Ingrid Stratemann schlußfolgerte bereits Mitte 1992: „Jedenfalls ist nach diesen Resultaten das negative Vorurteil gegenüber Mitarbeitern aus den neuen Bundesländern in entscheidenden Punkten zu revidieren.“<sup>11</sup> Das geschah jedoch nicht. Warum sie und einige andere Soziologen und Psychologen mit ihrer abweichenden Auffassung von der Arbeitshaltung der Ostdeutschen wenig Resonanz in der Öffentlichkeit fanden, hat die Wirtschaftspsychologin selbst bereits thematisiert: „Dadurch, daß die ‚armen Osis‘ alles schlechter machen, nichts produzieren, zu keiner Anstrengung bereit sind, wie dies in den Massenmedien verbreitet wird, erfahren die Bürger der alten Bundesrepublik ohne jedes Zutun eine soziale Aufwertung.“<sup>12</sup>

Für die Historiker war der DDR (Betriebs-)Alltag in den ersten Jahren nach der Wende kein Thema. Sie hatten sich zunächst überwiegend auf die nunmehr frei zugänglichen Archive gestürzt und waren in ihrer Mehrheit damit beschäftigt, brisante politische Themen aufzugreifen – oft in der „Manie, aus Archivalien überraschende und ‚neue‘ Thesen zu konstruieren“<sup>13</sup>. Als sie sich seit Mitte der neunziger Jahre stärker der Wirtschafts-, Sozial- und Alltagsgeschichte zuwandten, fanden sie bereits eine gefestigte Meinung über den Arbeitsalltag in der DDR vor, die sie entweder zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen machen oder aber auch kritisch hinterfragen konnten.

Sie entschieden sich unterschiedlich. Der Kulturhistoriker Dietrich Mühlberg war z. B. bezüglich der in den ersten Jahren nach der Wende veröffentlichten soziologischen Meinungsumfragen und Stu-

dien der Auffassung, „daß die von den Medien ... schnell vermarkteten Ergebnisse fast immer den kulturhistorischen Kommentar herausfordern“<sup>14</sup>. Andere Historiker haben fast kritiklos die medienwirksamen Kernsätze zum DDR-Betriebsalltag übernommen. So heißt es bei Stefan Wolle in seinem Aufsatz „Herrschaft und Alltag“: „Der Arbeitsalltag der DDR war durch eine Art heimlichen Gesellschaftsvertrag bestimmt: ‚Wir tun so, als ob wir arbeiten. Und ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt‘.“<sup>15</sup>

Sofern die mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte befaßten Historiker kritiklos die von den Medien verbreiteten und von ihnen teilweise vulgarisierten Ergebnisse der Forschungen der Industriesoziologen übernommen haben, setzen sie sich zwei Vorwürfen aus: Erstens ignorieren sie die abweichende bzw. auf gegenteiligen Aussagen beruhende Minderheitsmeinung. Zweitens werden Aussagen über die Arbeitsverhältnisse in den DDR-Betrieben, wie sie von den Industriesoziologen für die letzten Jahre der DDR oder für den gesamten Zeitraum der achtziger Jahre festgestellt wurden, durch die unreflektierte Identifikation des Historikers mit ihnen zu Aussagen erhoben, die für 40 Jahre DDR gelten sollen.

In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, daß vier Jahrzehnte DDR keine Periode aus „einem Guß“ waren. Das bedeutet auch, daran zu zweifeln, daß das, was die Industriesoziologen 1990 und 1991 in den damals noch existierenden ehemaligen VEB an Zuständen beschrieben und an Verhaltensweisen der Belegschaften herausfanden, von Anfang an, d. h. beginnend mit dem Eigentümerwechsel in den Betrieben, schon so gegeben war. Es wird versucht, nachzuweisen, daß es Entwicklungen – keineswegs nur gradlinige – und wechselnde Probleme oder auch eine wechselnde Gewichtung von Problemen des Betriebsalltags gab.

Die Darstellung konzentriert sich auf zwei Probleme aus dem Arbeitsalltag in den Betrieben: auf das Verhältnis der Arbeiter untereinander und zu dem Vertreter der Betriebsleitung, der für den Arbeiter alltäglich erfahrbar war, dem Meister. Die Art und Weise der Regelung dieser Arbeitsverhältnisse war einerseits Ausdruck des Arbeitsklimas in den Betrieben und hat andererseits wie-

10 Heiner Müller, *Zur Lage der Nation*, Berlin 1990, S. 16.

11 Ingrid Stratemann, *Psychologische Bedingungen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24/92, S. 23.

12 Ebd., S. 17.

13 Hermann Weber, „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26/97, S. 11.

14 Dietrich Mühlberg, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 4), S. 63.

15 Stefan Wolle, *Herrschaft und Alltag. Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26/97, S. 34.

derum wesentlichen Einfluß auf das Arbeitsklima im Betrieb gehabt. Betrachtet werden sollen diese betrieblichen Alltagsprobleme „von unten“, aus der Sicht der „kleinsten Produktionseinheiten“ im Betrieb, aus der Perspektive der Arbeitsgruppen. In der DDR organisierten sich diese Arbeitsgruppen von Anfang an und in wachsendem Maße als Brigaden.

## II. Die Brigade als charakteristische Form der Arbeitsgruppe in den volkseigenen Betrieben

Die ersten Produktionsbrigaden waren bereits im Herbst 1947 entstanden. Ihre eigentliche Geschichte begann im März 1950 mit der vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) organisierten massenhaften Bildung von Arbeitsbrigaden. Die Brigaden vermehrten sich viel rascher, als im Kampagneplan des FDGB vorgesehen<sup>16</sup>. Anfang der fünfziger Jahre war etwa ein Drittel, Mitte der fünfziger Jahre bereits die Hälfte der Industriearbeiter in Arbeitsbrigaden organisiert<sup>17</sup>. Die – ebenfalls vom FDGB initiierten – „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ gab es seit Anfang 1959. Anders als im Falle der Arbeitsbrigaden verpflichteten sich ihre Mitglieder, nicht nur „sozialistisch zu arbeiten“, sondern auch „sozialistisch zu lernen und zu leben“. Verglichen mit den schon bestehenden Arbeitsbrigaden sollte sich in den sozialistischen Brigaden die „progressive Elite“ der Industriearbeiter zusammenfinden. Ab 1960 waren 45 Prozent der Arbeiter in den Betrieben in „Kollektiven der sozialistischen Arbeit“ organisiert, wie die offizielle Bezeichnung der Brigaden seit März 1962 lautete<sup>18</sup>. Nach vorübergehendem

Rückgang des Organisationsgrades auf 37 Prozent arbeitete im Jahre 1969 erstmals die Mehrheit der Beschäftigten der volkseigenen Industriebetriebe in Brigaden. Bereits zwei Jahre später waren es zwei Drittel, 1988 sogar 84 Prozent. In anderen Wirtschaftszweigen fand das Brigadesystem nicht im gleichen Maße Anwendung. In der Wirtschaft insgesamt überschritt 1970 der Anteil der in sozialistischen Brigaden organisierten Beschäftigten erstmals die 40 Prozent-Marke. Im Jahre 1988 wurde eine Beteiligung von 67 Prozent erreicht. Seit der Verstaatlichungsmaßnahme von 1972 waren alle in der DDR existierenden Industriebetriebe volkseigen. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dürfte es kaum einen größeren VEB gegeben haben, in dem nicht die Mehrzahl der betrieblichen Arbeitsgruppen Brigaden waren.

Die Brigaden unterschieden sich von den übrigen im VEB existierenden Arbeitsgruppen mindestens in drei Merkmalen: Sie waren erstens das Resultat einer Entscheidung der Arbeitsgruppe selbst, d. h. die Bildung von Brigaden war Sache der Beteiligten. Sie konnte nicht von oben angeordnet werden. Zweitens schlossen die Brigaden jährlich einen Brigadevertrag mit der Werksleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) ab bzw. stellten sich in einem von beiden Institutionen gebilligtem „Kampfprogramm“ zur „Erringung des Titels ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘“ zusätzlich Produktionsaufgaben, mit denen (meistens) die Menge der herzustellenden Produkte überboten oder (seltener) die Qualität der produzierten Erzeugnisse gesteigert werden sollte. Als sozialistische Brigaden übernahmen sie auch Verpflichtungen, die über den Produktionsprozeß hinausreichten. Diese Verpflichtungen bezogen sich einerseits auf Qualifizierungsaufgaben („sozialistisch lernen“). Andererseits umfaßten sie unter der Rubrik „sozialistisch leben“ kulturelle oder gesellige Aktivitäten der Brigademitglieder nach Feierabend und an den Wochenenden bzw. Unterstützungsmaßnahmen für Schulen („Patenschaften“) oder Kommunen („Aufbaueinsätze“). Werksleitung und BGL verpflichteten sich ihrerseits, die für die Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne durch die Brigade benötigten Materialien und Zulieferungen „kontinuierlich bereitzustellen“ und die über den Produktionsprozeß hinausgehenden Aktivitäten der Brigade durch Freistellungen (vor allem für Qualifizierungslehrgänge) und mit Geld (z. B. für Theaterbesuche und Brigadefahrten) zu unterstützen. Drittens hatten die Brigaden direkten Einfluß auf die Bestimmung des Arbeitsgruppenleiters. Wurden die „gewöhnlichen“ Arbeitsgruppen unmittelbar durch den

16 Bereits im Sommer war das Jahresziel erreicht und überschritten. Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Gewerkschaftsarchiv (ZGA), A 40049, unpag.; A 557, unpag.

17 Anteile hier und im folgenden berechnet auf der Grundlage der Angaben des Bundesvorstandes des FDGB bzw. der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR (SAPMO-BArch, ZGA 2997, unpag.; Statistische Jahrbücher der Deutschen Demokratischen Republik, Jgge. 1955–1989).

18 Die Umbenennung ergab sich durch die Zusammenfassung der ebenfalls Ende der fünfziger Jahre entstandenen, aber weit weniger zahlreichen „Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit“, in denen Arbeiter und Ingenieure gemeinsam den technischen Fortschritt in den Betrieben beschleunigen sollten, mit den „Brigaden der sozialistischen Arbeit“. Vgl. Verordnung über die Stiftung des Ehrentitels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“, Gesetzblatt der DDR (Gbl.) 19/1962, S. 167f.

Leiter bzw. mittelbar über eine vom Meister eingesetzte Person (Kolonnenführer, Vorarbeiter, Einrichter) geleitet, so stand an der Spitze der Brigade der Brigadier. Obwohl 1950 vom Bundesvorstand des FDGB keineswegs vorgegeben, setzte sich in den Arbeitsbrigaden rasch die Wahl des Brigadiers aus den Mitgliedern des Kollektivs heraus durch<sup>19</sup>.

In der betrieblichen Realität waren allerdings oft die hier anhand der konstitutiven Momente der Brigade erläuterten Unterschiede der „sozialistischen Kollektive“ zu den gewöhnlichen Arbeitsgruppen weniger deutlich: An Stelle der Wahl der Brigadiere trat vielfach deren Einsetzung durch den Meister, allerdings in Abstimmung mit den Brigademitgliedern. Freiwilligkeit schloß Nötigung nicht aus. Brigadeverträge hatte die Betriebsleitung teilweise so weit vorbereitet, daß die Vordrucke nur noch ausgefüllt werden mußten.

Wie hoch der auf diese Art zustande gekommene Anteil formal gebildeter Brigaden war, ist schwer zu bestimmen. Auch eine Aussage des Bundesvorstandes des FDGB vom Juli 1959, „daß kaum die Hälfte (der gemeldeten sozialistischen Brigaden, J. R.) echt sich dieser Bewegung angeschlossen haben“<sup>20</sup>, beruhte letztlich auf Schätzungen. Somit läßt sich auch die Zahl derjenigen Brigaden, in denen engagiert um eine Verbesserung der Produktionsmethoden gekämpft wurde, nicht mit Sicherheit bestimmen. Es kann aber angenommen werden, daß der Anteil der „unechten“ Brigaden, die sich kaum von den bisherigen Arbeitsgruppen unterschieden, um so größer war, je mehr von seiten der SED-Führung Druck gemacht wurde, alle Beschäftigten (zumindest in den Industriebetrieben) in Brigaden zu organisieren. Das war mit Sicherheit in den achtziger Jahren der Fall.

---

### III. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in den Brigaden zu Beginn der fünfziger Jahre

---

Als der Bundesvorstand des FDGB im März 1950 die Bewegung der Arbeitsbrigaden in der volkseigenen Industrie startete, war er davon überzeugt, daß dies einen positiven Einfluß auf die Arbeitsleistung in den Werkstätten und den Fertigungslinien der Betriebe haben würde. Denn ent-

sprechend dem marxistisch-leninistischen Verständnis von den Triebkräften der Entwicklung der Wirtschaft im Sozialismus mußten nach der Ersetzung des privaten durch staatliches Eigentum „gesetzmäßig“ an Stelle der privaten Unternehmer die Arbeiter als Träger der Initiative in der Wirtschaft treten. Im Sozialismus, davon war man in der Gewerkschaftsführung überzeugt, werde an Stelle der Leistungssteigerung durch kapitalistische Ausbeutung der freiwillige und massenhafte Wettbewerb „von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Betrieb zu Betrieb“ mit dem Ziel der Erreichung höchster Produktionsergebnisse treten<sup>21</sup>.

Konnten die hochgesteckten Erwartungen des FDGB von den Arbeitsbrigaden realisiert werden? Für deren erhöhte Leistungsbereitschaft gibt es für die Jahre 1950/51 ausreichend Zeugnisse. Nach der Auffassung der Instrukteure des FDGB, die an den Bundesvorstand über die sich ausbreitende Bewegung der Arbeitsbrigaden zu berichten hatten, lassen sich dafür mindestens drei Ursachen erkennen.

Erstens: Die Brigadebildung, die in der Regel mit der Wahl eines Brigadiers aus den eigenen Reihen und der Ablösung des bisherigen Vorarbeiters verbunden war, „führte zu einem viel engeren Zusammenschluß der Arbeitskollegen“. Dieser wiederum brachte es mit sich, daß die Brigademitglieder „mit einem ganz neuen Elan an die Aufgaben herangingen“. Zweitens brachte dieses Erlebnis größerer Zusammengehörigkeit ein stärkeres Verantwortungsgefühl der Brigademitglieder „nicht nur für ihre eigene Leistung, sondern auch für die Leistung der gesamten Brigade“ hervor. Das führte dazu, „daß die Kollegen sich untereinander jetzt bedeutend mehr helfen, ... fortschrittliche Arbeitsmethoden zu übertragen, weil die Brigade hinter den Leistungen der anderen (Brigaden) nicht zurückstehen will“. Eine besondere Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Brigadiere selbst. Wie aus den FDGB-Akten hervorgeht, handelte es sich bei ihnen in der Regel um „jeweils die besten Arbeiter, die dann die anderen Kollegen mitreißen und zur Qualitätsarbeit anspornen ...“. Drittens führte die teilweise Übernahme der Verteilung des Leistungszuschlages durch die Gruppe selbst zu einer größeren Transparenz des Zusammenhangs zwischen eigener Leistung und Entlohnung<sup>22</sup>.

---

19 Vgl. Jörg Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 4), S. 144–170.

20 SAPMO-BArch, ZGA 6861, unp.

21 Vgl. Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 882 f.

22 Vgl. SAPMO-BArch, ZGA, A 577, unp.; A 4043, unp.; A 18/309, unp.

Eine wesentliche Ursache für das verbesserte Arbeitsklima und die gestiegene Arbeitsleistung bestand in der Kompetenzerweiterung der Arbeitsbrigaden gegenüber den Arbeitsgruppen. Das veränderte die Arbeitsverhältnisse im Betrieb. Die Aufteilung der Arbeit unter den Brigademitgliedern auf von ihnen selbst geleiteten Produktionsberatungen, aber auch die Verteilung der Prämien, die Normung, die Qualitätsprüfung hatten vorher vollständig in der Hand der Meister gelegen. Jetzt übernahm sie im Auftrag der Brigade der Brigadier. Allerdings war diese Kompetenzausweitung in den seltensten Fällen durch die jeweilige Betriebsleitung genehmigt und in einer Neufassung der entsprechenden Bestimmungen der Betriebsordnung fixiert worden. Die größeren Möglichkeiten für die Gestaltung des Arbeitsprozesses durch die Brigaden, der Kompetenzgewinn für den Brigadier, waren gewissermaßen illegal erstritten worden.

Die Ausweitung des Handlungsspielraumes der nunmehr als Brigaden organisierten Arbeitsgruppen vollzog sich auf Kosten der Meister. Sie mußten durch das Aufkommen der Brigaden einen beträchtlichen Statusverlust hinnehmen. In einigen Betrieben, z. B. im Chemiewerk Premnitz, war sogar der Versuch unternommen worden, den Meister durch den Brigadier ganz zu ersetzen<sup>23</sup>. Die Reaktion der Meister auf die Arbeitsbrigaden war daher von Beginn an indifferent, abwartend und skeptisch. Im Laufe der Zeit erwiesen sich die Meister dann sogar immer mehr als Bremser. Auf den eingetretenen Statusverlust folgte im zweiten Halbjahr 1951 und im ersten Halbjahr 1952 die Rückeroberung verlorener Positionen, nachdem die SED und bald darauf auch die Gewerkschaftsführung im Sommer 1951 von der bedingungslosen Unterstützung der von ihnen selbst ins Leben gerufenen Brigadebewegung abgegangen waren<sup>24</sup>. Mit der „Verordnung über die Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und über die Erhöhung ihrer Gehälter“ sollte der zwei Jahre zuvor eingetretene Statusverlust des Meisters, auch auf dem Gebiet der Entlohnung, wettgemacht werden. „Der Meister“, hieß es in der Verordnung, „bildet in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisations entsprechend dem technologischen Prozeß

Arbeitsbrigaden und schlägt dem Abteilungsleiter oder Werkleiter die Brigadiers zur Bestätigung vor.“<sup>25</sup> Mit der Meisterverordnung wurden den Brigaden nicht nur „angemaßte“ Kompetenzen wieder abgenommen und Entscheidungsspielräume für die Selbstgestaltung des Arbeitsprozesses eingeengt, sondern es wurde auch der Versuch unternommen, den Brigadier auf den Status eines Vorarbeiters herunterzustufen.

Welche Auswirkungen diese Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse auf das Arbeitsklima in den „engagierten“ Brigaden gehabt hat, läßt sich heute nicht mehr feststellen, da „brigadebezogene“ Archivalien im Zentralen Gewerkschaftsarchiv über die Zeit nach der Meisterverordnung kaum existieren und mit einer diesbezüglichen Durchsicht der Akten repräsentativer Betriebe in den nächsten Jahren wohl kaum zu rechnen ist. Es darf jedoch angenommen werden, daß die Einschränkung des Selbstgestaltungsraumes für die Brigaden genau so kontraproduktiv wirkte, wie ihre „illegale“ Erweiterung zwei Jahre zuvor produktive Ergebnisse gezeitigt hatte.

---

#### IV. Umfang und Auswirkungen des „Lohnaushandelns“ seit der Mitte der fünfziger Jahre

---

Nur kurzfristig – 1950 und im ersten Halbjahr 1951 – schien sich ein neues Verhältnis von Norm, Leistung und Lohn anzubahnen. Viele „engagierte“ Brigaden waren zur Selbstnormung übergegangen. Normenerhöhungen erfolgten freiwillig, bei Sicherung des Verdienstes<sup>26</sup>. Doch mit der Einschränkung des Handlungsspielraumes für die Brigaden fiel die Arbeitsnormung wieder voll in die Verantwortung des Meisters bzw. Abteilungsleiters. Die Möglichkeit, unter Beteiligung der Arbeiter selbst zu „harten“ Normen zu kommen, war nicht ernsthaft erprobt worden. Nach 1951 sollten Leistung und Lohn auf der Grundlage von durch Arbeitsnormer ermittelten „technisch begründeten Arbeitsnormen“ in Übereinstimmung gebracht werden. Der gewünschte Erfolg blieb allerdings aus. Die Mehrzahl der Normen blieb „weich“, d. h. es kam zu beträchtlichen Übererfüllungen. Lohnentwicklung und Leistung klafften auseinander. Die SED und die zentrale Wirtschaftsleitung verfügten daraufhin pauschale Normerhöhungen.

23 Vgl. Jörg Roesler, Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre (hefte zur ddr-geschichte 15), Berlin 1994, S. 27.

24 Detaillierter dazu: ders., Gewerkschaften und Brigadebewegung in der DDR (Ende der 40er bis Anfang der 60er Jahre), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 38 (1996) 3, S. 3–26.

25 Gbl. der DDR 1952, Nr. 84, S. 504 ff.

26 Vgl. SAPMO-BArch, ZGA, A 42/970/4538, unp.

Diese berücksichtigten nicht die tatsächliche Situation in den Branchen und Betrieben. In ihrer Wirkung kamen sie Lohnkürzungen gleich. Eine allgemeine zehnpromtente Normenerhöhung löste bekanntlich den Arbeiteraufstand vom 17. Juni aus. Die SED-Führung lernte aus diesem Debakel, aus dem sie nur sowjetisches militärisches Eingreifen rettete, die Normenproblematik dezentral zu behandeln, d. h. sie den Betriebsleitungen und Betriebsbelegschaften zu überlassen und sich auf moralische Appelle für eine „neue Einstellung zur Arbeit“ zu beschränken, wie sie sich u. a. in den von Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 verkündeten „zehn Geboten der sozialistischen Moral“ niederschlugen.

Die Betriebsleitungen wußten um die relativ starke Position der Arbeiter nach dem Scheitern einer zentralen Regelung der Normfrage. Sie setzten Normerhöhungen nur in dem Maße durch, wie das auf dem Wege des Kompromisses mit der Belegschaft – eben im „Lohnaushandeln“<sup>27</sup> – möglich war. Im Interesse des gesamten Kollektivs übte sich der Brigadier mit stillschweigender Duldung des Meisters im „Schreiben von Normerfüllung“. Sein „spitzer Bleistift“ verschaffte den Brigademitgliedern Einkommenszuwachs auch ohne Leistungssteigerung. Im Jahre 1956 lag die durchschnittliche Normerfüllung in der volkseigenen Industrie bei 136 Prozent. Knapp drei Prozent der Stücklöhner schafften 200 Prozent der Norm. Im Jahre 1961 lauteten die entsprechenden Werte 160 Prozent bzw. 15 Prozent<sup>28</sup>. Es läßt sich kaum feststellen, ob die von der Einengung ihrer Kompetenz enttäuschten „engagierten“ Brigaden sich auch bzw. in vollem Maße an der Manipulation von Lohn und Leistung beteiligten, oder ob die Jahre 1952 bis 1958 nicht eher die Zeit der „Opportunisten“ waren – der Brigadiere, die im Interesse der Brigademitglieder die entstandene Situation zu durch den Produktivitätsfortschritt nicht gerechtfertigten Lohnsteigerungen nutzten.

Die historischen Zusammenhänge jener eingangszitierten Beobachtungen der Industriesoziologen,

27 In der Literatur wird auch der Begriff „Normenhandel“ verwandt. In den Betrieben wurden diese Aktivitäten oft als „Normen schreiben“ bezeichnet bzw. vom Brigadier wurde gesagt, er benutze den „spitzen Bleistift“. Es handelt sich darum, daß im Falle der Vergütung nach dem Leistungsstücklohn zwischen Brigadier und Meister eine Übereinkunft über die Sicherung bzw. eine gewisse Steigerung des Effektivlohnes erzielt wurde, die dann eine „passende“, die verbesserten technologischen Möglichkeiten der Leistungssteigerung nicht ausschöpfende Normenanhebung sanktionierte. 28 Vgl. Rainer Deppe/Dietrich Hoss, Sozialistische Rationalisierung: Leistungs politik und Arbeitsgestaltung in der DDR, Frankfurt/Main – New York 1980, S. 72.

daß der „Leistungslohn mehr und mehr zum selbstverständlichen Bestandteil des Einkommens wurde, auf den man ein verbrieftes Anrecht zu haben meinte“<sup>29</sup>, liegen also bereits in den fünfziger Jahren. Und sicher hat hier auch die Formel: „Wir tun so, als ob wir arbeiten. Und ihr tut so, als ob ihr uns bezahlt“, ihren Ursprung. Um „eine Art heimlichen Gesellschaftsvertrag“ (Stefan Wolle) handelte es sich aber aus zwei Gründen nicht: Erstens gab es eine Minderheit, die derartige Manipulationen auch dann ablehnte, wenn sie zum eigenen Vorteil gereichten. Daß diese Minderheit relativ groß war, zeigte sich bereits 1959, als der Aufruf zur Bildung von sozialistischen Brigaden ein lebhaftes Echo unter den Arbeitern hervorrief. Zweitens fehlte dem „Lohnaushandeln“ in großen Teilen der Industrie einfach die Basis. Zwar erreichte der Anteil der Leistungslöhne und damit der über Manipulation der Normen beeinflussbaren Löhne bereits Anfang der fünfziger Jahre 60 Prozent und 1957 78 Prozent<sup>30</sup>. Aber nicht in allen Bereichen konnten Normen manipuliert werden, was die Voraussetzung für das Funktionieren des „Lohnaushandelns“ war. Nur dort, wo angesichts einer Vielfalt von kleinen Stückzahlen und zahllosen Einzelfertigungen die Normung sehr unübersichtlich war, stieß das „Normenschreiben“ auf fast keine Grenzen.

Eine Tabelle der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik aus dem Jahre 1957 zum Verhältnis von Tarif- und Effektivlohn in 60 Industriezweigen<sup>31</sup> gibt ziemlich gut darüber Auskunft, in welchen Zweigen der „spitze Bleistift“ in großem Maßstabe Anwendung fand und in welchen nicht. Bei einem generell – auch in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern – zu beobachtenden Auseinanderdriften von Tarif- und Effektivlöhnen vergrößerten „weiche“ Normen diese Differenz stärker, als wenn „harte“ Normen in Anwendung kamen. Vergleicht man jene Zweige, in denen (1957) der Anteil des tariflichen Stundenlohnes auf 50–55 Prozent des Effektivlohnes gesunken war, mit jenen Zweigen, in denen er 70–75 Prozent betrug, dann läßt sich recht genau eingrenzen, in welchen Bereichen „Lohnaushandeln“ üblich geworden war, und in welchen Industriezweigen Lohn- und Leistungssteigerung

29 R. Rottenburg (Anm. 2), S. 315.

30 Vgl. Jörg Roesler, Vom Akkordlohn zum Leistungslohn, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 32 (1985) 9, S. 794; Wolfgang Haacke/Freia Jonas, Tarifliche und effektive Entlohnung der Produktionsarbeiter in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, 2 (1958) 1, S. 15.

31 Die Angaben beziehen sich auf die mittlere Lohngruppe V.

miteinander gekoppelt waren. Zur Gruppe der Industriezweige mit dem niedrigsten Anteil des Tariflohnes am Effektivlohn gehörten die Gießereien, der Bau von Ausrüstungen für Metallurgie und Schwermaschinenbau, der Leichtmaschinenbau und der Automobilbau. „Normen schreiben“ spielte also vor allem in der metallverarbeitenden Industrie eine Rolle. Branchen, in denen der Effektivlohn nur 25–30 Prozent über dem Tariflohn lag, waren der Bergbau sowie die meisten Zweige der Leicht- und Lebensmittelindustrie. Gemessen an den Beschäftigten der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie entfielen im Jahre 1957 auf die metallverarbeitende Industrie 41,2 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, d.h. von fünf Beschäftigten in der Industrie der DDR waren – grob gerechnet – zwei in das „Lohnaushandeln“ verstrickt<sup>32</sup>.

Wenn auch eine Mehrheit der Beschäftigten davon nicht betroffen war: Die Auswirkungen des „Lohnaushandeln“ auf das Arbeitsklima und die Arbeitsverhältnisse dürften beachtlich gewesen sein. Die Position des Brigadiers wurde gestärkt, die des Meisters geschwächt. Der materielle Anreiz zur Steigerung der Arbeitsleistung war zurückgegangen.

---

## V. Arbeitsklima und Arbeitsverhältnisse in den Anfangsjahren der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ (1959/60)

---

Der Aufruf der Brigade „Nikolai Mamai“ vom Januar 1959, dessen in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ veröffentlichter Text im wesentlichen dem entsprach, was der Bundesvorstand des FDGB als „Inhalt und Ziel der Bewegung“ der sozialistischen Brigaden zuvor festgelegt hatte<sup>33</sup>, enthielt unter „sozialistisch Arbeiten“ die Selbstverpflichtung: „Wir wollen Verlust- und Wartezeiten ausschalten ... und das sozialistische Leistungsprinzip noch besser verwirklichen ...

32 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1958, Berlin 1959, S. 225.

33 Vgl. Gemeinsamer Plan des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB und des Sekretariats des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend zur Organisierung einer Bewegung zur Erringung des Titels „Brigade der sozialistischen Arbeit“ (A 201.1317, unp.). Detaillierter dazu: Thomas Reichel, Die Brigadebewegung in der DDR unter besonderer Berücksichtigung des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, Historisches Institut der Universität Potsdam, Potsdam 1995 (Ms.), S. 32–49.

Richtschnur unseres Handelns sollen die vom V. Parteitag beschlossenen 10 Gebote der sozialistischen Ethik und Moral sein. Deshalb werden wir gegen alle Überreste der Arbeitsbummelei und Trinkerei entschieden kämpfen.“<sup>34</sup> Der Appell an Ehrlichkeit und Gemeinschaftsgeist wurde durchaus ernst genommen. Bis zum Ende des Jahres waren 60 000 Brigaden, die 700 000 Mitglieder zählten, entstanden. Wenn man mit dem FDGB-Bundesvorstand annimmt, daß es sich bei der Hälfte der „sozialistischen Kollektive“ um formale Gründungen handelte, ging die Zahl derjenigen, die von dem im Aufruf der „Mamais“ zum Ausdruck kommenden Mut zur Aufrichtigkeit, zur Verantwortlichkeit und für eine leistungsgerechte Entlohnung angetan waren sowie der geforderten „Erziehung und Selbsterziehung“ zustimmten, in die Hunderttausende. Wie ernst es den „engagierten“ Brigaden mit der Verringerung der Warte- und Stillstandszeiten und einer leistungsgerechten Entlohnung war, sollten die Betriebsleitungen rasch zu spüren bekommen: Wenn man keine „Normen schrieb“, also auf den finanziellen Puffer eines manipulierten Leistungslohnes verzichtete, dann schlugen die Warte- und Stillstandszeiten im Arbeitsprozeß, die nur entsprechend dem Durchschnittslohn bezahlt wurden, in der Lohntüte der Arbeiter unmittelbar negativ zu Buche. „Mängel in der Arbeitsorganisation, schlechte Leitungstätigkeit, unrhythmischer Produktionsablauf und in diesem Zusammenhang auch eine Vielzahl Überstunden“, das merkten gerade die engagierten Brigaden, wurden zu „Hemmnissen und Schwierigkeiten, mit denen die Kollektive ... nicht allein fertig werden und die sich sehr nachteilig auf die Entwicklung des Kollektivs, auf die Arbeitsfreude ... auswirken.“<sup>35</sup> Die Brigademitglieder vermuteten die Ursache für die Mängel allerdings nicht so sehr im Planungssystem selbst, sondern bei der Betriebsleitung. Aus der Überzeugung, daß das Materialproblem vor allem ein betriebliches Leitungsproblem sei, resultierte die Zuversicht dieser Brigaden, die betriebsinternen Produktionsprobleme schon lösen zu können und auch bei ehrlicher Arbeit auf einen angemessenen Verdienst zu kommen, wenn sie der Betriebsleitung nur auf die Finger sehen und mitentscheiden würden. Von dieser Erkenntnis bis zur Forderung, an den Werkleitungssitzungen teilzunehmen, sowie der Forderung nach von den Belegschaften bzw. Brigaden zu wählenden Brigaderäten, die auf die Betriebsleitung unmittelbar

34 Tribüne vom 7. Januar 1959.

35 SAPMO BArch, ZGA, A 201.1924, unp.

Einfluß nehmen sollten, war es kein weiter Schritt<sup>36</sup>.

Eine erneute Konfrontation der Brigadebewegung mit den „staatlichen Leitern“ in den Betrieben – vom Werkleiter bis zum Meister – hatte der Bundesvorstand des FDGB von vornherein vermeiden wollen, als er die Bildung sozialistischer Brigaden initiierte. Nicht ohne Grund trug der Brigadeaufruf der „Mamais“ auch die Unterschrift des zuständigen Obermeisters und eines Ingenieurs als Pate der Brigade mit Beratungsfunktion. Unter dem Schlagwort der Bekämpfung des „Syndikalismus“ wandten sich SED- und FDGB-Führung im Frühsommer 1960 gegen die Untergrabung der betrieblichen Hierarchie durch die sozialistischen Brigaden. In verbindlicher Form forderte ein Beschluß der 9. Tagung des ZK der SED vom Juli 1960 von den SED-Mitgliedern, in den Betrieben „auf alle Werktätigen dahingehend einzuwirken, daß die Autorität der Direktoren, Abteilungsleiter und Meister gehoben wird. . . Ihre Anweisungen sind diszipliniert durchzuführen.“<sup>37</sup> Von nun ab wurde den „engagierten“ Brigaden jener Handlungsspielraum, den sie ihrer Meinung nach brauchten, um „ehrliches Arbeiten“ entsprechend dem Leistungsprinzip durchzusetzen, genommen. Die Enttäuschung und der Rückzug vom Engagement dürften seit 1960 ähnlich groß gewesen sein wie nach der Verkündung des Meistergesetzes im Jahre 1952.

---

## VI. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima nach dem Bau der Mauer und in den Anfangsjahren des „Neuen Ökonomischen Systems“

---

Seit dem Sommer 1960 gaben die „Opportunisten“ mit dem „spitzen Bleistift“ in den Brigaden vielfach wieder den Ton an. Ihre Position gegenüber dem Meister war Ende der fünfziger Jahre noch stärker geworden. Allein die Drohung, man könne sich – wenn man nur wolle – in „den Westen absetzen“, reichte oft, um die um ihre Stammarbeiter bangende Betriebsleitung nachgiebig zu stimmen. Selbstverständlich trug diese Situation nicht zu einer Verbesserung des Klimas zwischen Arbei-

tern und Meistern bei. Die beim Leitungspersonal stets latent vorhandene Auffassung, daß die Arbeiter auf der „Hängematte“ lägen, wurde zwar nicht geäußert, war aber in den Köpfen der Meister, Abteilungsleiter und der Werkleitung allgegenwärtig.

Der Bau der Mauer im August 1961 beseitigte nicht die Grundlagen für das „Normen schreiben“, verschlechterte jedoch die Position der „Opportunisten“. Im Gefühl, nicht mehr durch Fluchtdrohungen der Arbeiter erpreßbar zu sein, wurde von der SED-Führung das „Produktionsaufgebot“ inszeniert. Die ausgegebene Losung: „Für das gleiche Geld in der gleichen Zeit mehr produzieren“ führte 1962 zu einer Absenkung des durchschnittlichen monatlichen Arbeitseinkommens um 0,5 Prozent. Von seiten der vergleichsweise schlecht bezahlten Meister dürfte diese Entwicklung nur als gerecht empfunden und mit Genugtuung aufgenommen worden sein. Doch auch unter dem Schock des Mauerbaus ließ sich auf die Dauer keine offene Lohnstopppolitik durchsetzen. Im Dezember 1962 wurde das „Produktionsaufgebot“ faktisch abgeblasen<sup>38</sup>.

1963 entstand das „Neue Ökonomische System“ (NÖS), die wirtschaftspolitische Reformkonzeption zur Modernisierung der DDR-Wirtschaft. Nicht nur in den Beziehungen zwischen Betrieb und zentraler Leitung, auch hinsichtlich des Verhältnisses von Werkleitung und Belegschaft – besonders zwischen Brigadier und Meister – brachte das NÖS im Vergleich zur Wirtschaftsverfassung der DDR am Ende der fünfziger Jahre einen Paradigmenwechsel mit sich<sup>39</sup>: Die Wirtschaftsreformen führten zu einer gezielten Verlagerung der Aufmerksamkeit der Medien von den Arbeitern, den Brigaden und der Wettbewerbsbewegung auf die Aufgaben der Werkleiter und die Leistungen der Ingenieure. Ihr Prestige stieg in der Gesellschaft. Auch ihre Position in den Betrieben verbesserte sich. Erstens erhielten die Betriebe gegenüber den übergeordneten staatlichen und Parteiinstitutionen größere Autonomie. Sie konnten einen Teil des von ihnen erwirtschafteten Gewinns selbst behalten, ihn für Prämien und Investitionen verwenden. Zweitens bekamen die Leiter der Vereinigungen der volkseigenen Betriebe, der „sozialistischen Konzerne“, und die ihnen unterstellten Betriebe freie Hand bei der Durchsetzung der Grundsätze von Rentabilität

---

36 Vgl. Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995, S. 225–228.

37 Durch sozialistische Rekonstruktion und Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Erfüllung des Siebenjahresplanes, Berlin 1959, S. 39.

38 Vgl. P. Hübner (Anm. 36), S. 79 ff.

39 Vgl. Jörg Roesler, *Das Neue Ökonomische System – Dekorations- oder Paradigmenwechsel?* (hefte zur ddr-geschichte 3), Berlin 1993, S. 9 ff.

und Effektivität in den Betrieben. Mehr denn jemals zuvor oder nachher wurde der Lohn von der Betriebsleitung auch als Kostenfaktor betrachtet. Lohnsteigerungen schmälerten den Betriebsgewinn<sup>40</sup>.

Die Betriebsleitungen nutzten ihren größeren Handlungsspielraum gegenüber der Zentrale und den Arbeitern, um strengere Maßstäbe an die Einführung neuer Normen zu legen. Im Industriezweig Chemieanlagenbau wurde ein Wettbewerb unter den Arbeitsnormern „zur Erarbeitung eines zusätzlichen ökonomischen Nutzens durch Normenarbeit“ organisiert. Der Generaldirektor der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Chemieanlagenbau war der Meinung: „Der Arbeitsnormer muß so viel Stunden bringen (d. h. einsparen, J. R.), wie er Gehalt bekommt.“ Die Betriebsleitung vom Werkleiter bis zum Meister vertrat im Industriezweig Trikotagen und Strümpfe die Auffassung: „Technisch begründete Arbeitsnormen kann man nicht unter aktiver Teilnahme der betreffenden Arbeiter ausarbeiten.“ „Mit uns wird höchstens über die Norm diskutiert, wenn sie schon ausgearbeitet ist. Wir werden vor vollendete Tatsachen gestellt,“ beklagten sich die Arbeiter bei der Gewerkschaft<sup>41</sup>.

Der FDGB mußte 1964 und 1965 „alarmierende“ Normenuntererfüllungen feststellen. Noch bestürzender fanden die Gewerkschafter die Auffassungen einiger Wirtschaftsfunktionäre: „Die einen meinen, die Normen müssen so festgelegt werden, daß sie erst wieder in 2 bis 3 Jahren von den Arbeitern erfüllbar sind . . . und andere sagen, bei straffen Normen ist es normal, daß 50 Prozent der Werkstätigen unter 100 Prozent (Normerfüllung) liegen.“ Wenn man schon den Betrieben mehr Verantwortung gebe, so der Kommentar der Gewerkschafter, erfordere „das zugleich, daß durch . . . zentrale Staatsorgane eine gewissenhafte Kontrolle und Koordinierung erfolgt. Bisher ist sie nicht im erforderlichen Maße gewährleistet.“<sup>42</sup>

Im Durchschnitt gelang es nach Gewerkschaftsangaben im Februar 1965 mehr als einem Viertel der Industriearbeiter in der volkseigenen Industrie nicht, die Arbeitsnorm zu erfüllen. Wie zu erwarten war, waren besonders diejenigen Industriear-

beiter der Normenschraube ausgesetzt, die sich aufgrund der besseren Normierbarkeit der Produktionsverfahren weniger wehren konnten. Im Maschinenbau oder in der Elektrotechnik war dies nicht der Fall. Überdurchschnittlich hoch war die Zahl derjenigen Arbeiter, die ihre Norm nicht schafften, im Bereich der Industriegewerkschaft Textil – Bekleidung – Leder sowie in der Lebensmittelindustrie. In der bereits erwähnten VVB Trikotagen und Strümpfe erreichten zwei Drittel (68 Prozent) der Leistungsstücklöhner nicht die Norm, in der Tabakindustrie waren es 67,6 Prozent, in der VVB Lederwaren sogar 82,6 Prozent<sup>43</sup>.

Die Situation hatte sich damit gegenüber der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre fast verkehrt. An Stelle der häufig und am Ende der fünfziger Jahre immer öfter geübten Nachgiebigkeit der Arbeitsnormer gegenüber den Forderungen der Arbeiter bei der Neufestlegung der Normen war nunmehr Druck von oben getreten. Wenn die Lohnkosten bei Einführung neuer technologischer Verfahren nicht oder nur geringfügig steigen sollten, mußten „harte“ Normen her, um Normübererfüllungen in Grenzen zu halten. Für die weniger Leistungsfähigen bedeutete diese Betriebspolitik Lohnneinbußen durch Untererfüllung. Die Brigaden hatten nach dem Verlust ihrer Mitspracherechte in den Betrieben in Zusammenhang mit dem „Syndikalismusvorwurf“ eine zweite wichtige Funktion, die ihnen nach 1953 zugewachsen war, nahezu verloren.

Es paßt in das veränderte Kräfteverhältnis in den Betrieben während des NÖS, daß die Anzahl der sozialistischen Brigaden in den ersten Jahren der Wirtschaftsreform ständig zurückging. Ihre Zahl sank von 61 000 im Jahre 1962 auf 41 000 Ende 1966 – also um ein Drittel. Aufmerksamen Beobachtern im Westen Deutschlands blieb diese Entwicklung nicht verborgen. „Das Neue Ökonomische System läßt den Betrieben nur noch wenig Raum für gesellschaftspolitische Experimente, wie sie beispielsweise 1959/60 in den ‚Brigaden der sozialistischen Arbeit‘ unternommen wurden“, schrieb der Diplomvolkswirt und Journalist Manfred Regin im Jahre 1965<sup>44</sup>. Natürlich hatte die Situation Auswirkungen auf das Arbeitsklima in den „untersten Produktionseinheiten“ der Betriebe. „Bei der Durchführung der Gewerkschaftswahlen ist offensichtlich geworden“, hieß es in einem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB aus dem Jahre 1965, „daß die Arbeiter mit der Praxis der Arbeitsnormung in den Betrieben sehr unzufrieden sind. . .“ Sie beklagten

43 Ebd.

44 Manfred Regin, Das „Neue Ökonomische System“ in der DDR (I), in: *atomzeitalter*, (1965) 5, S. 186.

40 Vgl. Hannsjörg Buck, *Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten*, Coburg 1959, Bd. 1, S. 397–431; Gert Leptin/Manfred Melzer, *Economic Reform in East German Industry*, Oxford – London – New York 1978, S. 41.

41 Präsidiumsvorlage. Zur Kritik der Werkstätigen an der falschen Arbeit mit den Direktiven *Neue Technik – neue Normen und Anwendung zweckmäßiger Lohnformen* der Jahre 1964 und 1965, SAPMO-BArch, ZGA, P 54/65, unpag.

42 Ebd.

sich über die Behandlung durch Meister und Arbeitsnormer. Der Bundesvorstand fand diese Kritik berechtigt<sup>45</sup>.

---

## VII. Erneute Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Brigadier und Meister in der Ära Honecker

---

Nimmt man die zahlenmäßige Auf- und Abwärtsentwicklung der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ als Indikator für ihre stärkere oder schwächere Position im Betrieb, dann kündigten sich Veränderungen in der Wirtschaftsführung bereits mit dem Jahre 1967 an, als die Anzahl der Brigaden und Brigademitglieder in der Industrie wieder zu steigen begann. Im Jahr von Honeckers Machtübernahme 1970 gab es wieder fast so viele Brigaden wie im Jahre 1961 – vor der Zeit des Neuen Ökonomischen Systems und dem „Produktionsaufgebot“. Ein Jahr später waren bereits 65 Prozent, mehr Arbeiter und Angestellte als jemals zuvor, in Brigaden organisiert. In der Wirtschaftsführung der DDR hatte sich erneut ein Paradigmenwechsel vollzogen. Das „Ökonomische System des Sozialismus“ (ÖSS) wurde zielstrebig demontiert<sup>46</sup>. Auch das Klima in den Betrieben änderte sich. Der Wirtschaftsfunktionär stand nicht mehr im Mittelpunkt des Medieninteresses, auch nicht der Ingenieur, sondern wieder, wie in den fünfziger Jahren, der Arbeiter. Auf dem VIII. Parteitag der SED verkündete Honecker „die hohe Wertschätzung“ des Politbüros für die Arbeiter. Zur neuen Politik ihnen gegenüber gehöre „die überall gebotene Aufmerksamkeit für ihre Gedanken und Vorschläge, ihre Bedürfnisse und Interessen“<sup>47</sup>. Wettbewerbsbewegung und auch Brigadearbeit wurden wieder groß geschrieben.

In Analogie zu den fünfziger Jahren hätte man eigentlich eine neue, „höhere“ Stufe der Brigadebewegung erwarten können. Doch in der restaurativen Honecker-Ära war man auch auf gesellschaftspolitischem Gebiet nicht mehr an Innovationen interessiert. Die SED-Führung

begnügte sich mit der Ausweitung der Brigadebewegung. Daß es sich nur um eine quantitative Ausweitung handelte, muß betont werden. An den Selbstgestaltungswillen, der sich zu Beginn der Bewegung der Arbeitsbrigaden und der sozialistischen Brigaden gezeigt hatte, wollte man sich – bei allem Wiederaufleben von „Arbeitertraditionen“ aus den fünfziger Jahren – nicht erinnern. Unter diesen Umständen war an Impulse „von unten“ zur Brigadebildung, wie sie 1950 und 1959 die Gewerkschaftsführung überrascht hatten, nicht zu denken. „Von der Betriebsleitung wurde gefordert, daß jeder Leiter eines Bereichs Einfluß darauf nehmen sollte, daß sich möglichst sozialistische Kollektive entwickeln. Das war seine politische Aufgabe, die er zu erfüllen hatte“, gab ein Arbeiter aus der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn (BWF) nach der Wende zu Protokoll. „Es gab immer wieder Kollegen, die sich überzeugen ließen.“<sup>48</sup> So oder ähnlich dürfte es auch in anderen Betrieben gewesen sein. Auch in den siebziger und achtziger Jahren blieb die Brigadebildung freiwillig, aber es wurde vermehrt „von oben“ Druck ausgeübt.

Honecker hatte auf dem VIII. Parteitag zwar versichert, daß die Wertschätzung der Arbeiter „die Stellung und Leistung der anderen werktätigen Klassen und Schichten ... in keiner Weise mindert“<sup>49</sup>. Ingenieure und Meister bekamen jedoch den Positionsverlust, den sie mit dem Übergang von Ulbricht zu Honecker erlitten hatten, rasch zu spüren. Niemand von der Betriebsleitung wagte mehr offen auszusprechen, was die Vertreter des Bundesvorstandes des FDGB, wenn sie in den sechziger Jahren in die Betriebe gingen, sich wiederholt anhören mußten: „Die jungen Kollegen strengen sich nicht an... Die Arbeitsdisziplin ist nicht in Ordnung.“<sup>50</sup> Die Stellung des Meisters war nicht nur allgemein durch Prestigeverlust bedroht. So verloren die Meister erneut ihre alleinige Verfügungsgewalt über die Arbeitsnormung und damit ihre Einflußmöglichkeiten auf die Höhe des Lohnes der Arbeiter, ihr wohl wichtigstes Sanktions- und Belohnungsmittel. Im Maschinenbau blühte wieder das „Lohnaushandeln“ auf, bei der sich Brigadier und Meister als mehr oder weniger gleichberechtigte Verhandlungspartner gegenüberstanden.

Der neuerliche Verfall der Autorität des Meisters war so rapide, daß das Sekretariat des ZK der

45 Präsidiumsvorlage (Anm. 41), unpag.

46 Das ÖSS war nach der ersten (1964–1965) und zweiten Etappe des NÖS (1966–1967) die dritte Etappe der Wirtschaftsreform (1968–1970). Vgl. Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt: Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963–1970, Freiburg/Br. – Berlin 1990, S. 33–44.

47 Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 58.

48 Autorenkollektiv, Wir sind nicht mehr ... hier. Erinnerungen und Forschungsergebnisse ehemaliger Mitarbeiter der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik zum Lesen und Betrachten, Berlin 1993, S. 124 f.

49 E. Honecker (Anm. 47), S. 60.

50 Präsidiumsvorlage (Anm. 41), unpag.

SED sich Ende 1974 genötigt sah, einen Beschluß „Zu Problemen und Schlußfolgerungen über die Stärkung der gesellschaftlichen Rolle der Meister in der sozialistischen Volkswirtschaft“ zu fassen. Der Beschluß führte auch zu einer lohnpolitischen Aufwertung des Meisters<sup>51</sup>. Die bessere Bezahlung und Prämierung, lobende Erwähnungen auf Parteitag und Tagungen der SED und das damit verbundene größere Medieninteresse haben für die Meister sicher einiges vom beim Übergang zur Honecker-Ära erlittenen Statusverlust wettgemacht. Ausreichend Genugtuung widerfahren war dem Meister damit jedoch nicht. Seine Position gegenüber den Brigaden blieb geschwächt. „Den Meister als Respektsperson gab es in der Regel in den produzierenden Bereichen der DDR nicht“, stellten 1992 rückblickend die Dresdener Arbeitswissenschaftler Kullmann und Nawroth fest. „Größtenteils waren Beziehungen der Meister in den Brigaden ... (solche) ... von Gleichen zu Gleichen. Zum Teil war die Anerkennung des Meisters so gering, daß er selbst in diese Gruppen nicht integriert war.“<sup>52</sup> „Der Meister war ja eigentlich nur unser Laufbursche“, war nach der Wende mancher Facharbeiter bereit, die Stellung des Meisters gegenüber den Brigaden in den Jahren zuvor zu charakterisieren<sup>53</sup>. Die Dresdener Arbeitswissenschaftler, die von Juli bis Oktober 1992 die soziologischen Untersuchungen in bereits privatisierten Betrieben sowie in Treuhandbetrieben durchführten, stellten nach der Wende „eine Aufwertung der Meisterstelle“ fest: „Obwohl zum Teil die gleichen Personen, verfügen sie jetzt durch geänderte Lohnformen über direkte Einflußmöglichkeiten auf den Lohn und damit zwangsläufig auch über einen sehr großen Respekt bei ihren Arbeitern.“<sup>54</sup>

## VIII. Das Arbeitsklima in den Brigaden während der siebziger und achtziger Jahre

Mit dem Ende der Wirtschaftsreformen verlor die Mehrzahl der Industriebetriebe das an Autonomie,

51 Vgl. SAPMO-BArch, Zentrales Parteiarchiv (ZPA), 15846 unp.; IV 2/2.101/61, unp.; Jens Reitz, *Der Meister im Industriebetrieb*, Berlin 1979, S. 7 ff.

52 Kerstin Nawroth/Gerhard Kullmann, *Die Bedeutung und Veränderung von sozialen Bindungen in den Gruppenstrukturen der Produktionsbelegschaften in den neuen Bundesländern*, Dresden 1993, S. 46.

53 Ebd., S. 48.

54 Ebd.

was ihnen das NÖS gewährt hatte. Für die „strukturbestimmenden Betriebe“ war der Handlungsspielraum bereits unter dem ÖSS beträchtlich eingeschränkt worden. Mit dem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsführung verschwand erneut das eigene Interesse der Werkleitungen an einer Dämpfung des Kostenfaktors Lohn. Auf „harte Normen“, wie sie das NÖS gekannt hatte, konnten die Betriebsleitungen wieder viel leichter verzichten als in den sechziger Jahren. Angesichts dieser Konstellation wäre es im Interesse der Leistungserhaltung bzw. -steigerung der Belegschaften notwendig gewesen, wieder stärker auf Eigeninitiativen der „engagierten“ Brigaden zurückzugreifen. Statt dessen kam es zu einer inflationären Auflegung von „Produktionswettbewerben“ alten Stils mit neuem Namen.

Insgesamt dürfte in den siebziger Jahren eine Verringerung der Arbeitsleistung gegenüber den sechziger Jahren eingetreten sein. Eine solche Feststellung darf jedoch nicht zu sehr verallgemeinert werden. In jenen Bereichen, in denen für die „Aushandlung des Lohnes“ keine günstigen Voraussetzungen vorhanden waren – vor allem in Zweigen der Leicht- und Lebensmittelindustrie – setzten die Betriebsleitungen die Normenpolitik der sechziger Jahre im wesentlichen fort. Nach einer Untersuchung des Bundesvorstandes des FDGB war in diesem Industriebereich „der Anteil der Normenuntererfüller unverträglich hoch und zum Teil jeder 5. Werkstätige nicht in der Lage, seine Arbeitsnorm zu erfüllen“. In den Werkleitungen war weiterhin die Meinung anzutreffen, daß „Normen, die über 105 Prozent erfüllt werden, nicht exakt sind“. In der Leichtindustrie, in der fast ein Drittel (31,5 Prozent) der Industriearbeiter beschäftigt waren, betrug der Anteil der Normuntererfüller insgesamt noch 10,2 Prozent. Die Tendenz zur Verringerung dieses Anteils (und damit auch der „harten“ Normen) war allerdings erkennbar. Im Jahre 1971 hatte der Anteil der „Untererfüller“ noch 14,5 Prozent betragen<sup>55</sup>.

Für diesen Bereich und die Lebensmittelindustrie kann angenommen werden, daß die Arbeitsintensität beträchtlich höher lag als in der metallverarbeitenden Industrie. Es fällt auf, daß die relativ wenigen industriesoziologischen Untersuchungen

55 Vgl. Bericht über die gewerkschaftliche Mitwirkung bei der Einführung neuer Grundlöhne in Verbindung mit der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation unter besonderer Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Aufgaben bei der Ausarbeitung und Einführung von technisch begründeten Arbeitsnormen, SAPMO-BArch, ZGA, S324/77, unp.; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1977, Berlin 1977, S. 121 f.

nach der Wende, die die Grundlage für die heutige Einschätzung der Arbeitsverhältnisse in DDR-Betrieben bilden und die sich teilweise auch die Historiker zu eigen machten, nicht aus dem Bereich der Leicht- und Lebensmittelindustrie, sondern vorwiegend aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie stammen – jenem Industriebereich, in dem das „Aushandeln“ des Lohnes eine größere Rolle spielte, die Meister weniger zu sagen hatten und die Arbeitsintensität zweifellos geringer war. Über das innerhalb der Arbeitsgruppen bzw. Brigaden herrschende Arbeitsklima geben die in den ersten Jahren nach der Wende durchgeführten industriesoziologischen Untersuchungen kaum Auskunft. Die Archive des FDGB und der SED schweigen sich dazu ebenfalls aus. Inwieweit Betriebsarchive diese Informationen überhaupt bieten, ist für diese „späte“ DDR-Zeit noch nicht bekannt. Den besten Zugang sollten eigentlich die Brigadetagebücher ermöglichen, um deren Sammlung sich einige Institutionen nach 1990 verdient gemacht haben<sup>56</sup>.

Brigadetagebücher sind vom Ende der fünfziger bis zum Ende der achtziger Jahre jährlich zu Zehntausenden geführt worden. Demnach wäre das Brigadetagebuch die ideale Quelle zum Studium der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsklimas in den Brigaden. Das ist jedoch nur bedingt der Fall. Am Anfang gab es genug „engagierte“ Brigaden, nach deren Auffassung das Brigadebuch „kein Buch der guten Taten“, sondern eine Widerspiegelung des realen betrieblichen Lebens „ohne Schönfärberei“ sein sollte. Aber bereits zu Beginn der sechziger Jahre wurde bemängelt, daß der „inneren Auseinandersetzung“ der Brigade im Tagebuch nicht genügend Raum gewidmet würde. Diese Tendenz setzte sich in den siebziger und achtziger Jahren offensichtlich unvermindert fort. Im Jahre 1987 stellte die Schriftstellerin Marga Tschirner in einem Brief an den Bundesvorstand des FDGB fest, „daß sich der Inhalt der Tagebücher, im Gegensatz zu früher, verändert hat. Nicht mehr die Tagebuchform wird gehandhabt, sondern das Schreiben von Artikeln mit Überschriften über Brigadeausflüge, Besuch in der Patenklasse usw. ... Auseinandersetzungen werden kaum geschildert. Kritische Bemerkungen fehlen, meist auch Probleme der Arbeit.“<sup>57</sup> Soweit der Verf. sich selbst überzeugen konnte, trifft diese Charakteristik voll zu.

56 So u. a. SchreibART e. V. Archiv schreibende ArbeiterInnen Berlin (Arch SAB), Berlin-Pankow; Museum Berliner Arbeiterleben, Berlin-Prenzlauer Berg.

57 Arch SAB 93/987 unp.; 95/128 unp.

Der Historiker ist aus Mangel an schriftlichen Quellen über das Arbeitsklima in den Brigaden bisher gezwungen, sich auf die Ergebnisse von Befragungen, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre durchgeführt wurden, zu stützen<sup>58</sup>. Natürlich hatten die befragten ehemaligen Brigademitglieder für sich bereits das neue Arbeitsregime, das sie inzwischen aus eigenem Erleben oder durch Schilderung von Familienmitgliedern kannten, analysiert, und verglichen unmittelbar oder unwillkürlich beide miteinander. Durchgehend wird von den Befragten das Arbeitsklima in den Brigaden positiv eingeschätzt. Ein Satz im Aufruf der Brigade „Mamai“ vom Januar 1959 scheint bis zum Schluß die Beziehungen in der Brigade bestimmt zu haben: „Sozialistisch leben wollen wir, indem sich die ganze Brigade für jeden einzelnen und jeder einzelne für die Brigade als Kollektiv verantwortlich fühlt.“<sup>59</sup> „Es war eine Zielstellung der Brigade“, heißt es in einem von der amerikanischen Geisteswissenschaftlerin Parmalee 1992 aufgezeichneten Interview, „daß die, die eben nicht so geschickt waren, daß man die mitgerissen hat und Geduld aufgebracht hat. . . Das ist heute gar nicht mehr, daß der eine für den anderen da ist . . . die Hilfestellung untereinander, die war einfach wirklich gut.“ Die Kommunikation innerhalb der Brigade funktionierte offensichtlich ausgezeichnet.

„Angenehm war die ganze Atmosphäre im Kollektiv. Es kam manchmal zu Gehässigkeiten, aber es war immer die Parole, was man auf dem Herzen hat, hat man laut zu sagen und wenn die Fenster wackeln.“<sup>60</sup> Für Mobbing boten die Brigaden kaum Gelegenheit<sup>61</sup>.

Als eine wesentliche Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit in der Brigade benannten die in Leipziger und Berliner Betrieben von Patty Parmalee Interviewten die über die Arbeitszeit hinausreichenden persönlichen Kontakte der Brigade-

58 Die folgenden Zitate stammen aus zwei Quellen: Der Veröffentlichung der amerikanischen Geisteswissenschaftlerin Patty Lee Parmalee über ihre 1992 mit Brigademitgliedern in Berlin und Leipzig geführten Interviews und der Wiedergabe von Interviews mit Brigademitgliedern, die in einem Großbetrieb des Ostberliner Maschinenbaus, in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn, beschäftigt waren. Patty Lee Parmalee, Brigadeerfahrungen und ostdeutsche Identitäten, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 44 (1996) 4, S. 70–86, und Autorenkollektiv (Anm. 48), S. 122–128.

59 Tribüne vom 7. Januar 1959.

60 Fast gleichlautende Äußerungen von Brigademitgliedern führt auch Rottburger an: R. Rottburger (Anm. 2), S. 320.

61 Zu den Bedingungen, unter denen Mobbing „gedeiht“, vgl. Wolf-Dieter Kraus, Mobbing: die Zeitbombe am Arbeitsplatz, Renningen-Malmsheim 1994, S. 7 ff.

mitglieder. „Wenn man die persönlichen und privaten Interessen der anderen ein wenig kennt, dann arbeitet sich da leichter miteinander, die Erfahrungen haben wir gemacht.“ „Der persönliche Kontakt der Arbeitskollegen untereinander wurde gepflegt und gefördert durch Gemeinsamkeiten außerhalb der Arbeitszeit. . . Daraus entwickelten bzw. festigten sich kollegiale, freundschaftliche Beziehungen bis hin zur Familie.“ Die Interviewten betonten: „Wer Hilfe und Unterstützung im persönlichen Bereich brauchte, konnte auf ‚sein Kollektiv‘ in den meisten Fällen bauen.“ Kohlis Auffassung, „daß für die Beschäftigten der DDR vielleicht der Betrieb als sozialer Ort und als Verteilungsinstanz von Sozialleistungen, wohl kaum aber der betriebliche Arbeitsprozeß selber eine zentrale Sphäre zur Realisierung subjektiver Interessen war“<sup>62</sup>, würden die Interviewten jedoch widersprochen haben. Immer wieder wurde darauf beharrt: „Hilfe und Unterstützung im persönlichen Bereich . . . hatte(n) auch positive Auswirkungen wiederum auf das Arbeitsklima.“ „Wenn es Spannungen unter den Kollektivmitgliedern gab, privat oder arbeitsmäßig, hat die Gemeinsamkeit während einer Veranstaltung nach der Arbeitszeit oder einer Wochenendfahrt auf das Klima positiv gewirkt.“ Parmalee hebt „diese weitgehende Verflechtung von Persönlichem und Beruflichem (im Westen unbekannt, um nicht zu sagen: aus guten Gründen suspekt)“ in der Auswertung ihrer Interviews besonders hervor. Die vom Institut für Arbeitswissenschaften in Dresden im Auftrage der „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“ im 2. Halbjahr 1992 durchgeführte Studie bestätigt die Interviews. „Nach wie vor ist ein Verantwortungsgefühl für die anderen Gruppenmitglieder vorhanden, es wird allerdings heute stärker auf den beruflichen Bereich bezogen.“<sup>63</sup>

Über die Arbeitsleistung in den Brigaden äußerten sich die Interviewten wenig. Sätze wie: „Die Arbeit war schwer, aber wir haben sie gern gemacht“, oder: „Damals haben wir viele Sonntage und Sonnabende im Betrieb verbracht, weil etwas einfach gemacht werden mußte“, lassen jedoch Zweifel an der von Rottenburg, Voskamp u. a. festgestellten durchgängigen „Schonung der eigenen Kräfte“ der Arbeitenden aufkommen. In der bereits erwähnten Studie „Die Bedeutung von Gruppenstrukturen und der sozialen Bindung in der brigadeförmig organisierten Produktionsbelegschaft der alten DDR-Industrie und ihre Verände-

rungen im Transformationsprozeß“ heißt es zum Einfluß des Brigadekollektivs auf die Leistung des Einzelnen: „Der wichtigste und durch die Kollegen am besten einschätzbare Aspekt, nach dem der Einzelne in der Brigade beurteilt wurde, war . . . seine erbrachte Leistung. Wußte doch jeder, daß ungenügende Leistungen nicht zur Erfüllung der Normen führen. . . Während übergeordnete Instanzen zur Kontrolle und Bewertung der Gruppenleistung exakte Indikatoren benötigten, brauchten die Brigademitglieder diese zur Einschätzung ihrer Kollegen nicht, da sie ausreichend über deren Tätigkeit informiert waren. Die Meinung der Brigade zur Leistung der Mitglieder stellte ein wichtiges Mittel der kollektiven Erziehung und Selbsterziehung dar. Sie spielte die bedeutendste Rolle bei der Umsetzung der Leistungsanforderungen in kollektives Bewußtsein.“<sup>64</sup>

Diese Darstellung verträgt sich bis zu einem gewissen Grade durchaus mit einer kalkulierten kollektiven Arbeitszurückhaltung, wie sie im Interesse des „Lohnaushandelns“ im Bereich der metallverarbeitenden Industrie weit verbreitet war. Sie kontrastiert allerdings erheblich mit den eingangs zitierten pauschalisierten Auffassungen vom „Rückzug der Beschäftigten aus der Arbeit“<sup>65</sup>, vom allseits in den volkseigenen Betrieben zu beobachtenden Schlendrian, der nur unterbrochen wurde, weil „das Nichtstun nach einer Weile zermürend und häufig demütigend gewirkt habe“. Die Aussagen der Interviewten und der Arbeitswissenschaftler lassen auch erhebliche Zweifel an der z. B. von Rottenburg konstatierten „Fiktion der ‚kameradschaftlichen‘ Brigaden“ aufkommen<sup>66</sup>.

---

## IX. Probleme der Einordnung des betrieblichen Arbeitsalltags in die verbreiteten Erklärungsmuster der DDR-Vergangenheit

---

Eines der gängigsten Erklärungsmuster für die DDR-Gesellschaft nach 1990 war das Totalitarismusparadigma<sup>67</sup>. Neben der fehlenden Zeitdimension leidet die Totalitarismuskonzeption an ihrer

64 Ebd., S. 8.

65 U. Voskamp/W. Wittke (Anm. 1), S. 177.

66 R. Rottenburg (Anm. 2), S. 321.

67 Vgl. Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12–23; Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/96, S. 12.

62 M. Kohli (Anm. 9), S. 50.

63 K. Nawroth/G. Kullmann (Anm. 52), S. 32.

Reduzierung der Gesellschaft auf die politische Dimension von Herrschaft und Unterdrückung. Gehörten die Brigaden zu den Unterdrückten oder zu den Herrschenden? Waren die „engagierten“ Brigaden willige Helfer des SED-Regimes und die „Opportunisten“ heimliche Widerstandskämpfer? Gehörten die Meister zu den Herrschenden oder Unterdrückten? War ihr Statusverlust Ausdruck wachsenden Widerstandes der Arbeiter gegen die SED-Herrschaft oder Ausdruck der Politisierung des Betriebes durch die SED? Diese Fragen zu formulieren, verdeutlicht, daß die Totalitarismuskonzeption bei der Analyse des Brigadealltags wenig hilfreich ist.

Gewiß, auch die Brigaden hatten eine politische Dimension. Durch Erziehung und Selbsterziehung der Brigademitglieder sollten sie die Keimzellen des „neuen Menschen“ in der Produktion sein. Auch den Brigademitgliedern war „der ideologische Überbau“, das „Politische“ im Brigadeleben bewußt. Aber diese Dimension war für sie, wie die Interviews erkennen lassen, nicht entscheidend. „Der Grundgedanke unseres Kollektivs war das Miteinander, nicht das Politische.“ Nach der Definition einer Brigade befragt, erhielt Parmalee von den ehemaligen Kollektivmitgliedern „eine Beschreibung der Methoden, wie die gegebene Struktur der Brigaden für die eigenen Zwecke der Arbeiter umfunktioniert wurde“. Nach allgemeiner Auffassung der Interviewten hatten die Brigaden „Platz sowohl für die Überzeugten wie auch für die, die ganz privat bleiben wollten“. „Es wurde auch niemandem eine Meinung aufgezwungen.“ Angst vor gegenseitiger Bespitzelung hatten die Brigademitglieder offenbar nicht. „Aufsicht und Kontrolle“, urteilt Patty Parmalee über die von ihr geführten Interviews, „kamen nicht vor, und die Stasi scheint auch keine Rolle gespielt zu haben.“<sup>68</sup> Das dürfte stimmen, denn die in den Betrieben agierende, für den „Schutz der Volkswirtschaft“ zuständige Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit war, wie eine nunmehr vorliegende Analyse erkennen läßt, in den siebziger und achtziger Jahren mit ganz anderen Problemen beschäftigt<sup>69</sup>.

Rottenburgs Feststellung: „Die Brigade ... war das zentrale Mittel zur Umsetzung der sozialistischen Personalpolitik, die sich um den ganzen Menschen bemühte“<sup>70</sup>, paßt zwar gut in das

Totalitarismusparadigma – aber paßt sie auch gut zur Realität des Brigadealltags in der DDR? „Für den Historiker ist die Totalitarismus-Konzeption indes nicht besonders hilfreich.“ Dieser Auffassung, jüngst von Hermann Weber in einem Aufsatz zum Stand der Aufarbeitung der DDR-Geschichte geäußert, reflektiert zunehmende Zweifel an deren Brauchbarkeit zur Analyse der DDR-Vergangenheit, insbesondere deren Sozial- und Alltagsgeschichte<sup>71</sup>.

Wenn die Brigaden schlecht in das Schema Unterdrücker – Unterdrückte passen, vielleicht taugt dann das Paradigma von der gesellschaftlichen Nische als Erklärungsmuster für die Brigaden? Gaus hatte diesen Begriff für die Abkehr der Menschen in der DDR von der Politik des DDR-Staates Anfang der achtziger Jahre geprägt<sup>72</sup>. Nach den Aussagen interviewter Brigademitglieder trifft das Nischenparadigma für diese Jahre durchaus zu. Als „politisch“ angesehene Brigadeverpflichtungen wie Teilnahme an den „Schulen der sozialistischen Arbeit“, an Demonstrationen und Solidaritätsspenden, waren überwiegend unbeliebt. „In den 80er Jahren wurden die Kollegen am Politischen desinteressiert ... Die Bereitschaft zur Erfüllung solcher Aufgaben ... nahm ... rapide ab.“<sup>73</sup> Auf das Nischenparadigma bezieht sich in der Auswertung ihrer Interviews auch Patty Parmalee positiv. Aber läßt es sich auf die gesamte Geschichte der Brigaden anwenden? Als die „engagierten“ Brigaden in der Startphase der Arbeitsbrigaden bzw. der sozialistischen Brigaden die betriebliche Hierarchie erschütterten und bereit waren, bis in die „Kommandohöhen“ der Werke vorzudringen, um Leistungsgerechtigkeit durchzusetzen, handelten sie – wenigstens unbewußt – politisch. Auf keinen Fall paßt zu diesen Aktionen, die viel dazu beitrugen, die Stellung der Meister in DDR-Industriebetrieben zu erschüttern, das Nischenparadigma. Auch die „Opportunisten“, die in vielen Industriebereichen die Chance zum Aushandeln des Lohnes nutzten, beschränkten sich in ihren Aktionen nicht auf die Brigade. Sie suchten die Auseinandersetzung mit der Betriebsleitung, wenn ihnen auch vor allem an einem (faulen) Kompromiß gelegen war. Dieser war insofern hochpolitisch, als er die SED-Führung und DDR-Regierung von dem „Zündstoff“ Normen, der 1953 zum Arbeiteraufstand geführt hatte, befreite.

68 P. L. Parmalee (Anm. 58), S. 76.

69 Vgl. zu den Schwerpunktaufgaben der HA XVIII Maria Haendke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, Volkswirtschaft, MfS-Handbuch, Teil III/10, Berlin 1997, S. 5.

70 R. Rottenburg (Anm. 2), S. 315.

71 Ausführlicher dazu: Ch. Kleßmann/M. Sabrow (Anm. 67), S. 10–14; H. Weber (Anm. 13).

72 Vgl. Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983, S. 156 ff.

73 P. L. Parmalee (Anm. 58), S. 81.

Der Handlungsspielraum für die Brigaden war offensichtlich beträchtlich. Ausgehend von der Feststellung, „daß der Spielraum und das Widerstandspotential der Beschäftigten im Betrieb hoch war“, hat Jürgen Kocka dafür plädiert, gerade in der Sozialgeschichte „faktische Grenzen der Durchherrschaft im Alltag ... näher zu bestimmen“<sup>74</sup>. Das Problem des Paradigmas von der Durchherrschaft der Gesellschaft besteht darin, daß es die Spielräume grundsätzlich als Räume der Abkehr bzw. des Widerstands gegen die Herrschaft der SED begreift<sup>75</sup>. Ohne unbedingt die Auffassungen der SED vom „neuen Charakter der Arbeit“ oder „vom neuen Menschen“ zu übernehmen, haben die „engagierten“ Brigaden – einen zeitweilig vorhandenen Spielraum nutzend – geholfen, diese Vorstellungen der SED (teil- und zeitweise) Wirklichkeit werden zu lassen. Gerade dabei gerieten sie stärker an die Grenzen ihres Handlungsspielraumes als die „Opportunisten“ im Falle des Lohnaushandelns, obwohl der doch zeitweise zur „Unwirksamkeit der staatlichen Leistungspolitik“<sup>76</sup> führte.

Ein anderes Moment, das die Anwendung des Paradigmas von der Durchherrschaft der Gesellschaft auf die Brigaden schwierig gestaltet, ist die in der Geschichte der Brigaden zu beobachtende Tatsache, daß der Grad der Durchherrschaft der „sozialistischen Produktionskollektive“ durch den Staat und der Umfang des Handlungsspielraumes der Brigaden nicht umgekehrt proportional sind. Über den geringsten Handlungsspielraum verfügten die Brigaden zweifellos in den sechziger Jahren

74 Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 4), S. 552.

75 Ähnliche Probleme bereitet auch die Anwendung von Alf Lüdtkes „Eigensinn“-Konzeption, sobald man die „engagierten“ Brigaden berücksichtigt. Vgl. A. Lüdtke (Anm. 4), S. 205.

76 R. Deppe/D. Hoss (Anm. 28), S. 71.

(und zuvor zwischen 1953 und 1957). Das waren aber Jahre, in denen „Partei und Regierung“ – nachvollziehbar ist das an der geringen Medienpräsenz der Brigaden – sich der sozialistischen Basiskollektive in der Produktion als Instrumente der Durchsetzung ihrer ideologischen Vorstellungen kaum bedienten, während die Zeit, in der SED und FDGB versuchten, über die „sozialistischen Kollektive“ die Vorstellungen vom „neuen Menschen“ durchzusetzen, den Brigaden weitaus größere Entfaltungsräume bescherten. Des Rätsels Lösung scheint zu sein, daß die Brigaden „Beherrschung“ nicht allein durch die SED erfuhren, sondern auch durch „ihre“ Werkleitung, die mehr war als der verlängerte Arm der Partei. Für die Anfangsjahre der Arbeits- und sozialistischen Brigaden sowie für die siebziger und achtziger Jahre galt, daß die „Herrschaft“ der Werkleitung über die Beschäftigten in den „untersten Produktionseinheiten“ sich dann lockerte, wenn die SED-Führung größere Anstrengungen unternahm, die „sozialistischen Kollektive“ im Sinne ihrer Gesellschaftspolitik einzusetzen.

Über den generellen Nutzen der genannten Erklärungsmuster für die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit soll hier nicht verhandelt werden. Für die Erforschung des Brigadealltags – wie auch anderer Bereiche des DDR-Alltags – dürfte jedoch die empirische Forschung, die sich nicht von vornherein mit theoretischen Erklärungsmustern belastet – die es dann zwangsläufig auch zu bedienen gilt –, das geeignetste Verfahren sein. Der jüngst veröffentlichte Aufruf von Hermann Weber, „wissenschaftliche Debatten wieder auf Inhalte zu konzentrieren“<sup>77</sup>, kann – wenn ihm gefolgt wird – für derartige Forschungen ein günstiges Klima schaffen.

77 H. Weber (Anm. 13), S. 8.

Gerhard Barkleit

# Hochtechnologien in der Zentralplanwirtschaft der DDR

Zum Dilemma der Mikroelektronik der DDR in den achtziger Jahren

Hochtechnologien spielten im globalen ökonomischen Wettstreit der Systeme während der Ost-West-Konfrontation der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle. Ihre Beherrschung wurde zum entscheidenden Gradmesser für die Innovationsfähigkeit und Effizienz einer Volkswirtschaft. Und genau hier gewannen die führenden westlichen Industrienationen bald einen nichtaufholbaren Vorsprung. Auch wenn es für den Begriff „Hochtechnologien“ keine exakte Definition gibt, eine solche vielleicht überhaupt nicht gefunden werden kann<sup>1</sup>, soll er hier mangels vernünftiger Alternativen verwendet werden. Im übrigen wurde er auch im Sprachgebrauch des SED-Staates eher gemieden. Die Staatspartei bevorzugte noch 1986 den Begriff „Schlüsseltechnologie“. Sie verstand darunter Mikroelektronik, moderne Rechentechnik und rechnergestützte Konstruktion, Projektierung und Steuerung der Produktion, flexible automatische Fertigungssysteme, neue Bearbeitungsverfahren und Werkstoffe, Biotechnologie, Kernenergie und Lasertechnik<sup>2</sup>.

## Aufbau von Industriezweigen der Hochtechnologie

Werden unter dem Begriff Hoch- bzw. Schlüsseltechnologie solche Bereiche einer Volkswirtschaft verstanden, deren Erzeugnisse die Umsetzung des zum betrachteten Zeitpunkt wissenschaftlich und technisch „Machbaren“ darstellen und von denen man einen entscheidenden Beitrag für die Zukunft der Industriegesellschaften erwartet, so sind für die DDR in den fünfziger Jahren die Luftfahrtindustrie und die Kerntechnik zu den Industriezweigen der Hochtechnologie, in den siebziger und achtziger Jahren vor allem Rechentechnik/Datenverarbeitung und Mikroelektronik zu zählen. Es handelt sich durchweg um Bereiche, in denen

hohe Ansprüche an die technologische Leistungsfähigkeit wie auch an das Organisationsvermögen von Unternehmen gestellt werden.

In den fünfziger Jahren war nach Auffassung der SED der Flugzeugbau der „Gradmesser für den Stand der Technik“ eines Landes. Dennoch war der in den Jahren zwischen 1954 und 1961 betriebene und zeitweilig von beträchtlichem Propagandaaufwand begleitete Aufbau einer Luftfahrtindustrie in der DDR in erster Linie ein Prestigevorhaben und damit weniger einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit geschuldet. Das Scheitern des ehrgeizigen Unternehmens bedeutete nicht nur die Liquidation eines Industriezweiges mit inzwischen 25 000 Beschäftigten, sondern ließ bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Schwierigkeiten des SED-Regimes erkennen, Hochtechnologien wirtschaftlich und ökonomisch zu beherrschen. Als Ursachen sind nicht nur die gelegentlich als bereits hinreichend erforscht bezeichneten strukturellen Hindernisse zentralverwalteter Kommandowirtschaften nach sowjetischem Vorbild<sup>3</sup> zu nennen, sondern auch die Unfähigkeit, eine funktionierende internationale Arbeitsteilung im Rahmen des RGW zu organisieren. Im Falle des Scheiterns der Luftfahrtindustrie spielten zudem die ökonomischen wie politischen Interessen der Sowjetunion eine maßgebliche Rolle<sup>4</sup>.

Ebenfalls in den fünfziger Jahren erwartete die SED-Führung vom Auf- und Ausbau der Kernenergie, die Ministerpräsident Otto Grotewohl

1 Vgl. z. B. Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (BMW-Dokumentation Nr. 263), Bonn 1984; Klaus Brockhoff, *Forschung und Entwicklung*, München – Wien 1994<sup>1</sup>, S. 22 ff.

2 Vgl. Erich Honecker, Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag, Ost-Berlin 1986, S. 49.

3 Vgl. Gernot Gutmann/Hanns Jörg F. Buck, Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionschwächen und Konkursbilanz, in: Eberhard Kuhr/Hanns Jörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.), *Am Ende des realen Sozialismus*, Bd. 2: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996; Manfred Heinrich, Zur Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der DDR, in: *Hochschule Ost*, 5 (1996) 2, S. 36.

4 Vgl. Gerhard Barkleit, Die Spezialisten und die Parteibürokratie – der gescheiterte Versuch des Aufbaus einer Luftfahrtindustrie in der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 28 (1995), S. 823–830.

1955 als „größte wissenschaftlich-technische Aufgabe“ der DDR bezeichnete, bei der Konsolidierung der Industrie der DDR bereits mittelfristig eine Verbesserung der Energiewirtschaft. Darüber hinaus glaubte sie, ihren zu jener Zeit vertretenen Anspruch der Vorbildwirkung der DDR für ganz Deutschland durch den Einsatz der Kernenergie politisch und wirtschaftlich bekräftigen zu können<sup>5</sup>. Die Euphorie dieser Jahre mußte bald den ökonomischen und sicherheitstechnischen Schwierigkeiten beim Bau von Kernkraftwerken weichen. Gegen Ende der achtziger Jahre erreichte die Kernenergie in der DDR lediglich einen Anteil von etwa sechs Prozent am Primärenergieverbrauch<sup>6</sup>.

Die Bedeutung der Rechentechnik und Datenverarbeitung erkannte die SED in der Mitte der sechziger Jahre. Das Datenverarbeitungs-Programm von 1964 wurde zum Kernstück des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS, die wirtschaftspolitische Reformkonzeption in den Jahren 1963–1967 zur Modernisierung des Wirtschaftssystems der DDR) –, war der SED-Führung doch klar, daß die angestrebte neue Wirtschaftsform ohne das Instrument der Rechentechnik und Datenverarbeitung nicht eingeführt werden könnte<sup>7</sup>. Dennoch gelang es dem Kombinat Robotron mit seinen etwa 65 000 Mitarbeitern – in der DDR Alleinhersteller von Computern – zu keiner Zeit, dem Stand der Technik entsprechende Rechner in ausreichender Anzahl zu produzieren. Mitte der achtziger Jahre sah sich die SED gezwungen, Betrieben und Forschungseinrichtungen zu erlauben, in den Läden des staatlichen An- und Verkaufs, ursprünglich allein für die Bevölkerung eingerichtet, Personalcomputer westlicher Herkunft für Mark der DDR zu erwerben.

### Der Aufbau einer Mikroelektronik-Industrie

Die Einsicht, daß sich mit der Mikroelektronik eine Hochtechnologie entwickelt, die nachhaltige Veränderungen der Industriegesellschaft bewirkt, begann auch in der SED-Führung Raum zu gewinnen. Nach dem IX. Parteitag der SED im Juni 1976 befaßte sich die Wirtschaftskommission des

Politbüros intensiv mit der Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR. In den achtziger Jahren schließlich sollte sie nach den Vorstellungen der DDR-Führung zu einem Wundermittel im Kampf gegen die drohende Zahlungsunfähigkeit werden. Günter Mittag glaubte an den „technologischen Befreiungsschlag mit Hilfe der Mikrochips“<sup>8</sup>.

Der Kraftakt des Aufbaues einer Mikroelektronik-Industrie zeigt besonders deutlich, vor welche Probleme die zentralistische Kommandowirtschaft unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation gestellt war, und daß die Führungstrias der DDR-Wirtschaft, bestehend aus Staatspartei, staatlicher Administration und Staatssicherheit, sich den Herausforderungen letztlich als nicht gewachsen erwies.

Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die DDR zweifellos zu der weltweit relativ kleinen Gruppe von Ländern gehörte, die überhaupt in der Lage waren, hochintegrierte Speicherschaltkreise und andere mikroelektronische Bauelemente zu entwickeln und auf der Grundlage einer dieser Entwicklung angepaßten Technologie in Serie zu produzieren. Unstrittig ist andererseits, daß die Erzeugnisse dieses Industriezweiges in der DDR einen Stand verkörperten, der demjenigen der führenden Hersteller der Welt um Jahre hinterherhinkte. Das lag nicht etwa daran, daß die DDR den Startpunkt der Entwicklung der modernen Festkörperelektronik verpaßt hätte. Vielmehr war bereits am 1. August 1961 mit der Gründung der „Arbeitsstelle für Molekularelektronik“ in Dresden eine Einrichtung geschaffen worden, die bis in die Mitte der achtziger Jahre hinein als Forschungszentrum der DDR auf dem Gebiet der Mikroelektronik fungierte. Allerdings verlief der Aufbau dieser neuen Hochtechnologie keineswegs kontinuierlich. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wies der Industriezweig Elektrotechnik/Elektronik mit einem Produktionszuwachs von fast 60 Prozent das höchste Entwicklungstempo in der DDR-Industrie überhaupt auf<sup>9</sup>. Während sich die Mikroelektronik in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in den führenden west-

5 Vgl. Eckhard Hampe, Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR von 1952–1962 (Berichte und Studien 10), Dresden 1996.

6 Vgl. Rudi Rockstroh, Rolle der Kernenergetik in der Weltenergiewirtschaft, in: Atomkraft – Herausforderung an die Menschheit, Berlin – Rossendorf 1988, S. 64.

7 Vgl. Erich Sobeslavsky, Der schwierige Weg von der traditionellen Büromaschine zum Computer, in: Erich Sobeslavsky/Nikolaus Joachim Lehmann (Hrsg.), Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968 (Berichte und Studien 8), Dresden 1996.

8 M. Rainer Lepsius, Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle, Der Plan als Befehl und Fiktion, Opladen 1995.

9 Vgl. Gerhard Müller, Die Politik der SED zur Herausbildung und Entwicklung der Mikroelektronikindustrie der DDR im Rahmen der ökonomischen Strategie zur Durchsetzung der intensiv erweiterten Reproduktion (1976 bis 1985), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Dissertation (B), 1989, S. 11.

lichen Industriestaaten zu einer Schlüsseltechnologie entwickelte, beschloß die SED auf der 14. Tagung des ZK im Dezember 1970 und auf ihrem VIII. Parteitag im Juni 1971 die drastische Senkung der Investitionen im Industriezweig Elektrotechnik/Elektronik. Der von Honecker veranlaßte „politische und ökonomische Gegenentwurf zur Ulbrichtschen Politik“<sup>10</sup> – die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ – erforderte andere Prioritäten. Die Konzentration auf den Ausbau der Rohstoff- und Energiebasis, die Erhöhung der Konsumgüterproduktion und nicht zuletzt die Forcierung des Wohnungsbaus hatten zur Folge, daß die Investitionen im Bereich Elektrotechnik/Elektronik im Jahre 1974 nur noch 68,4 Prozent des Wertes von 1970 betragen<sup>11</sup> – eine für die Entwicklung der Mikroelektronik folgenreiche negative Kurskorrektur.

Als auf der 6. Tagung des ZK der SED im Juni 1977 endlich der „Beschuß zur Beschleunigung der Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik in der DDR“ gefaßt wurde, betrug der Rückstand der DDR zur internationalen Spitze, wie eine als „Weltstandsvergleich“ im Auftrag des ZK der SED durchgeführte Analyse ergab, bei analogen Schaltkreisen bereits vier bis acht, bei digitalen Halbleiterspeichern und Mikroprozessoren sechs bis sieben Jahre und bei technologischen Spezialausrüstungen bis zu neun Jahre. Die Produktivität der Ausrüstungen betrug ein Zehntel, in günstigen Fällen ein Drittel, die Kosten jedoch das 5- bis 10fache des internationalen Niveaus<sup>12</sup>.

Bezogen auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft der DDR waren die auf der Grundlage dieses Beschlusses erfolgten Investitionen im Bereich der Mikroelektronik enorm. Im Zeitraum von 1977 bis 1988 investierte die DDR etwa 14 Milliarden Mark, ohne dadurch jedoch den Rückstand zum internationalen Niveau wesentlich verringern zu können. Dieser betrug nach Einschätzung von Fachleuten noch immer ca. fünf bis sieben Jahre<sup>13</sup>.

Es waren aber nun nicht allein die wachsenden Schwierigkeiten bei der legalen Beschaffung „ausgewählter sensibler technologischer Spezialausrüstungen“ auf Grund chronischer Devisenknappheit und auch nicht die Engpässe bei der illegalen Umgehung der Embargobestimmungen

durch die eigens dafür geschaffenen Strukturen des Ministeriums für Staatssicherheit, die den SED-Staat zur Chancenlosigkeit im internationalen Wettbewerb verurteilten. Es war das grundlegende Konzept einer auf internationale Arbeitsteilung verzichtenden Mikroelektronik-Produktion mit ihrem Anspruch, Entwurf und Technologie der Schaltkreisfertigung aus eigener Kraft zu realisieren, das zunehmend seine Schwächen offenbarte.

Zu den organisatorischen Maßnahmen, die der „beschleunigten Entwicklung“ der Mikroelektronik dienen sollten, gehörte unter anderem die Zusammenfassung der Produktionsstätten in einem am 1. Januar 1978 gebildeten speziellen „Kombinat Mikroelektronik“ mit Sitz in Erfurt. Die Bildung dieses Kombinats war Teil einer Zentralisierungsaktion großen Ausmaßes, in deren Folge nun Kombinate „als die Grundform der gesellschaftlichen Organisation der sozialistischen Großproduktion“<sup>14</sup> dominierten. Zu den wichtigsten Fertigungsstätten des Kombinats Mikroelektronik gehörten der VEB Funkwerk Erfurt und der VEB Halbleiterwerk Frankfurt/O. In der Arbeitsstelle für Molekularelektronik, die zum „Zentrum für Forschung und Technologie Mikroelektronik“ (ZFTM) heranwuchs, wurden in den achtziger Jahren neue Basistechnologien und Schaltkreisgenerationen sowie die dazu notwendigen Spezialausrüstungen entwickelt. Eine wichtige Rolle spielte auch das Kombinat Carl Zeiss Jena, das als traditionsreicher Hersteller optischer Präzisionsgeräte technologische Spezialausrüstungen für die Halbleiterindustrie produzierte. Diesem Kombinat wurde am 1. Juli 1986 das Dresdner Forschungszentrum zugeordnet, was zunächst einmal zu erheblichen Schwierigkeiten und Tempoverlusten bei wichtigen Entwicklungsvorhaben führte. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sollte nach dem Willen der Parteiführung der Bezirk Erfurt durch den Bau neuer und moderner Chipfabriken zum Zentrum der Hochtechnologie der DDR entwickelt werden<sup>15</sup>. In offiziellen Verlautbarungen war stets von „beschleunigter Elektronisierung“ die Rede. Im folgenden soll gezeigt werden, daß bereits für die Mitte der achtziger Jahre von einer aussichtslosen Lage gesprochen werden muß.

14 Klaus Krakat, Kombinate, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn 1996.

15 Die Bezirksleitung Erfurt der SED legte auf ihrer Tagung am 14. Oktober 1981 fest, das Funkwerk Erfurt zum Zentrum der Forschung, Entwicklung und Produktion hochintegrierter Schaltkreise des SGT- und CMOS-Sortiments zu entwickeln. Vgl. G. Müller (Anm. 9), S. 85 f.

10 Rainer Weinert, Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteipolitik, in: Th. Pirker/M. R. Lepsius/R. Weinert/H.-H. Hertle (Anm. 8).

11 Vgl. G. Müller (Anm. 9), S. 11.

12 G. Müller, ebd., S. 15.

13 G. Müller, ebd., S. 162.

## Die Grenzen des „Nacherfindens“ sind erreicht

Obwohl in den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen des Kombines Mikroelektronik Erfurt hochqualifiziertes wissenschaftliches Personal und auch eine Grundausstattung an den entsprechenden Geräten als Voraussetzungen für eine eigenständige Schaltkreisentwicklung vorhanden waren, vollzog sich die Entwicklung von Speicherschaltkreisen in der Praxis als „Nacherfinden“ eines westlichen Fremdmusters. Zu diesem Zweck mußte zumindest ein Exemplar des in Frage kommenden Schaltkreises „beschafft“ und sein logischer Aufbau analysiert werden. Das war die Grundbedingung für jeden weiteren „Fortschritt“. Die sich anschließende Technologieentwicklung bestand dann im wesentlichen darin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, diesen nacherfundenen Chip mit den in der DDR zur Verfügung stehenden technologischen Spezialausrüstungen in Serie herstellen zu können. Aber auch ein erheblicher Teil dieser Ausrüstungen gelangte unter Umgehung der westlichen Embargobestimmungen in die DDR. Durch die sogenannte „Neutralisierung“, das Entfernen von Typenschildern und Gerätebeschreibungen, sollte verhindert werden, daß die mit diesen Geräten arbeitenden Ingenieure Kenntnisse über Hersteller und Lieferanten erhielten. Trotz aller Geheimniskrämerei war diese Praxis nicht nur den unmittelbar Beteiligten bekannt, sondern zählte zum gesicherten Wissen aller Interessierten.

Mit der Entwicklung von Speicherschaltkreisen einer Kapazität von mehr als einem Megabit erreichte die Miniaturisierung Mitte der achtziger Jahre aber einen solchen Grad, daß das „Nacherfinden“ einen höheren Aufwand erforderte als die Eigenentwicklung. Es genügte nun nicht mehr, die geometrische Struktur eines Chips unter dem Mikroskop zu entschlüsseln. Rückschlüsse auf die Funktionsweise, die Herstellungstechnologie und die zur Produktion verwendeten Anlagen waren nur noch unter Zuhilfenahme aufwendiger elektrischer Meßmethoden zu ziehen. Diese Erkenntnis von Spitzenfachleuten erreichte natürlich zunächst einmal das MfS. Das ist dem Bericht eines inoffiziellen Mitarbeiters zu entnehmen, der feststellte, daß „in der DDR nicht das Know how vorhanden ist, um solche komplizierten Mikroprozessoren vom Systementwurf her zu beherrschen“<sup>16</sup>.

Natürlich kannten die Hersteller der Originalschaltkreise nicht nur die Praktiken der Konkurrenz aus dem „sozialistischen Lager“. Sie machten

sich darüber auch noch lustig. Bei der Analyse eines Mikroprozessors der amerikanischen Firma „Digital Corporation“ entdeckten die „Nacherfinder“ nämlich folgenden Text in kyrillischer Schrift: „CVAX. . . Wann hört ihr endlich auf zu klauen, eigene (wahrhafte) Entwürfe sind besser“. Dieser Chip konnte noch einmal „geknackt“ werden. Das Kombinat Robotron in Dresden favorisierte ihn zur Weiterführung der 32-Bit-Rechnerlinie. Wie unökonomisch mitunter allein die Beschaffung solcher Fremdmuster war, geht ebenfalls aus dem Bericht des MfS hervor, in dem darauf hingewiesen wurde, daß „das Chip nicht käuflich ist“ und deshalb müsse eine „wertvolle Maschine zerstört worden sein“, um in den „Besitz des Chips zu gelangen“<sup>17</sup>.

## Lizenzverhandlungen scheitern

Der im vorangegangenen Abschnitt beschriebene und als Eigenentwicklung deklarierte Nachbau von Speicherschaltkreisen erfolgte in der Regel zu langsam, um den rasch wachsenden Bedarf der Industrie zu befriedigen. Die geltenden Embargobestimmungen verboten offizielle Lizenzverhandlungen. Dennoch fand die DDR „heimliche“ Lizenzgeber, wie z. B. die japanische Firma Toshiba. Diese sah sich jedoch gezwungen, ihr Produkt so zu modifizieren, daß keine eindeutigen Rückschlüsse auf den ursprünglichen Entwickler möglich waren; etwa beim 64 kDRAM-Speicherschaltkreis. Das wiederum führte zu Komplikationen bei der Produktionseinführung in Erfurt. Obwohl Toshiba die komplette Dokumentation des modifizierten Schaltkreises bereitgestellt hatte, reichte das nicht aus. Die Ausschußquote lag 1987 so hoch, daß „erhebliche Gefährdungen für den Volkswirtschaftsplan 1988“<sup>18</sup> bestanden, da viele Betriebe fest mit dem Einsatz dieses Schaltkreises in ihren Enderzeugnissen rechneten. Als Toshiba die Beziehungen zum Kombinat Mikroelektronik „aus Sicherheitsgründen, die aus dem gespannten Verhältnis USA – Japan resultieren“<sup>19</sup> (wie die Verhandlungsführer des Erfurter Kombines in ihrem Bericht vermuteten), vollständig abbrach, verschärften sich die Schwierigkeiten noch mehr.

Das Kombinat Mikroelektronik wurde „Opfer“ der Beilegung des Handelskonfliktes zwischen Japan und den USA auf dem Gebiet der Halbleiterchips durch den Abschluß des sogenannten Halbleiterabkommens im Juli 1986. Dieses Ab-

17 BStU ASE – Abt. XVIII, Bd. 13, Bl. 70.

18 BStU ASE – Abt. XVIII, Nr. 7, Bl. 1–7.

19 Ebd.

16 BStU ASE Abt. XVIII, Nr. 7, Bl. 18–21.

kommen enthielt auch Festlegungen zur Überwachung des Exports japanischer Hersteller in Drittländer<sup>20</sup>. Die für Wirtschaftsfragen zuständige Abteilung XVIII der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt wurde daraufhin aktiv. Den Begriff „Wirtschaftsspionage“ vermeidend, veranlaßte es die „Prüfung vorhandener Möglichkeiten zur Beschaffung von 64 k/256 k Datensätzen aus der japanischen Produktion der Fa. Toshiba im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Aufklärung“<sup>21</sup>. Die Unterlagen des MfS zeigen auch, daß sich der VEB Mikroelektronik „Karl Marx“ Erfurt bereits 1987 um eine Lizenz für den 256 k Speicherschaltkreis bei der Firma Toshiba bemüht hatte<sup>22</sup> – vergeblich!

### Export kompletter Chipfabriken

Die maßgeblichen wirtschaftsleitenden Funktionäre der DDR kannten selbstverständlich den enormen Rückstand der mikroelektronischen Erzeugnisse zum internationalen Niveau. Viele von ihnen ahnten zumindest die wachsenden Schwierigkeiten bei der Sicherung der Zahlungsfähigkeit in der Mitte der achtziger Jahre. Eine Verbesserung dieser Situation erhofften sie sich durch die Lieferung kompletter Fabrikationsanlagen für mikroelektronische Bauelemente an noch weiter zurückgebliebene Länder. Im Dezember 1988 wurden in einer Vertraulichen Verschlusssache des Kombinats Carl Zeiss Jena<sup>23</sup> folgende Vorhaben genannt: 1. Projektstudie einer kompletten 256 KdRAM-Fertigungsstätte als Gemeinschaftsprojekt des Kombinats Carl Zeiss Jena und der österreichischen Firma VOEST-Alpine für Polen mit einem Umfang von „ca. 100 Mio. Rubel und 250 Mio. DM“; 2. Anfrage der Universität São Paulo, Brasilien, zur Projektierung, Realisierung und Ausrüstung eines Mikroelektronik-Technikums im Wert von ca. 40 Mio. US-Dollar; 3. Aufbau einer Halbleiterfertigung im Bereich der Autoindustrie in Kaluga, UdSSR, im Wert von ca. 33,5 Mio. US-Dollar; 4. Aufbau einer kompletten Fertigungs-

stätte „auf Basis CMOS-Technologie und Niveau 256 KdRAM in Piastany“, ČSSR, mit noch nicht beziffertem Volumen; 5. „Proforma-Angebot“ über eine Halbleiterfabrik für die Volksrepublik China. Darüber hinaus enthielt das Dokument Informationen über weitere Projektanfragen aus Polen, Indien, dem Iran und Skandinavien. Das Finanzvolumen dieser Vorhaben war durchaus beachtlich. Zudem versprach man sich interessante Nebeneffekte. Karl Nendel, Staatssekretär im Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik und mit dem offenbar beliebten Decknamen „Sekretär“ als GMS („Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“) für das MfS tätig, meinte, „daß es schon sehr interessant wäre“, auf diese Weise „in einen iranischen militärischen Sektor hineindringen zu können“, was im Falle des Irak „wohl nicht gelungen wäre“<sup>24</sup>.

Die Tatsache, daß die DDR nicht alle für die Produktion von Schaltkreisen benötigten technologischen Spezialausrüstungen selbst herstellen konnte, sondern diese unter Umgehung der Embargobestimmungen (vor allem durch den Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ Alexander Schalck-Golodkowskis) beschaffte, führte zu schwerwiegenden Komplikationen. Bei einem Export kompletter Fabriken in noch rückständigere Länder – wie es der Plan der DDR vorsah – mußten diese sensiblen Ausrüstungen entweder mitgeliefert oder der Käufer mußte informiert werden, auf welche Geräte und Ausrüstungen welcher westlicher Hersteller die gelieferte Technologie zugeschnitten war. Damit erhielten potentielle Kunden auch Kenntnis vom Ausmaß der Umgehung des Embargos durch die DDR und deren technologischer Defizite.

In dem genannten Vorhaben „Mikroelektronik-Technikum Universität São Paulo, Brasilien“ kulminierten die Probleme, denen sich das Kombinat Carl Zeiss Jena durch die notwendige Offenlegung illegal beschaffter Spezialausrüstungen aussetzte. Zur „Erarbeitung der Eckpunkte des Grobprojektes“ gehörte auch eine Liste der benötigten Ausrüstungen mit Angaben zu den entsprechenden Geräten, den Lieferanten, eventuellen Konkurrenzgeräten sowie ein Preisvergleich<sup>25</sup>. Diese „Brasilien-Liste“ wurde im Zentrum für Mikroelektronik Dresden von einem stellvertretenden Fachdirektor zusammengestellt und nach Jena

20 Japanische Hersteller erreichten Mitte der achtziger Jahre beim 256 k Speicherschaltkreis auf dem amerikanischen Markt einen Anteil von 90 Prozent und drückten die Stückpreise von 25 auf 2 Dollar. Das US-Handelsministerium drohte daraufhin im März 1986 gegen japanische Hersteller „Dumpingzölle“ von 200 Prozent an. Das Einlenken der japanischen Regierung ermöglichte das o. g. Abkommen.

21 BStU ASE – Abt. XVIII, Nr. 7, Bl. 1–7.  
22 Vgl. Klaus Krabat, Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986–1989/1990), in: E. Kuhrt/H. F. Buck/G. Holzweißig (Anm. 3); Deutscher Bundestag, Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 12/7600, Bonn 1994, S. 274–275.  
23 Vgl. BStU ASG – VVS g 350-0482/88.

24 BStU ASG – OD Zeiss, Jena, Tonbandabschrift vom 12. Juni 1989, Quelle: „Helmut Brauer“, Bl. 423.

25 Hauptlieferanten waren die Firmen Milibur/USA, Alkatel/Frankreich und Eastern Long Beach/USA, in: BStU ASG – OD Zeiss, Jena, den 14. November 1989, Bl. 333–334.

gesandt – zur auftragsgemäßen „persönlichen Mitnahme“ des Verhandlungsführers nach Brasilien. Durch den IM „Günter“, als ökonomischer Leiter im Kombinat Carl Zeiss Jena tätig, erhielt das MfS Kenntnis von dieser Liste und deren geplanter Verwendung<sup>26</sup>. Der Staatssicherheitsdienst schaltete sich ein und strebte eine „zwingende Einflußnahme auf die Verhinderung der Offenbarung von Lieferlinien aus dem NSW (Nichtsozialistisches Währungsgebiet, d. Verf.) durch die Weitergabe der Anlagenspezifikation an den brasilianischen Partner“<sup>27</sup> an. Daraufhin ergriff das Kombinat Carl Zeiss Maßnahmen, um angesichts der „Gefährlichkeit dieser offenen Unterlagen“ ähnliche Pannen in Zukunft zu vermeiden. In einer Beratung mit dem Generaldirektor des Kombinat Carl Zeiss, Wolfgang Biermann, am 6. Juni 1989 legte Staatssekretär Karl Nendel – jener IM in Schlüsselposition – fest, daß Chipfabriken nur dann exportiert werden könnten, wenn damit keine Offenlegung von Beschaffungsquellen verbunden sei<sup>28</sup>. Das erwies sich allerdings als überflüssig. Bevor eines dieser Vorhaben realisiert werden konnte, hörte die DDR auf zu existieren. Der IM „Günter“ erhielt übrigens für seine „Verhinderung des Verrates wichtiger Informationen im Rahmen eines geplanten Geschäftes mit Brasilien“ vom MfS eine Prämie in Höhe von 1 000 Mark.

### Die Liberalisierung in der UdSSR

Die von der Führung der Staatspartei mit Argwohn und Mißtrauen beobachteten politischen Veränderungen in der Sowjetunion nach der Machtübernahme durch Gorbatschow hatten nicht nur eine bis dahin undenkbbare Kritikfreudigkeit an Maßnahmen des „großen Bruders“ zur Folge, sondern weckten durch Entwicklungen, die bislang gültigen Dogmen der zentralistischen Kommandowirtschaft zuwiderliefen, auch Befürchtungen. So sah sich das Politbüro der SED plötzlich mit einer Lockerung des Außenhandelsmonopols des sowjetischen Staates konfrontiert. Der Zentralismus der DDR-Wirtschaft wie auch das erstarrte Denken der Funktionäre prallten auf einen sich als überraschend dynamisch erweisenden Lehrmeister.

Allerdings gab es für die SED-Führung zur Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht nur keine Alternative, sondern deren weiterer Ausbau wurde auch immer notwendiger. In einer als

„streng geheim“ eingestuften „Information über den Stand der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR auf dem Gebiet der Mikroelektronik“ vom 30. Mai 1988<sup>29</sup> wurde die in Jahrzehnten eingeübte Floskel von einer „zunehmend engeren kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR“ immer noch strapaziert, mit der den „Bemühungen der imperialistischen Machtzentren gerade auf dem Gebiet der Mikroelektronik“ um eine „uneinholbare technologische Überlegenheit“ wirksam zu begegnen sei. Der technologische Rückstand sowohl in der DDR als auch in der UdSSR, so wurde in bewährter Weise diagnostiziert, sei die Folge von „momentanen Engpässen“, zu denen vor allem „die rechtzeitige Verfügbarkeit von Elektronikmaschinen in bedarfsdeckender Stückzahl“ gehöre.

Die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, die streng genommen nicht existierte, da es „keine direkte Zusammenarbeit von Forscherkollektiven“ gab, wurde vor allem auch deshalb von der DDR besonders aufmerksam beobachtet, weil „es offensichtlich ernste Probleme bei der Leitung und Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR“ gab, die auch „gewisse Auswirkungen auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den Bruderländern“ haben mußten. Genau um diese „gewissen Auswirkungen“ sorgten sich die Wirtschaftsfunktionäre der DDR, wenn sie feststellten, daß „an der Entwicklung eines neuen Leitungsstils im Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technik“ der UdSSR gearbeitet wurde.

Die DDR hatte es mit großer Anstrengung vermocht, ihre Lieferverpflichtungen im Elektronikmaschinenbau gegenüber der Sowjetunion quantitativ zu erfüllen. Allerdings verkörperten die gelieferten Maschinen keinesfalls internationales Spitzenniveau – weder hinsichtlich der Qualitätsparameter noch der Produktivität, wie die sowjetischen Kollegen kritisch anmerkten. Ein Spitzenerzeugnis des VEB Carl Zeiss Jena erreichte zum Beispiel nur etwa ein Zwanzigstel der im Prospekt ausgewiesenen Leistung. Andererseits war es der Sowjetunion selbst nicht gelungen, ihre vertraglichen Verpflichtungen termingerecht zu erfüllen. Dadurch war die Inbetriebnahme einer neuen Halbleiterfabrik am Standort Erfurt Süd-Ost III gefährdet. Trotz solcher Schwierigkeiten blieb die SED-Führung unbeirrbar ihrer weltfremden Annahme treu, daß die Zusammenarbeit mit der UdSSR so entwickelt werden könne, daß bei Elektronikmaschinen zur Herstellung höchstintegrier-

26 Vgl. BStU ASG – OD Zeiss ZMA 001 207, Bl. 115–122.

27 BStU ASG – BV Dresden, Abt. XVIII, Bl. 331–332.

28 Vgl. BStU ASG – OD Zeiss 001215, Bl. 49–50.

29 BStU ASE – Abt. XVIII, Nr. 1, Bl. 67–72.

ter Schaltkreise „in den nächsten Jahren eine völlige Unabhängigkeit von NSW-Importen“ zu erreichen sei.

Auch die gegenseitige Lieferung von Schaltkreisen gab Anlaß zur Sorge, mußten doch „Nichtlieferung bzw. Vertragsrückstände“ der UdSSR durch „zusätzliche NSW-Importe kompensiert werden“. Wenn sich die „sowjetische Seite“ auch auf Ministeriumsebene für die „durch verspätete Lieferung in der DDR entstandene Lage“ entschuldigte, so schien doch der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten mit einem Partner, den als unzuverlässig zu benennen nun möglich war, darin zu bestehen, die Inbetriebnahme weiterer Schaltkreisfabriken in der DDR zu forcieren. Dem Minister für Elektrotechnik/Elektronik wurde von der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS empfohlen, bei künftigen Verhandlungen mit der UdSSR von „einer realen Einschätzung des in der DDR erreichten Niveaus auszugehen“. Das waren offenbar erste Anzeichen einer Abkehr vom sowjetfrommen Wunsdenken der Vergangenheit.

Daß dem Ziel, im Handel mit der Sowjetunion einen Exportüberschuß zu erreichen, unüberwindliche Barrieren im Wege standen, zeigte eine detaillierte Analyse des „Regierungsabkommens ‚Mikroelektronik‘ DDR – UdSSR“. Sie kam zu dem Ergebnis, daß bei den „strategisch relevanten Themen Mikroprozessorschaltkreise und Meß-

technik“ keine Fortschritte erzielt werden konnten, da die UdSSR auf keinen DDR-Vorschlag auf dem Sektor „Schaltkreise“ eingegangen sei bzw. die Bemühungen der DDR auf dem Gebiet „Meßtechnik“ am Verhalten der UdSSR gescheitert seien.

Aber nicht allein die spezifischen Schwierigkeiten des Industriezweiges Mikroelektronik mit der Sowjetunion beunruhigten die Wirtschaftsfunktionäre in der DDR. Als „grundsätzliches Problem“ der Zusammenarbeit der „sozialistischen Länder“ bezeichnete das Kombinat Mikroelektronik Erfurt im Februar 1989 die Tatsache, daß „die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR mit einer sich immer mehr dezentralisierenden Planung und Leitung der Volkswirtschaften einiger RGW-Länder (UdSSR, VR Polen) konfrontiert“ sei<sup>30</sup>. Ferner diagnostizierte das MfS eine vom bislang Üblichen abweichende außenwirtschaftliche Aktivität der Sowjetunion: „eine Offensive (teilweise sogar mit aggressivem Charakter)“ zur Entwicklung von Direktbeziehungen der Betriebe, um „sich selbst naheliegende Vorteile zu verschaffen“. Bemühungen, aus diesen Einsichten Prognosen zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der RGW-Staaten abzuleiten, die es ermöglicht hätten, eigene Strategien zu formulieren, sind bis zuletzt jedoch nicht erkennbar.

30 BStU ASE – Abt. XVIII, Nr. 12, Bl. 1–16.

Arnd Bauerkämper

# Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Eine Bilanz der Jahre 1945–1965

## I. Abgrenzung und Gemeinsamkeiten

Der Strukturwandel der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und die Kollektivierungspolitik in der DDR wurden in den beiden deutschen Staaten bis 1989 weithin als diametral gegensätzliche Transformationsprozesse interpretiert. Die seit den siebziger Jahren tendenziell abgebaute, aber bis zum Zusammenbruch der DDR und der staatlichen Vereinigung 1989/90 fortbestehende wechselseitige Abgrenzung legte eine dichotomische Sicht der Entwicklung von Agrarwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland nahe. Der Strukturwandel und die Kollektivierung wurden weitgehend als konstitutive Merkmale eines umfassenden und letztlich nicht beizulegenden Systemkonflikts dargestellt. Die Unterschiede zwischen den Wandlungsprozessen in den beiden deutschen Staaten wurden deshalb akzentuiert, während Affinitäten insgesamt unterbelichtet blieben<sup>1</sup>.

In der Bundesrepublik Deutschland deuteten Politiker, Publizisten und Wissenschaftler die Kollektivierung bis zu den sechziger Jahren überwiegend als ‚Sowjetisierung‘ oder ‚Bolschewisierung‘. Diese Topoi suggerierten einen weitgehend bruchlosen und durch taktische Konzessionen lediglich ver-

deckten zielgerichteten Transfer des sowjetischen Kollektivierungsmodells auf die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und DDR. Die Kategorie der ‚Sowjetisierung‘ wurde in der Bundesrepublik Deutschland erst in den siebziger und achtziger Jahren sukzessive durch differenziertere Deutungen verdrängt<sup>2</sup>. Die tief verwurzelte Vorstellung von der Übertragung des kollektivwirtschaftlichen ‚Modells‘ der Sowjetunion auf die SBZ/DDR beeinflusst aber auch nach der Vereinigung Deutschlands noch die wissenschaftliche und politische Diskussion<sup>3</sup>. Der Strukturwandel in der Bundesrepublik wird dabei der Kollektivierung diametral entgegengesetzt und figuriert in dieser Sicht durchweg als eine deutlich überlegene Politik agrarischer Modernisierung.

Auch in der DDR wurden – mit umgekehrten Konnotationen – die Unterschiede zwischen der östlichen Kollektivierung und dem westlichen Strukturwandel hervorgehoben. Politiker und Agrarwissenschaftler verurteilten die in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren rapide zunehmende Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung in fortschreitend größeren Betrieben und die damit einhergehende Aufgabe kleinerer, unrentabel gewordener Höfe als neues „Bauernlegen“ in einer auf Konkurrenz basierenden kapitalistischen Marktökonomie. Die Kollektivierung wurde demgegenüber zu einer zukunftsweisenden Modernisierungsstrategie stilisiert. Das kollektivwirtschaftliche Ideal war mit dem Anspruch verknüpft, Reibungsverluste durch die

*Dieser Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags in der Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte der Freien Universität Berlin am 16. Januar 1996. Ich danke dem Leiter der Arbeitsstelle, Prof. Dr. Jürgen Kocka, und den Teilnehmern der Kolloquiumsveranstaltung für kritische Hinweise und weiterführende Anregungen.*

1 Hierzu allgemein: Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/90, S. 30 ff.; Rüdiger Thomas, Aufklärung statt Abrechnung: Anmerkungen zum Umgang mit der DDR-Geschichte, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis*, Köln 1993, S. 273.

2 Zusammenfassend dazu: Arnd Bauerkämper, Legitimation durch Abgrenzung. Interpretationen der Bodenreform und Kollektivierung im Kontext der deutschen Teilung und Vereinigung, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 37 (1996), S. 48 ff.

3 Vgl. z. B. Adolf Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung*, Baden-Baden 1995, S. 2820, 2827, 2836, 2841, 2843, 2845, 2856, 2881, 2886 f.

zentrale und administrativ koordinierte Steuerung der Agrarökonomie zu minimieren und zugleich einen schnellen, mit gesamtgesellschaftlichen Umbrüchen einhergehenden Wandel der Beschäftigtenstruktur zu vermeiden<sup>4</sup>.

In beiden deutschen Staaten wurde der jeweiligen Agrarprogrammatik vor 1989/90 insgesamt ein überragender Stellenwert für die sozioökonomische Entwicklung auf dem Lande zugewiesen, zumal die Systemkonkurrenz im Ost-West-Konflikt einen erheblichen Legitimationsdruck ausübte. Die agrarwissenschaftliche Forschung und die öffentliche Diskussion konzentrierten sich deshalb auf die Landwirtschaftspolitik in beiden deutschen Staaten. Demgegenüber wurden gemeinsame Problemlagen und die politische Abgrenzung übergreifende Herausforderungen der Modernisierung in den beiden hochentwickelten Industriegesellschaften tendenziell verdeckt<sup>5</sup>.

Nach der Vereinigung bietet sich die Möglichkeit, die gesamtdeutschen Dimensionen der Nachkriegsgeschichte präziser zu erfassen. Ausgehend von dieser forschungsleitenden Absicht, werden im folgenden der Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland und die Kollektivierung als Varianten der Transformation von Agrarwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in modernen Industriegesellschaften dargestellt. Diese Deutung akzentuiert die Affinitäten zwischen agrarwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in den beiden deutschen Staaten als Folge durchaus ähnlicher Problemlagen und Anpassungszwänge, ohne dabei die beträchtlichen Unterschiede völlig auszublenden. Der Modernisierungstrend in der Agrarwirtschaft war sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik Deutschland von den fünfziger bis zu den achtziger Jahren durch die beschleunigte Herausbildung einer großbetrieblichen, zunehmend konzentrierten und spezialisierten Intensivproduktion mit wachsender agro-industrieller Verflechtung gekennzeichnet. Allerdings divergierten die Triebkräfte, Mechanismen und das Ausmaß dieses Prozesses in den beiden deutschen Staaten<sup>6</sup>.

4 Vgl. A. Bauerkämper (Anm. 2), S. 42 ff. (dort auch weiterführende Literatur).

5 Vgl. Christoph Kleßmann, Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Manfred Hettling/Claudia Huerkamp/Paul Nolte/Hans-Walter Schmuhl (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 146 f.; ders. (Anm. 1), S. 40.

6 Zum Einfluß säkularer Wandlungsprozesse auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR vgl. allgemein: Jürgen Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 14 ff.; Hartmut Kaelble, Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, in:

Seit dem 19. Jahrhundert war der Stellenwert der Agrarwirtschaft in den westeuropäischen Staaten erheblich zurückgegangen. So nahm der Beitrag des primären Sektors (die Land- und Forstwirtschaft) zum Volkseinkommen tendenziell ebenso ab wie der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Die Agrarproduktion wurde darüber hinaus fortschreitend rationalisiert, intensiviert und spezialisiert, verbunden mit einem zunehmenden Kapitaleinsatz. Diese Prozesse führten zu einer enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erträge. Eine großbetriebliche Struktur setzte sich aber nur begrenzt durch, da die seit dem späten 19. Jahrhundert wachsende Nachfrage nach Veredlungsprodukten die Erzeugung auf kleinen Höfen begünstigte. Die Urbanisierung erfaßte – zumindest durch Migrationsprozesse – auch die ländliche Gesellschaft, die insgesamt zusehends von diesen säkularen Wandlungsprozessen erfaßt wurde. Damit nahmen auch die Verflechtungen zwischen Agrar- und Industriegesellschaft sowie zwischen Stadt und Land zu. Diese hier nur skizzierten Entwicklungstrends können als wichtige Richtungskriterien agrarischer Modernisierung gelten<sup>7</sup>.

Nach einem Rückblick auf den Modernisierungsstau, der sich aus den exzeptionellen gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ergab, wird in diesem Beitrag die rapide Transformation der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in den fünfziger Jahren behandelt. Die Ambivalenzen agrarischer Modernisierung werden in dem abschließenden Ausblick auf die Industrialisierung der Landwirtschaft in den beiden deutschen Staaten seit den sechziger Jahren deutlich.

---

## II. Die unterbrochene Modernisierung

---

Während die langfristige Modernisierung der Landwirtschaft in Deutschland in der unmittelba-

ders./Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 559 ff., bes. S. 578 f.

7 Vgl. Paul Erker, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert, Paderborn 1996, S. 327 ff.; Walter Achilles, Agrarkapitalismus und Agrarindividualismus – Leerformeln oder Wirklichkeit?, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 81 (1994), S. 494 ff.

ren Nachkriegszeit zunächst aufgehalten wurde, beschleunigte sich der gesellschaftliche Wandel. Die Zerstörung von Wohnraum und gewerblichen Betrieben in den Städten drängte die Bevölkerung in ländliche Regionen. Darüber hinaus vertiefte die allgemeine Not die Unterschiede zwischen Stadt und Land und konstituierte neue gesellschaftliche Konfliktlinien, die traditionelle soziale, sektorale, räumliche und konfessionelle Abgrenzungen zumindest zeitweise überlagerten. Besonders der Zugang zu Nahrungsmitteln wurde zu einer wichtigen Determinante gesellschaftlicher Ungleichheit, so daß sich scharfe, bis zu den späten vierziger Jahren anhaltende Auseinandersetzungen zwischen den Konsumenten und Produzenten von Nahrungsgütern herausbildeten. Die Schwarzmarkt- und Kompensationsgeschäfte vor der Währungsreform verliehen besonders den Bauern als Nahrungsmittelproduzenten eine beträchtliche ökonomische Macht, steigerten ihr gesellschaftliches Prestige und erhöhten ihren politischen Einfluß als lokale Führungsgruppen<sup>8</sup>. Der Zustrom von Evakuierten und Flüchtlingen veränderte zwar mittelfristig die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur der Dörfer, reduzierte den sozialen Einfluß und die ökonomische Stärke der alteingesessenen Landwirte in der unmittelbaren Nachkriegszeit insgesamt aber nicht<sup>9</sup>. Die Zwangsmigration, die schon 1943 mit den Evakuierungen aus den durch Luftangriffe bedrohten Großstädten eingesetzt hatte, bevor der Vorstoß der sowjetischen Armeen 1944/45 eine breite Fluchtwelle auslöste, führte in allen Regionen zu einem sozioökonomischen Problemdruck, der besonders die Agrarwirtschaft und die ländliche Gesellschaft erfaßte. Im Januar 1945 wurden im Deutschen Reich rund 7,2 Millionen Evakuierte registriert, die von den Behörden besonders aus Berlin und aus dem Raum Köln-Aachen umquartiert worden waren. Ende Oktober 1946 hatten mehr als zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene die Besatzungszonen Deutschlands erreicht; im September 1950 wurden insgesamt 11,2 Millionen gezählt, davon 7,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland<sup>10</sup>.

8 Vgl. Paul Erker, Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hrsg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, S. 392 ff.; Karl Teppe, Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18–19/95, S. 32.

9 Vgl. Peter Exner, Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969, Paderborn 1997; Paul Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945–1955, Wiesbaden 1988.

10 Vgl. Johannes-Dieter Steinert, Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besat-

Der Flüchtlingszustrom wies allerdings deutliche regionale Unterschiede auf. So stellten die Vertriebenen, die in der SBZ seit Herbst 1945 offiziell „Umsiedler“ genannt wurden, dort im Dezember 1947 24,3 Prozent der Bevölkerung; in der amerikanischen Zone betrug der Anteil der Flüchtlingsbevölkerung 17,7 Prozent und im britischen Besatzungsgebiet 14,5 Prozent, in der französischen Zone – aufgrund der Weigerung der französischen Militärregierung, Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen – dagegen nur ein Prozent. Da die Vertriebenen in den zerstörten Großstädten weder untergebracht noch versorgt werden konnten, ließen sie sich zunächst überwiegend auf dem Lande nieder, wo sie zumindest saisonal in der Landwirtschaft beschäftigt werden konnten und einen direkten Zugang zu Lebensmitteln gewannen. Deshalb wurde in vor dem Zweiten Weltkrieg dünn besiedelten, agrarisch geprägten Regionen in den späten vierziger Jahren der höchste Bevölkerungszuwachs verzeichnet. Die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wiesen jeweils besonders hohe Flüchtlingsanteile auf. So wohnten in der SBZ 1947 47 Prozent der „Umsiedler“ in Dörfern mit bis zu 2 000 Einwohnern; in Westdeutschland fanden rund 85 Prozent der Flüchtlinge in Landgemeinden Unterkunft. Hier lebten noch im September 1950 47,2 Prozent der Vertriebenen in Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. Die schnelle Zuwanderung und die allgemeine Notsituation führten in den Dörfern zu einem soziokulturellen Gegensatz zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den Flüchtlingen; sie lösten anhaltende Konflikte über die Zuteilung knapper Ressourcen – hier besonders der völlig unzureichende Wohnraum – aus<sup>11</sup>.

zungszonen, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 557, 561; Marion Frantzioch, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987, S. 92; Siegfried Bethlehem, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiter-Zuwanderung, Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982, S. 22; Michael Krause, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963, Düsseldorf 1997, S. 175 f.

11 Vgl. M. Frantzioch (Anm. 10), S. 117 ff. Statistische Angaben in: Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer historischer Überblick, in: ders./Alexander v. Plato, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, S. 51; Jörg Roesler, The Refugee Problem in the Soviet Occupation Zone 1945–1949, in: GDR Monitor, 21 (1989), S. 4f.; Gerhard Reichling, Die deutschen Vertriebenen in

Die auf dem Lande lebenden Vertriebenen arbeiteten zunächst vor allem in der Agrarwirtschaft, überwiegend als Landarbeiter. In Ostdeutschland erhielten aber bis März 1950 mehr als 91 000 „Umsiedler“ auch Landparzellen, nachdem das Zentralkomitee (ZK) der SED Ende August 1945 die Durchführung der Bodenreform angeordnet hatte. Die Ausstattung der Flüchtlingsneubauern mit Vieh, Maschinen, Geräten und Gebäuden blieb allerdings trotz der Hilfsmaßnahmen der staatlichen Verwaltung und sowjetischen Besatzungsadministration unzulänglich. Deshalb gaben die Vertriebenen ihre Betriebe zunehmend zurück, als die Landflucht in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren erneut einsetzte<sup>12</sup>. In den westlichen Besatzungszonen war die arbeitsmarktpolitische Pufferfunktion der Flüchtlingsbeschäftigung in der Agrarwirtschaft noch signifikanter. In Westdeutschland stellten Vertriebene 1950 im primären Sektor nur 1,1 Prozent der Erwerbstätigen in selbständiger Stellung, denn ein weitreichender Eingriff in die bestehende agrarische Besitzstruktur durch eine Bodenreform war unterblieben – nicht zuletzt aufgrund des hier weniger vorhandenen Großgrundbesitzes. Von 1945 bis 1966 erhielten zwar rund 175 000 Flüchtlinge 700 000 ha Land, besonders nach dem 1949 verabschiedeten und 1953 in das Bundesvertriebenengesetz integrierten Flüchtlingssiedlungsgesetz; jedoch waren etwa 70 Prozent der neuen Höfe Nebenerwerbsstellen, und trotz eines Finanzaufwands von fast 7 Mrd. DM erwiesen sich nur 30 000 Betriebe als rentabel<sup>13</sup>.

Die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen begünstigten in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine arbeitsintensive, kleinbetrieb-

liche landwirtschaftliche Erzeugung. Obwohl die alliierten Reagrarisierungskonzepte schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend aufgegeben worden waren, hatte besonders der von der nationalsozialistischen Propaganda verteilte „Morgenthau-Plan“ die Wahrnehmung der alliierten Besatzungspolitik in Deutschland nachhaltig geprägt. Umfassende Demontagen, besonders in der SBZ, wurden daher unmittelbar als Beleg einer alliierten Deindustrialisierungspolitik wahrgenommen, so daß eine – auch im Kommuniqué der Potsdamer Konferenz festgelegte – Schwerpunktverlagerung auf die Landwirtschaft nahelag<sup>14</sup>.

In der SBZ gingen aus der Bodenreform bis Anfang 1949 mehr als 209 000 Neubauernstellen hervor, und nahezu 170 000 gewerbliche Arbeiter erhielten Landparzellen, die ihre Ernährung sicherten. Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Aufteilung ihres Landes führten besonders in den traditionell gutsherrschaftlich geprägten Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, wo die Bodenreform bis Januar 1949 52 bzw. 38 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) erfaßt hatte, zu einem abrupten Übergang von einer großbetrieblichen zu einer kleinbäuerlichen Agrarstruktur. Insgesamt wuchs in der SBZ der Anteil der Betriebe mit fünf bis fünfzig Hektar an der gesamten LN von 1939 bis 1946 von 54,2 auf 77,4 Prozent. Hier bewirtschafteten Bauern mit jeweils 5 bis 20 Hektar 1946 60 Prozent, 1951 sogar 80 Prozent mehr landwirtschaftliche Nutzfläche als 1939. Dagegen entfielen von der LN 1946 nur noch 12,9 Prozent auf Betriebe mit mehr als 50 Hektar, die 1939 noch über 36,7 Prozent der LN verfügt hatten<sup>15</sup>.

Die agrarischen Kleinbetriebe ermöglichten eine arbeitsintensive Veredlungsproduktion, waren Großbetrieben aber in der pflanzlichen Erzeugung deutlich unterlegen<sup>16</sup>. Die Neubauernbetriebe durften zudem nicht verkauft, verpachtet, belastet oder verpfändet werden und sollten nur fünf bis zehn Hektar Land umfassen. Auch wenn diese Restriktionen, die in den Bodenreformverordnungen festgelegt worden waren, vielfach umgangen

Zahlen, Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989, S. 40 f.

12 Vgl. Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hrsg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, S. 55 ff.; ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 133 ff.

13 Vgl. Karl Becker, 15 Jahre ländliche Siedlung und Eingliederung und 10 Jahre landwirtschaftliche Strukturverbesserung. Erfahrungen und Folgerungen, Hannover 1965, S. 44; Günter J. Trittel, „Siedlung“ statt „Bodenreform“. Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland (1948/49), in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie (ZAA), 27 (1979), S. 199; ders., Die Bodenreform – ein Beitrag der Besatzungsmächte zur gesellschaftlichen Strukturreform Nachkriegsdeutschlands 1945–1949, in: ZAA, 30 (1982), S. 40.

14 Zur Deindustrialisierung in der SBZ als Folge der rigiden sowjetischen Reparationspolitik vgl. Jörg Fisch, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992, S. 201.

15 Vgl. Bundesarchiv Berlin (BArch), DK-1, Nr. 7375, Bl. 3, 107. Hierzu auch die Tabellen in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/2022/52, Bl. 86 f.; A. Weber (Anm. 3), S. 2857.

16 Vgl. Leistungsvergleich der früheren Großbetriebe (über 100 Hektar) und bäuerlichen Betriebe (5–20 Hektar) im Osten Deutschlands, in: Europa-Archiv, 1 (1946), S. 648 ff.

wurden, blieb die Wirtschaftskraft der Neubauernstellen wegen des anhaltenden Mangels an Vieh, technischem Inventar und Gebäuden begrenzt. Die Rückgabe von Neubauernbetrieben beschleunigte sich deshalb in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren, als die expandierende Industriewirtschaft zunehmend attraktivere Arbeitsplätze bereitstellte. So verließen bis 1952 mehr als 80 000 Neubauern ihre Höfe. Auch viele Frauen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit Höfe übernommen hatten, um das Überleben ihrer Kinder und ihre eigene Ernährung zu sichern, gaben ihre Neubauernstellen zurück, nachdem sich die Hoffnung auf die Rückkehr ihrer kriegsgefangenen oder vermißten Ehemänner nicht erfüllt hatte<sup>17</sup>.

Die Kriegszerstörungen in der Industriewirtschaft, der weitgehende Zusammenbruch der Infrastruktur und der sozialpolitische Problemdruck, der sich aus dem Flüchtlingszustrom ergab, verliehen Reagrarisierungskonzepten auch in Westdeutschland Auftrieb, unterbrachen den langfristigen Urbanisierungstrend und verzögerten den Strukturwandel in der Landwirtschaft. In der unmittelbaren Nachkriegszeit gewannen vielmehr kleinbetriebliche Agrarkonzepte an Attraktivität. So sollte die Errichtung von fünf Millionen Kleinsthöfen mit einer LN von jeweils 1,5 Hektar nicht nur den Übergang zur landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion vorantreiben, sondern auch Arbeitskräfte binden und eine Fusion von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ erreichen. Dieser „Kleinsthofplan“, der vom traditionellen deutschen Agrarromantizismus geprägt war, wurde jedoch schnell aufgegeben, als in den späten vierziger Jahren die Landflucht und eine beschleunigte Abwanderung aus der Agrarwirtschaft einsetzte<sup>18</sup>.

Die geringe Ausstattung der Agrarbetriebe mit technischem Inventar förderte in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Zunahme des Arbeitskräftebesatzes in der Landwirtschaft. Das durch den

Flüchtlingszustrom sprunghaft gewachsene Angebot an Beschäftigten verzögerte in Westdeutschland die Mechanisierung der Bauernhöfe, auch als die Landmaschinenindustrie in den späten vierziger Jahren ihre Erzeugung erweitern konnte. Obwohl die Landwirte aus den Schwarzmarkt- und Kompensationsgeschäften eine beträchtliche Liquidität gewannen, blieben die Investitionen in die Rationalisierung der Agrarproduktion begrenzt. Die Landwirtschaft in Westdeutschland geriet deshalb unter einen beträchtlichen Anpassungsdruck, als nach der Währungsreform die Diskrepanz zwischen den Einkommen aus der agrarischen Erzeugung und den Aufwendungen für Betriebsmittel rapide zunahm und die Anbindung Deutschlands an den Weltmarkt in den frühen fünfziger Jahren den Preisdruck durch Nahrungsmittelimporte erhöhte<sup>19</sup>.

---

### III. Die beschleunigte Modernisierung

---

In der DDR führten die überstürzt durchgesetzte Bodenreform, die wirtschaftliche Schwäche der Neubauern und die geringe Rentabilität ihrer Betriebe in den frühen fünfziger Jahren zu einer akuten Problemkumulation und zu einem anhaltenden Modernisierungstau. Die ökonomische Krise der Neubauernbetriebe schränkte 1951/52 die Agrarproduktion ein, die nach dem im Juli 1950 verabschiedeten Fünfjahresplan bis 1955 erheblich gesteigert werden sollte. Besonders berufsfremd arbeitende Neubauern, die ihre Höfe nicht festigen konnten, wanderten zusehends in die Industrie ab. Im April 1952 wurden rund 235 000 Hektar nicht oder nur extensiv bewirtschaftet. Diese verlassenen Flächen waren ein massiver „Bremsklotz“<sup>20</sup> der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR. Zudem sicherten viele Neubauernbetriebe, die nicht aufgegeben worden waren, zwar die Selbstversorgung ihrer Inhaber, waren aber keineswegs zu einer über die Pflichtablieferung hinausgehenden Marktproduktion geeignet. Außerdem blieben viele Neubauern in den

17 Vgl. Wolfgang Bell, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe. Analyse und Dokumentation, Münster-Hiltrup 1992, S. 16; W. Meinicke (Anm. 11), S. 60 ff. Zur Ausstattung der Neubauernbetriebe umfassend: Arnd Bauerkämper, Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 295 ff.

18 Vgl. Heinrich Jebens, Der Kleinsthofplan. Gedanken zum Volksneubau, Hamburg 1946; Ulrich Kluge, Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Vorgeschichte (1918–1948), Die Ära Niklas (1949–1953), Die Ära Lübke (1953–1959), Die Ära Schwarz (1959–1965), Hamburg u. a. 1989, S. 68.

19 Vgl. Paul Erker, Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1990<sup>3</sup>, S. 372 f.

20 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 573, Bl. 218.

dörflichen Milieus isoliert, und auf ihren Höfen wuchs die Arbeitsbelastung, besonders für Frauen und Kinder<sup>21</sup>. Schon bevor die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 die Kollektivierung offiziell als agrarpolitisches Ziel verkündete, hatten wirtschaftsschwache Neubauern deshalb die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) gegründet. So wurde der 1951 vollzogene, aber anschließend von der SED-Landesleitung in Thüringen aufgehobene Zusammenschluß von Bauern zu einer Produktionsgenossenschaft in Merxleben zu einem Modell, nachdem der Chef der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Wassili I. Tschuikow, am 14. April 1952 in einem Gespräch mit dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, die Kollektivierung erwähnt und Walter Ulbricht am 3. Juni eine entsprechende Entscheidung des Politbüros herbeigeführt hatte. Der Kollektivierungsbeschluß ist damit zwar vorrangig auf die herrschaftspolitischen Ziele der SED-Führung zurückzuführen, verweist aber auch auf eine Problemlage, die das Regime mit der erzwungenen und abrupt durchgesetzten Bodenreform sowie durch die rigorose Verdrängung der „Großbauern“ selber herbeigeführt hatte<sup>22</sup>.

Der Druck zur Bildung von LPGs wurde durch die wirtschaftlichen Restriktionen der SED-Führung gegen die Landwirte mit jeweils mehr als 20 Hektar erhöht, die als „Großbauern“ galten. Schon von 1950 bis 1952 gaben 5 000 von ihnen ihre Höfe auf. 1952/53 erlassene Verordnungen sahen die Einsetzung staatlicher Treuhänder in Betrieben vor, deren Eigentümer ihre – fortschreitend erhöhten – Ablieferungsverpflichtungen nicht mehr erfüllten. Landwirte, die sich dem ökonomischen Druck durch Flucht entzogen oder der ‚Sabotage‘ verdächtigt wurden, konnten sogar ent-

21 Vgl. Christel Nehrig, Uckerländer Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945–1952, Berlin 1996, S. 55 ff. Zusammenfassend: Arnd Bauerkämper, Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 108 ff.

22 Vgl. Joachim Piskol, Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft der DDR im Sommer 1952, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 37 (1995), S. 20; Arnd Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 6), S. 134 f.; Elke Scherstjanoi, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: Deutschland Archiv, 27 (1994), S. 354 ff. Zur Produktionsgenossenschaft in Merxleben vgl. den Beitrag von Barbara Schier in diesem Heft.

eignet werden. Insgesamt wurden allein von Juli 1952 bis Juni 1953 mehr als 2 200 Höfe konfisziert. Die ‚devastierten‘ Flächen wurden überwiegend von „Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben“ (ÖLBs) bewirtschaftet und anschließend in die LPGs integriert<sup>23</sup>.

Seit den späten vierziger Jahren bildeten die allgemeine Landflucht – besonders der Flüchtlinge und Vertriebenen – und der damit einhergehende Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten wichtige Triebkräfte der betrieblichen Konzentration und Rationalisierung. Während die Zahl der in der Agrarwirtschaft Beschäftigten auf dem Territorium der SBZ von 1939 bis 1946 von 1,7 Mio. auf 2,4 Mio. gewachsen war, ging sie bis 1950 auf 2,1 Mio. und bis 1952 sogar auf 1,6 Mio. zurück. Nachdem in der DDR schon 1950 bei der Ernte ein akuter Mangel an Saisonarbeitskräften aufgetreten war, wurden in den fünfziger Jahren Jugendliche, Hausfrauen und Rentner zum Einsatz in der Landwirtschaft aufgerufen. Die Werbekampagnen konnten den Arbeitskräftemangel aber ebensowenig beseitigen wie das 1951 vom ZK beschlossene „Parteiaufgebot der Industriearbeiter zur Demokratisierung des Dorfes“ (das allerdings vorwiegend auf einen Austausch der ländlich-agrarischen Funktionsebenen zielte) und die 1954 von der SED-Führung proklamierte Aktion „Industriearbeiter aufs Land“. Die unzureichende Unterbringung und die schlechten Arbeitsbedingungen führten in der DDR vielmehr zu einer beträchtlichen Fluktuation von Beschäftigten in der Landwirtschaft<sup>24</sup>.

In der Bundesrepublik sank die Zahl der Erwerbstätigen im primären Sektor von 1950 bis 1960 von 5,1 Mio. auf 3,3 Mio. Die Abwanderung war in kleinen Betrieben mit Viehhaltung und Futterbau besonders hoch, weil diese Höfe nur über geringe Produktivitätsreserven verfügten und der Ersatz von Arbeitskräften hier einen relativ hohen Kapitalaufwand erforderte. Diese „Grenzbetriebe“, die nicht gefestigt werden konnten und zum Nebenerwerb übergehen mußten, verloren vor allem ihre familienfremden Arbeitskräfte. Während die Zahl der voll- und teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte in der Landwirtschaft zwischen 1950/51 und

23 Vgl. W. Bell (Anm. 17), S. 16 ff., 46 ff. Allgemein: Joachim Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 39 (1991), S. 423 ff.

24 Vgl. Adalbert Günther, Die Aktion „Industriearbeiter aufs Land“. Maßnahmen der SED zur Behebung des Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft, in: SBZ-Archiv, 5 (1954), S. 277 f. Angaben in: BArch, DQ-2, Nr. 2122 (Analyse vom 1. 12. 1953).

1965/66 um mehr als 40 Prozent zurückging, sank die Zahl der familienfremden Beschäftigten in der Bundesrepublik um über 60 Prozent. Damit erhöhte sich die Belastung der bäuerlichen Familien, so daß unrentable Betriebe zunehmend verpachtet wurden<sup>25</sup>.

**Tabelle 1: Zahl der Beschäftigten und Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (in 1 000)**

| Jahr   | Bundesrepublik Deutschland |          | DDR          |          |
|--------|----------------------------|----------|--------------|----------|
|        | Beschäftigte               | Betriebe | Beschäftigte | Betriebe |
| (1939) | 5 309                      | 2 009    | 1 695        | 597      |
| 1949   | 5 113                      | 1 646    | 1 972        | 745      |
| 1960   | 3 581                      | 1 385    | 1 401        | 203      |

Quelle: Adolf Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse (Anm. 3), S. 2875.

Die Abwanderung der Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft ging in beiden deutschen Staaten mit einer Produktivitätssteigerung einher, die in der Bundesrepublik vor allem durch die wachsende Differenz zwischen Erlösen und betrieblichen Aufwendungen erzwungen wurde. Der Abbau von Arbeitsplätzen und die Abstockung oder Aufgabe kleiner landwirtschaftlicher Betriebe sollten den in der Agrarwirtschaft verbleibenden Beschäftigten ein Einkommensniveau sichern, das den in der Industrie und im Dienstleistungsbereich erzielten Löhnen entsprach („Parität“)<sup>26</sup>.

Ebenso wie in der DDR wurde das schnelle Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik durch den zunehmenden Einsatz von Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die Verbesserung des Saatguts sowie Fortschritte bei der Züchtung von Tierrassen ermöglicht und vorangetrieben. So erweiterte sich der Schlepper-

bestand in der Bundesrepublik von 1949 bis 1960 um mehr als das Neunfache, und in der DDR stieg die Zahl der in den Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) bzw. Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) bereitgestellten Traktoren von 1950 bis 1955 um mehr als das Dreifache. Der anhaltende Mangel an Ersatzteilen und Traktoristen erschwerte in der DDR allerdings einen effizienten Einsatz der Maschinen<sup>27</sup>. Die Mechanisierung der Agrarproduktion führte in beiden deutschen Staaten zu einer rapiden Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dabei blieb das Wachstum in der DDR hinter der Zunahme in der Bundesrepublik Deutschland zurück, vor allem in der Viehwirtschaft. In Westdeutschland stieg zwar das Einkommen der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, aber auch die finanzielle Belastung der zur beschleunigten Rationalisierung gezwungenen Betriebsinhaber.

Insgesamt wurden die Agrarwirtschaft und die ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren von einem beispiellosen Strukturwandel erfaßt. Besonders Klein- und Kleinstbauern, deren Betriebe nicht aufgestockt werden konnten, mußten zum Zu- oder Nebenerwerb übergehen oder ihre Höfe völlig aufgeben. So sank die Zahl der Betriebe mit einer LN von ein oder zwei Hektar von 1949 bis 1960 um 25 Prozent; die Zahl der Kleinbauernstellen mit einer Fläche von zwei bis fünf Hektar ging sogar um 30 Prozent zurück, und die Zahl der Höfe mit einer Größe von fünf bis zehn Hektar nahm um 15 Prozent ab. Dagegen stieg die Zahl der Betriebe mit einer Fläche von jeweils über 20 Hektar. Der Strukturwandel wurde durch die Pacht, die eine flexible Auf- bzw. Abstockung von Höfen ermöglichte, und das Wachstum der Industriewirtschaft, die in der Landwirtschaft freigesetzte Arbeitskräfte aufnahm, abgefedert und durch den 1956 verabschiedeten ersten „Grünen Plan“ vorangetrieben<sup>28</sup>.

Der Strukturwandel ging mit einer beschleunigten Flurbereinigung und einer Aussiedlung von Agrar-

25 Vgl. Statistisches Handbuch über Landwirtschaft und Ernährung der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hamburg 1956, S. 29 ff.; Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2, Paderborn 1978, S. 270; U. Kluge (Anm. 18), S. 139, 202, 209 f., 246 f.

26 Vgl. Herbert Kötter, Die Betriebsgröße in der Landwirtschaft als Funktion der gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Bemerkungen zur soziologischen Dimension des Betriebsgrößenproblems, in: Berichte über Landwirtschaft, 38 (1960), S. 454 ff. Überblick in: Arnd Bauerkämper, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 191 ff.

27 Vgl. Dieter Schulz, Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität Berlin 1984 (Maschinenschrift), S. 31; W. G. Brenner, Überblick über die landtechnische Entwicklung in Westdeutschland seit 1948, in: Berichte über Landwirtschaft, 36 (1958), S. 855 f.; Statistisches Handbuch (Anm. 25), S. 38 ff.; U. Kluge (Anm. 18), S. 198 f., 249, 273.

28 Vgl. Herbert Kötter, Die Landwirtschaft, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1985<sup>2</sup>, S. 126 ff.; A. Bauerkämper (Anm. 26), S. 195; A. Weber (Anm. 3), S. 2882 f.

betrieben aus beengten Ortslagen einher. In den späten fünfziger Jahren belief sich die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Flächen jährlich auf etwa 200 000 Hektar, und von 1956 bis 1963 wurden mehr als 14 143 Aussiedlungsverfahren durchgeführt. Bauernhöfe prägten deshalb immer weniger das Ortsbild, und der Einfluß von Landwirten als traditionelle dörfliche Honoratioren ging sukzessive zurück. Nachdem schon in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren viele Evakuierte und Flüchtlinge, die nicht in den ländlichen Lebensbereich integriert worden waren, eine Arbeitsstelle in der Industrie angenommen hatten, verließen danach auch fest im dörflichen Milieu verwurzelte Erwerbstätige die Landwirtschaft. Der Ausbau des Verkehrssystems, besonders die in den späten fünfziger Jahren rapide zunehmende Motorisierung, ermöglichten eine Pendelarbeit, und die Ansiedlung von Industriebetrieben auf dem Lande führte tendenziell zu einer agrarisch-gewerblichen Mischstruktur. Die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Erwerbstätigen mußten deshalb die ihnen vertraute ländliche Lebenswelt vielfach nicht verlassen, so daß auch abgestockte Kleinbetriebe weiterhin im Neben- oder Zuerwerb bewirtschaftet werden konnten<sup>29</sup>.

Die Herausbildung von Pendler-Einzugsräumen und ländlichen Industriegebieten förderte die Verflechtung zwischen Stadt und Land. Nachdem schon der Flüchtlingszustrom dörfliche Milieus verändert hatte, beschleunigte die Kombination von gewerblicher Berufstätigkeit mit landwirtschaftlichem Zu- oder Nebenerwerb durch die „Arbeiter-Bauern“ die soziokulturelle Annäherung von städtischer und ländlicher Lebenswelt. Die tendenzielle Angleichung der Lebensverhältnisse in urbanen und dörflich-agrarischen Siedlungsräumen wurde in den fünfziger und sechziger Jahren von Politikern und Verwaltungsbeamten – besonders durch die Förderung der Industrieansiedlung und den Ausbau des Bildungssystems auf dem Lande – vorangetrieben und auch von Agrarsoziologen zu einem Modernisierungsideal stilisiert. Dennoch lösten sich ländlich-agrarische Milieus keineswegs völlig auf. Die traditionelle bäuerliche Kultur gewann vielmehr eine Kompensationsfunktion gegenüber dem abrupten Wandel der Beschäftigtenstruktur und Lebenswelt in den Dörfern.

29 Vgl. Theodor Dams, Industrieansiedlung in ländlichen Entwicklungsräumen. Daten und Überlegungen zur regionalen Wirtschaftspolitik, in: Berichte über Landwirtschaft, 35 (1957), S. 106 ff. Zur Flurbereinigung und Aussiedlung: K. Becker (Anm. 13), S. 90 f., 106 f., 134.

Die Kollektivierung in der DDR griff noch tiefer in die ländliche Gesellschaft ein. Obwohl die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz den Zusammenschluß von Bauern und Landarbeitern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften „auf völlig freiwilliger Grundlage“<sup>30</sup> verkündet hatte, drängten Parteiorganisationen und staatliche Behörden auf eine schnelle Kollektivierung. Dieser Druck ergab sich nicht nur aus dem politischen Ziel der Durchsetzung des „Sozialismus auf dem Lande“, sondern auch aus der technokratischen Illusion, mit der zentralen Planwirtschaft und der Einparteiherrschaft der SED über ein Modernisierungskonzept zu verfügen, das eine breite Mobilisierung der Gesellschaft ermöglichte und eine Konzentration der ökonomischen Ressourcen erlaubte. Die zentrale Steuerung des Modernisierungsprozesses schien eine Überlegenheit der kollektivierten Landwirtschaft gegenüber den marktwirtschaftlichen Ordnungen und den pluralistisch strukturierten Gesellschaften westlicher Staaten zu verbürgen<sup>31</sup>.

Ende 1952 bewirtschafteten in der DDR bereits mehr als 1 900 LPGs mit 37 000 Mitgliedern 3,3 Prozent der LN (vgl. Tab. 2). 1952 wurde überwiegend nur eingebrachtes Ackerland in den Produktionsgenossenschaften kollektiv bewirtschaftet (Typ I). In anderen LPGs nutzten die Mitglieder außer den Feldern auch Maschinen und Geräte gemeinsam (Typ II). Die SED-Bezirksleitungen propagierten Anfang 1953 aber den LPG-Typ III als Leitbild der Agrarpolitik. Die für diese Produktionsgenossenschaften vorgesehene Integration aller landwirtschaftlichen Betriebsmittel einschließlich des Viehs und der Wirtschaftsgebäude wurde von den Bauern aber überwiegend abgelehnt, zumal der Übergang zur vollständigen Kollektivwirtschaft gravierende Anpassungsprobleme aufwarf<sup>32</sup>.

Schon im Mai 1953 entschied die SED-Führung, die Bildung von LPGs vorerst einzustellen. Nach Intervention der UdSSR gestand das Politbüro der SED in einem Kommuniqué, das am 9. Juni veröffentlicht wurde, geflohenen Bauern sogar die Rückgabe ihres enteigneten Besitzes zu. Außerdem versicherte der erst kurz zuvor ernannte

30 Zit. nach: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hrsg.), DDR-Lesebuch. Stalinisierung 1949–1955, Köln 1991, S. 155.

31 Vgl. Dieter Schulz, Der Weg in die Krise 1953, Berlin 1993, S. 9.

32 Vgl. Siegfried Kuntsche, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.), Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993, S. 199; D. Schulz (Anm. 27), S. 56.

**Tabelle 2: Entwicklung der LPGs 1952–1956**

|              | LPGs  | darunter |        |         | Landwirtschaftliche Nutzfläche (in ha) | Mitglieder |
|--------------|-------|----------|--------|---------|--|------------|
|              |       | Typ I    | Typ II | Typ III |  |            |
| 2. 9. 1952   | 383   | –        | –      | –       | 32 327                                 | –          |
| 31. 12. 1952 | 1 906 | 1 649    | 91     | 166     | 218 000                                | 37 000     |
| 30. 6. 1953  | 5 074 | 3 149    | 209    | 1 716   | 882 500                                | 146 900    |
| 31. 12. 1953 | 4 691 | 2 596    | 169    | 1 926   | 754 300                                | 128 600    |
| 31. 12. 1954 | 5 120 | 1 917    | 143    | 3 060   | 931 400                                | 158 400    |
| 15. 11. 1955 | 6 047 | 1 303    | 92     | 4 652   | 1 279 200                              | 196 946    |
| 31. 12. 1956 | 6 281 | 944      | 77     | 5 260   | 1 500 686                              | 219 599    |

Quelle: Dieter Schulz (Anm. 27), S. 244.

Landwirtschaftsminister Hans Reichelt wenige Tage später, daß auch bestehende LPGs aufgelöst werden konnten. Daraufhin zerfielen allein schon bis zum 15. Juli 1953 217 Produktionsgenossenschaften; in weiteren 277 stand die Auflösung unmittelbar bevor, und über 400 waren durch Massenaustritte erheblich geschwächt worden. Insgesamt ging die Zahl der LPGs in der DDR von Mitte Juni 1953 bis Ende Januar 1954 um mehr als 400 zurück<sup>33</sup>.

Nachdem die SED-Führung aber ihre Macht gefestigt hatte, forcierten Partei- und Staatsorgane die Kollektivierung erneut. 1954 wurden 635 neue LPGs gebildet, aber 558 dieser Produktionsgenossenschaften gingen aus ÖLBs hervor, die zumeist unzureichend mit Vieh und Gebäuden sowie technischem Inventar ausgestattet waren und darüber hinaus nur über wenige Arbeitskräfte verfügten<sup>34</sup>. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der LPGs von Anfang 1954 bis Ende 1956 um rund 1 600.

Da die Wirtschaftskraft vieler Produktionsgenossenschaften gering blieb und die Kritik am Stalin-Kult auf dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) sowie die darauffolgenden Unruhen in Polen und Ungarn auch den Herrschaftsanspruch des SED-Regimes erschüttert hatten, trat der Direktor des Instituts für Agrarökonomik in der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL), Kurt Vieweg, Ende 1956 für eine dualistische Agrarstruktur von bäuerlichen Familienbetrieben und einem staatlich-genossenschaftlichen Sektor ein; Fred Oelßner, der dem Politbüro angehörte, forderte auf ZK-Tagungen im August und November 1956, den Kollektivierungsdruck

zurückzunehmen und unrentable LPGs sowie MTS aufzulösen. Nachdem das ZK der SED das Konzept eines Dualismus von staatlicher und privatbäuerlicher Landwirtschaft jedoch auf seinem 30. Plenum Anfang 1957 scharf verurteilt hatte, wurde die Kollektivierungspolitik wieder forciert. Der Start des ersten Sputnik (5. Oktober 1957) stärkte die Modernisierungsideologien der SED-Führung, so daß Ulbricht auf der 33. ZK-Tagung Ende Oktober 1957 eine erhebliche Steigerung der Agrarproduktion forderte. Der V. Parteitag der SED beschloß im Juli 1958 sogar, den in der Bundesrepublik erreichten Verbrauch wichtiger Lebensmittel bis zu den frühen sechziger Jahren zu übertreffen<sup>35</sup>.

Anfang 1960 entschied die SED-Führung offenbar, die Kollektivierung in wenigen Wochen abzuschließen. Im Februar schickten die Bezirks- und Kreisleitungen Agitationstrupps in die Dörfer, um die Gründung von LPGs zu erzwingen. Da auch die Polizei- und Justizorgane eingesetzt wurden, beschleunigte sich die Kollektivierung. Im „sozialistischen Frühling“ traten den Produktionsgenossenschaften von März bis Mai 1960 schließlich mehr als 498 000 Bauern bei. Danach bewirtschafteten in der DDR 19 345 LPGs mit 945 020 Mitgliedern 84,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche<sup>36</sup>.

Die Produktionsgenossenschaften wiesen eine überaus heterogene Sozialstruktur auf (vgl. Tab. 3). Nachdem 1952/53 Neubauern rund drei Viertel der LPG-Mitglieder gestellt hatten, wuchs von 1954 bis 1956 der Anteil ehemaliger Landar-

33 Vgl. Armin Mitter, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern“. Die Bauern und der Sozialismus, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wille (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 177; D. Schulz (Anm. 27), S. 244.

34 Vgl. D. Schulz, ebd., S. 151.

35 Vgl. Dieter Schulz, „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die DDR-Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961, Berlin 1994, S. 14, 20, 26; Michael F. Scholz, Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997, S. 180 ff.

36 Vgl. S. Kuntsche (Anm. 32), S. 204; D. Schulz (Anm. 35), S. 36.

**Tabelle 3: Sozialstruktur der LPGs 1952–1956**

|              | LPG-Mitglieder | von den LPG-Mitgliedern |             | von den LPG-Mitgliedern ehemalige |           |           |
|--------------|----------------|-------------------------|-------------|-----------------------------------|-----------|-----------|
|              |                | Frauen                  | Jugendliche | Landarbeiter                      | Neubauern | Altbauern |
| 31. 12. 1952 | 37 000         | 8 470                   | –           | 4 459                             | 28 879    | 3 315     |
| 30. 6. 1953  | 146 900        | 66 220                  | –           | 47 700                            | 65 900    | 27 962    |
| 31. 12. 1953 | 128 550        | 61 091                  | –           | 48 238                            | 55 130    | 19 863    |
| 31. 12. 1954 | 158 356        | 75 974                  | 11 530      | 74 375                            | 55 491    | 18 467    |
| 15. 11. 1955 | 196 946        | 92 485                  | 13 343      | 96 146                            | 58 755    | 21 194    |
| 31. 12. 1956 | 219 599        | 99 937                  | 11 880      | 98 606                            | 62 924    | 26 292    |

Quelle: Dieter Schulz (Anm. 27), S. 245.

beiter deutlich. Auch Frauen schlossen sich zunehmend den Produktionsgenossenschaften an. Sie wurden überwiegend in der Milchviehwirtschaft und als Buchhalterinnen eingesetzt, waren in Führungspositionen insgesamt unterrepräsentiert und konnten die traditionelle geschlechterspezifische Arbeitsteilung in der Landwirtschaft auch in den LPGs nur sukzessive überwinden. Obwohl eine LPG-Konferenz im Dezember 1954 das Beitrittsverbot für Großbauern aufgehoben hatte, blieben alteingesessene Landwirte gegenüber den Produktionsgenossenschaften zurückhaltend. Erst 1957/58 stieg der Anteil von Altbauern in den LPGs von 19 auf 32 Prozent. Aber auch Ende 1958 waren erst weniger als sieben Prozent der alteingesessenen Landwirte den LPGs beigetreten<sup>37</sup>.

Unter den Produktionsgenossenschaften dominierte 1960 in scharfem Kontrast zur Entwicklung der LPG-Typen in den fünfziger Jahren (vgl. Tab. 2) der Typ I, und nur wenige LPGs verfügten über eine so große Nutzfläche, daß sie über die jeweilige Gemeinde hinausreichten. So gehörten im Bezirk Potsdam nach dem Abschluß der Kollektivierung zwei Drittel der Produktionsgenossenschaften dem Typ I an, und noch in einem Fünftel der Gemeinden bestanden drei oder mehr LPGs. Auch die Umstellung auf die Kollektivwirtschaft mit Arbeitsbrigaden erwies sich als schwierig. Im Bezirk Potsdam wurde im August 1960 erst in 6,5 Prozent der im Frühjahr neugegründeten LPGs genossenschaftlich, aber noch in rund 39 Prozent individuell gearbeitet<sup>38</sup>.

37 Vgl. Willi Herferth/Karl-Heinz Poesch/Walter Schmidt/Rolf Stöckigt, Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin (Ost) 1965, S. 137–139, 155 f.; Christel Nehrig, Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 41 (1993), S. 68 f., 72.

38 Vgl. Rüdiger Beetz, Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam in der Zeit von der 8. Tagung des ZK (April 1960) bis zum VI. Parteitag der SED (Januar 1963), Diss. A, Pädagogische Hochschule Potsdam 1980 (Maschinenschrift), S. 35 ff.

Insgesamt führte die Kollektivierung nicht unmittelbar zum Zerfall dörflicher Milieus. Die Errichtung neuer Wirtschaftsgebäude und Wohnhäuser für die LPG-Mitglieder beschleunigte aber den Wandel des dörflichen Siedlungsgefüges und löste die Einheit von Wohnen und Arbeiten zusehends auf. Darüber hinaus veränderten die Zuwanderung von Industriearbeitern und der Wechsel des Führungspersonals in den LPGs – allerdings lokal variierend – die gesellschaftlichen Beziehungen in den Dörfern. Die Kollektivierung hatte auch neue soziale Gegensätze konstituiert. Da die LPGs bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und bei den Leistungen der MTS bevorzugt wurden, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Genossenschafts- und Einzelbauern. Damit dynamisierte die Kollektivierung nicht nur die ländliche Gesellschaft, sondern steigerte in den Dörfern auch traditionelle Konflikte<sup>39</sup>.

#### IV. Das Janusgesicht der Moderne

Die ländliche Gesellschaft war schon im späten 19. Jahrhundert von der industriewirtschaftlichen Dynamik erfaßt worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigte sich die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Agrarwirtschaft enorm, und die Migration zwischen städtischen und ländlichen Regionen weitete sich erheblich aus. Da sich der wirtschaftliche Austausch und die gesellschaftliche Kommunikation zwischen Stadt und Land damit intensivierten, vollzog sich eine Annäherung der Lebensverhältnisse. Die Kollektivierung in der

39 Vgl. Jonathan Osmond, Kontinuität und Konflikte in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, in: R. Bessel/R. Jessen (Anm. 21), S. 150 ff.; Hans-Jürgen Philipp, Abfolge und Bewertung von Agrarlandschaftswandlungen in Ostdeutschland seit 1945, in: Berichte über Landwirtschaft, 75 (1997), S. 93 f.

DDR und der Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland waren in dieser Perspektive unterschiedlich erfolgreiche Pfade agrarischer Modernisierung in antagonistischen politischen Ordnungen.

Der Modernisierungstau der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte in West- und Ostdeutschland eine Problemlage herbeigeführt, die mit der Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und der nachhaltigen Einbeziehung des dörflichen Sozialgefüges in die gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Transformation hervortrat. Als sich der langfristige Trend zur urbanen Industriegesellschaft in beiden deutschen Staaten in den fünfziger Jahren erneut durchsetzte, wurde die agrarische Produktion zunehmend rationalisiert und intensiviert, besonders durch die Mechanisierung, den großbetrieblichen Zusammenschluß und die Spezialisierung. Damit konnte der – in der Bundesrepublik auch durch die wachsende Einkommensdisparität herbeigeführte – Arbeitskräfteverlust kompensiert und die landwirtschaftliche Erzeugung erheblich gesteigert werden. Die durch politischen Druck ausgelöste Kollektivierung in der DDR nahm den Bauern ihre berufliche Selbständigkeit, und in der Bundesrepublik zwang der sozioökonomische Strukturwandel viele Bauern zur Aufgabe ihrer unrentablen Betriebe. Damit veränderten sich seit den fünfziger Jahren auch die Sozialstruktur und gesellschaftlichen Beziehungen in den Dörfern erheblich<sup>40</sup>.

Insgesamt unterschieden sich jedoch in den beiden deutschen Staaten der Verlauf, die Triebkräfte, das Ausmaß und die Auswirkungen des Umbruchs in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft. Besonders der Wandel traditioneller dörflicher Sozialbeziehungen und die Transformation der bäuerlichen Kultur mit ihrem überlieferten Wertekanon war in der DDR offenbar erheblich tiefgreifender als in der Bundesrepublik. In Westdeutschland führte vor allem der Anpassungsdruck, der von der sich festigenden Marktökonomie ausging, einen umfassenden Strukturwandel der Landwirtschaft herbei. Dabei erschütterte der Umbruch in der Beschäftigtenstruktur und die Ansiedlung von Industriebetrieben auf dem Lande dörfliche Milieus, so daß sich der Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Lebensräumen verringerte. Dennoch wurden auf dem Lande Restbestände traditioneller gesellschaftlicher Strukturen,

sozialer Beziehungen und bäuerlicher Kultur konserviert. So beseitigte der Strukturwandel in Westdeutschland die familienbetriebliche Struktur der Agrarwirtschaft nicht; damit wurde hier – anders als in der DDR – die für das Leben der Bauern traditionell konstitutive Einheit von Wohn- und Arbeitssphäre weitgehend bewahrt. In der Bundesrepublik blieb auch die Orientierung an spezifisch industriewirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Modernisierungsmodellen schwächer als in der DDR<sup>41</sup>. Die flexible Abstockung unrentabler Höfe – besonders durch die Verpachtung an andere Betriebe, die so ihre Wirtschaftsflächen erweitern konnten – erleichterte in den fünfziger und sechziger Jahren den flexiblen Übergang zum landwirtschaftlichen Zu- oder Nebenerwerb, und die Motorisierung ermöglichte die Aufnahme einer hauptberuflichen Erwerbstätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft, ohne den Wohnsitz auf dem Lande aufzugeben.

In der DDR wurde die Kollektivierung von der SED-Führung oktroyiert, die nicht nur sowjetischen Anweisungen folgte, sondern auch auf den Problemstau reagierte, der sich aus der Bodenreform ergeben hatte. Nachdem die Neubauernbetriebe in der „Zusammenbruchgesellschaft“<sup>42</sup> der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Selbstversorgung beigetragen und Arbeitskräfte – darunter über 90 000 Flüchtlinge und Vertriebene – gebunden hatten, zeigte sich ihre begrenzte Rentabilität, als die Landwirtschaft in die sich herausbildende zentralistische Planökonomie integriert wurde und die industriewirtschaftliche Rekonstruktion zunehmend Arbeitskräfte aus dem primären Sektor absog. Die Kollektivierung reflektierte aber auch die technizistischen Modernisierungsideologien des SED-Regimes, die mit einem weitreichenden Führungs- und Regelungsanspruch einhergingen<sup>43</sup>.

Obwohl die beschleunigte Bildung von Groß-LPGs unmittelbar nach dem Abschluß der Kollektivierung scheiterte, wurden in den sechziger Jahren zunehmend über- und zwischenbetriebliche Kooperationsgemeinschaften geschaffen, die sich

41 Vgl. Hans Pongratz, *Bäuerliche Tradition im sozialen Wandel*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43 (1991), S. 235 ff.; Konrad Hagedorn, *Das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes in der Agrarpolitik*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 40 (1992), S. 66 f.

42 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1991<sup>5</sup>, S. 37.

43 Hierzu anregend: Joachim Radkau, *Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus?*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 4 (1990), S. 18, 23.

40 Hierzu das pointierte, aber zu undifferenzierte Urteil in: Peter Bender, *Ansätze zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *Merkur*, 47 (1993), S. 198 („Einzelhandel und Einzelbauern. . . starben beiderseits der Elbe“).

zu agro-industriellen Komplexen entwickelten. Die Vernetzung der Volkseigenen Güter (VEGs) und LPGs mit Zulieferer- und Weiterverarbeitungsbetrieben beschleunigte sich in den siebziger Jahren. Die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion führte darüber hinaus zu einer ausgeprägten Spezialisierung, und auch der Zusammenschluß von LPGs trieb die sozioökonomische Transformation auf dem Lande voran, die durch die Bodenreform 1945 und die Vertreibung der Großbauern in den späten vierziger Jahren eingeleitet worden war. Die Zahl der Produktionsgenossenschaften ging in der DDR von rund 19 000 1960 auf etwa 9 000 1970 und weniger als 4 000 1984 zurück. Die Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung in großen, über die Gemeindegrenzen hinausreichenden Betrieben trug in den siebziger und achtziger Jahren maßgeblich zur Auflösung dörflicher Traditionsmilieus bei. Dieser Erosionsprozeß wurde durch die Politik des SED-Regimes, das diese Auflösung sowie eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land anvisierte, gezielt gefördert<sup>44</sup>.

Die in der DDR seit den sechziger Jahren als agrarpolitisches Ziel proklamierte Herausbildung „industriemäßiger Produktionsmethoden“ in der Landwirtschaft und die ausgeprägte Gigantomanie der SED-Führung fanden in der Bundesrepublik kein Pendant. Aber auch hier bestimmte die mit dem Strukturwandel einhergehende Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung den Entwicklungstrend, obwohl das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs – in Abgrenzung zur Kollektivwirtschaft in der DDR – in der Agrarpolitik der Bundesregierungen einflußreich blieb. Die Zahl der Vollerwerbshöfe ging in der Bundesrepublik von 1 385 000 auf 666 000 zurück. Der Übergang zur tierischen Veredlungswirtschaft förderte zudem die enge Kooperation von landwirtschaftlichen Großbetrieben mit vor- und nachgelagerten Unternehmen, besonders in der Viehmast und Legehennenhaltung. Dabei bildeten sich vertikal integrierte agro-industrielle Komplexe heraus. Die Annäherung der dörflichen

Milieus an städtische Lebensformen wurde in der Bundesrepublik noch bis zu den späten siebziger Jahren durch die ländliche Strukturpolitik flankiert<sup>45</sup>.

Erst in den achtziger Jahren trat in beiden deutschen Staaten die Ambivalenz des Modernisierungsprozesses in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft deutlich hervor. Die Intensivierung und Konzentration der Produktion hatten zu einer erheblichen Belastung der natürlichen Umwelt geführt. In der DDR manifestierte sich der technokratische Voluntarismus der SED-Gerontokratie, die nahezu ungebrochen ihr Selbstbild der „Avantgarde“ kultivierte, weiterhin in direkten Eingriffen, die auf den weitreichenden Herrschafts- und Gestaltungsanspruch des Regimes verwiesen. Demgegenüber wurden die durch diese politischen Interventionen in die Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft herbeigeführten Probleme und Rückkopplungseffekte kaum beachtet. Interne Analysen – z. B. der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften – hoben zwar die aus der Intensivlandwirtschaft in agro-industriellen Komplexen resultierenden Schäden hervor, besonders die Erosion und Verdichtung der Böden sowie die Eutrophierung der Gewässer; die SED-Führung reagierte aber nur langsam auf die sich immer deutlicher abzeichnende Problemlage. Allerdings ordnete sie auf ihrem X. Parteitag (1981) eine begrenzte Korrektur der Agrarpolitik an. Daraufhin wurden Ackerschläge verkleinert, Baumschutzstreifen angepflanzt und Fruchtfolgen vermehrt, um die Bodenerosion einzudämmen. Außerdem beschloß das Politbüro im Oktober 1983, die zunächst rigoros vollzogene Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion durch die Bildung von Kooperationsräten wieder einzuschränken<sup>46</sup>.

In der Bundesrepublik entwickelte sich, gefördert durch den Einflußgewinn der Umweltbewegung und die Renaissance eines kleinräumigen „Heimat“-Bezugs, eine kontroverse Debatte über die Folgen der landwirtschaftlichen Intensivproduk-

44 Vgl. Karl Hohmann, Agrarpolitik und Landwirtschaft in der DDR, in: Geographische Rundschau, 36 (1984), S. 598 ff.; Ingeborg Tömmel, Der Gegensatz von Stadt und Land im realen Sozialismus. Reproduktion kapitalistisch geprägter Industriestrukturen durch Planwirtschaft in der DDR, Kassel 1980, S. 151 ff.; Christian Krebs, Arbeitsorganisation und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft der DDR, in: Deutschland Archiv, 7 (1974), Sonderheft: Arbeits- und Lebensbedingungen in Industrie und Landwirtschaft der DDR. Siebte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, 4.–7. Juni 1974, S. 69 ff.; H.-J. Philipp (Anm. 42), S. 95 ff.; weitere Angaben in: A. Weber (Anm. 3), S. 2870 f.

45 Vgl. Hans-Wilhelm Windhorst, Agrarindustrie in den USA und der Bundesrepublik Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Toni Pierenkemper (Hrsg.), Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreform und Agrarrevolution, Wiesbaden 1989, S. 242; Joachim Radkau, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1989, S. 317.

46 Vgl. Christine Zarend, Möglichkeiten und Grenzen der Agrarpolitik in der DDR Anfang der achtziger Jahre, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), S. 527 ff.

tion in Großbetrieben und über die Zukunft der ländlichen Lebenswelt.

Mit dem zunehmenden Problembewußtsein verlor das technokratische Modell in beiden deutschen Staaten seine undifferenziert positiven Konnotationen, und die seit dem späten 19. Jahrhundert herausgebildeten Paradigmen agrarischer Modernisierung wurden zusehends in Frage gestellt. Die Transformation der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft in den Industriegesellschaften der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

war damit von der Ambivalenz und Reflexivität der Moderne eingeholt worden<sup>47</sup>.

---

47 Hierzu allgemein: Detlev J. K. Peukert, Das Janusgesicht der Moderne, in: ders., Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 55 ff., 132 f.; Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt/M. 1993, S. 57 ff. Zu den Umweltbelastungen in der DDR: Karl Hohmann, Die Industrialisierung der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Umwelt in der DDR, in: Maria Haencke-Hoppe/Konrad Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, Berlin 1986, S. 41 ff.

Barbara Schier

# Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf“

Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes  
während der Jahre 1945–1990

---

## I. Vorbemerkungen

---

Das Alltagsleben der Dorfbewohner in Mitteldeutschland wurde während der Jahre 1945 bis 1990 nicht mehr von Besitzstand und Platz im traditionellen Hierarchiegefüge des Dorfes bestimmt, ebensowenig von der rigiden Sozialkontrolle einer dörflichen Gesellschaft in den bisher bekannten Formen. Es wurde durch einschneidende agrarpolitische Maßnahmen beeinflusst, und das war in dieser Konsequenz neu. Als besonderes Charakteristikum aller Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft galt, daß die Agrarpolitik ausschließlich Sache der „machtausübenden kommunistischen oder Arbeiterpartei“ war, die sich auf die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus bezog<sup>1</sup>. Sie war auch weiter gefaßt als in den westlichen Ländern üblich, denn sie war nicht allein als Wirtschaftspolitik zu verstehen, die die agrarische Produktion betraf, sondern wurde darüber hinaus wirksam in bezug auf die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die ländliche Kulturpolitik, die Bildungspolitik sowie die Sozialpolitik und hatte damit gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Die SED-Agrarpolitik hatte also Auswirkungen auf die Sozialstruktur, auf die Arbeit, das Privatleben und die Besitzverhältnisse der Dorfbewohner.

*Der vorliegende Aufsatz stellt einige Aspekte aus meiner Dissertation vor, die 1997 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München angenommen wurde. Titel der Arbeit: „Alltagsleben im ‚sozialistischen Dorf‘. Zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990 vor dem Hintergrund der SED-Agrarpolitik“. Die Arbeit entstand im Zusammenhang mit einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt, das am Institut für deutsche und vergleichende Volkskunde an der genannten Universität durchgeführt wird.*

1 Vgl. Diethelm Gabler, Entwicklungsabschnitte der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR, Berlin 1995, S. 438; Christian Krebs, Der Weg zur industriemäßigen Organisation der Agrarproduktion in der DDR. Die Agrarpolitik der SED, Bonn 1989.

Die Wirkung der Agrarpolitik auf das Dorf als Sozialgefüge läßt daher Aussagen über die Absichten dieser Politik ebenso zu, wie über den Umgang der Dorfbevölkerung mit den durch diese Politik angeordneten und von den örtlichen Staats- und Parteiorganen durchgeführten Maßnahmen. Ziele der SED-Agrarpolitik waren neben der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Anwendung industriemäßiger Produktionsmethoden die Annäherung der Lebensbedingungen des Dorfes an die der Stadt, also die Überwindung des Stadt-Land-Unterschieds. Den Führungsanspruch bei diesen Umgestaltungsprozessen auf dem Lande gemäß dem „Leninschen Genossenschaftsplan“ erhob die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei, die SED.

Das Dorf, als Mikrokosmos einer regionalen Gesellschaft verstanden, bot sich als Forschungsfeld an. Hier konnte man anhand kommunaler Besonderheiten untersuchen, wie der sogenannte „Aufbau des Sozialismus“ tatsächlich vor sich ging, wie die Bewohner eines Dorfes darauf reagierten, wie er ihren Alltag veränderte. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) zu. Diese Genossenschaften schufen mit der Vergesellschaftung des privaten Bodenbesitzes der Dorfbewohner – die nur formal noch Eigentümer blieben, aber keine Verfügungsgewalt über den Boden hatten – die Voraussetzungen für den sogenannten Aufbau des Sozialismus im Dorf. Das „sozialistische Dorf“ gründete sich daher vorrangig auf die Existenz der LPG. Agrarpolitik, LPG und dörflicher Alltag waren eng miteinander verbunden, waren aufeinander bezogen.

Das thüringische Dorf Merxleben, Gründungsort und Sitz der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft der DDR, hatte zwar in den fünfziger Jahren eine gewisse politische Bedeutung, war aber kein „Muster-Dorf“, auch die LPG war keine durchgängige „Muster-LPG“. Das Dorf wurde aufgrund einer relativ guten Quellenlage

ausgewählt, um hier zu untersuchen, welche Auswirkungen die SED-Agrarpolitik hatte: auf die Veränderung der dörflichen Sozialstruktur, auf den Wechsel örtlicher Eliten, auf das Zusammenleben der Dorfbewohner, ihre Gemeinschaftsbeziehungen, ihre Lebensbedingungen, schließlich auf ihre Handlungsspielräume. Hatten die Dorfbewohner sich mit den agrarpolitischen Diktaten abgefunden oder gab es Widerstände, und während welcher agrarpolitischer Phasen reagierten sie in welcher Weise?<sup>2</sup>

---

## II. Das thüringische Dorf Merxleben im Wandel

---

Merxleben, im Thüringer Becken gelegen, ist als Dorf mit stark landwirtschaftlicher Prägung in seiner Nachkriegs- und in seiner Kollektivierungsgeschichte für diese Region sicherlich typisch. Ob man allerdings die Ergebnisse der Forschungen im Ort verallgemeinern kann, und sei es nur für den Nordthüringer Raum, bleibt dahingestellt. Für die Forschung war die Tatsache wichtig, daß die Dorfbewohner im Laufe längerer Interviews, von denen Tonbandmitschnitte angefertigt wurden, sehr freimütig erzählten. Wichtig war auch, daß die nostalgischen Darstellungen einer heilen „Dorfgemeinschaft“, des harmonischen Miteinanderlebens, der selbstlosen gegenseitigen Hilfeleistungen in einer durch Versorgungsmängel gekennzeichneten Gesellschaft bei Zweitinterviews häufig nicht mehr in dieser Form aufrecht erhalten wurden.

Die Geschichte dieses Dorfes nach 1945 bis zur „Wende“ erfuhr Zäsuren durch die von der SED geprägten Phasen der Vorgeschichte und Geschichte der DDR, die ihre agrarpolitischen Entsprechungen hatten<sup>3</sup>. Diese strukturierten auch die

---

2 Zu Merxleben gibt es umfangreiches Archivmaterial in regionalen Archiven und im ehemaligen Bezirksparteiarchiv (jetzt im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar einzusehen). Leider fehlen statistische Angaben zur Bevölkerungsbewegung im Dorf seit den fünfziger Jahren und zu Mitgliederbewegungen in der LPG. Das statistische Kreisamt existiert nicht mehr, im Statistischen Landesamt in Erfurt befinden sich keine speziellen Unterlagen zum Dorf Merxleben; man vermutet dort Kassation nach Einarbeitung der Daten in die Kreisstatistik.

3 Die Phaseneinteilung wurde erstmals im Parteiprogramm der SED von 1963 vorgenommen. Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (Ost) 1967, S. 232 ff., zit. nach Irma Hanke, Die Sozialstruktur der DDR im Vergleich, in: Jürgen Weber (Bearbeitung), DDR – Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zu einer vergleichenden Analyse ihrer politischen Systeme, (= Akademiebeiträge zur Lehrerbildung Bd. 3), München 1980, S. 81 f. „Westliche Periodisierungsver-

Geschichte des Dorfes und gingen mit einschneidenden Maßnahmen einher, die z. T. tiefgreifende Wandlungsprozesse bewirkten. Die folgende Phaseneinteilung übernimmt deshalb die politisch-ideologischen Termini als gliederndes Hilfsmittel.

### Phase I: „Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ 1945–1949

Merxleben war bis 1945 ein Gutsdorf, in unmittelbarer Nähe einer kleinen Ackerbürgerstadt gelegen, dem heutigen Bad Langensalza. Das Rittergut verfügte über 124 Hektar Ackerland, es gab 85 ablieferungspflichtige landwirtschaftliche Betriebe, davon waren 17 als großbäuerlich (mit 15–100 ha), 25 als mittelbäuerlich (5–15 ha) und 42 als kleinbäuerlich eingestuft (die Kleinbauernstellen waren 1945 auf 13 reduziert). Der Ort verfügte über 820 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Nach Kriegsende kamen zahlreiche Flüchtlinge nach Merxleben, so daß die Einwohnerzahl, die jahrzehntelang bei 500 gelegen hatte, sich um mehr als 50 Prozent auf ca. 780 erhöhte. 1945 wurden in Merxleben 123 Wohnungen gezählt, d. h. Häuser und Wohnungen waren hoffnungslos überbelegt. Der Agrarhistoriker Arnd Bauerkämper beschreibt die entstehenden Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen wie folgt: Die Flüchtlinge „trafen auf traditionelle Gesellschaftsstrukturen und Werte, die bei den Einheimischen über hohe Verbindlichkeit und Integrationskraft verfügten. Der ökonomische Verteilungskonflikt um knappe Ressourcen ging darum mit scharfen Spannungen im dörflichen Sozialgefüge einher.“<sup>4</sup>

In Merxleben wurde 1945 im Zuge der Bodenreformdirektive der Leitung der KPD und entsprechend der Länderverordnung von Thüringen die Enteignung und Aufteilung des Rittergutsbesitzes und des Besitzes des ortsansässigen ehemaligen NS-Kreisbauernführers von insgesamt 140,27 ha durchgeführt. 35 anspruchsberechtigte Familien wurden ermittelt – darunter sieben Flüchtlingsfamilien – an die Land, Nutztiere und kleinere Landmaschinen verteilt wurden.

---

suche der DDR-Geschichte lehnen sich durchweg eng an die offizielle Einteilung in der DDR an, auch wenn sie andere Bezeichnungen wählen. Die offizielle Periodisierung ist durch die Ereignisse weitgehend gerechtfertigt und von daher plausibel.“ Hans-Georg Wehling, Die geschichtliche Entwicklung der DDR, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 205, Die DDR, Bonn 1988, S. 7.

4 Arnd Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 119. Vgl. auch den Beitrag von Arnd Bauerkämper in diesem Heft.

Die ehemaligen Flüchtlinge – Umsiedler genannt – berichten heute von Benachteiligungen gegenüber den einheimischen Anspruchsberechtigten bei der Verteilung der Tiere, vor allem der Milchkühe, die sie hinnehmen mußten. Der Gutsbesitzer, für dessen Verbleib im Ort sich ehemalige Landarbeiter in einer Petition eingesetzt hatten, wurde im Zuchthaus Gräfentonna inhaftiert – vorsorglich, so hieß es, damit er die Verteilung seines Besitzes nicht behindere. Nach seiner Entlassung durfte er den Ort nicht mehr betreten und zog zur Familie seiner Frau in einen Nachbarort. Gemäß Befehl 209 der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) mußten für die Umsiedler Wohn- und Wirtschaftsgebäude errichtet werden, damit sie als sogenannte Neubauern ansässig werden konnten. Bis 1948 waren in Merxleben unter tätiger Mithilfe der Neubauern vier Höfe aus Abbruchmaterial von Kasernen der benachbarten Kreisstadt errichtet worden. 1947 war das Gutshaus im Dorf abgerissen worden – obwohl es Umnutzungsvorschläge für die Schule und Verwaltung gab –, wozu die Bauern des Ortes zwangsverpflichtet wurden. Gutsabriß und Neubauernhäuser am Dorfrand bedeuteten grundlegende Veränderungen der architektonischen Dorfstruktur, die nicht nur optisch, sondern auch ideologisch gewertet werden müssen.

Die Ansiedlung der Flüchtlinge und die Bodenreform bedeuteten in dem von Gutsbesitz und mittel- und großbäuerlichen Wirtschaften geprägten Dorf einen gravierenden Wandel. Die Zahl der kleinen Landwirte hatte sich durch die hinzugekommenen Neubauern deutlich vergrößert. Sie stellten im Dorf eine neue Gruppierung dar, deren Zusammenhalt zunehmend enger wurde. Die Neubauern beflößigten sich großer Loyalität gegenüber dem Staat und der durch Zusammenschluß der Parteien KPD und SPD 1946 entstandenen SED, zu deren Mitgliedern ein Großteil von ihnen zählte<sup>5</sup>. Nach den Worten der alteingesessenen Bauern, die noch immer die Vormachtstellung im Dorf innehatten, ließen die landwirtschaftlichen Fähigkeiten der Neubauern aber zu wünschen übrig. Die größeren Bauern nahmen ihnen gegenüber eine distanzierte Haltung ein. Äußerungen wie: „Ihr braucht euch nicht erst groß einzurichten, ihr werdet euer Zeug sowieso wieder los, das

5 Siehe dazu auch Jochen-Christoph Kaiser, Klientelbildung und Formierung einer neuen politischen Kultur. Überlegungen zur Geschichte der Bodenreform in Thüringen, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkung und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 119–131.

habt ihr ja nur gepachtet!“ oder „Die Genossen müßte man alle schwarz machen und zum Dorf hinausjagen!“<sup>6</sup> zeigen, daß der von der Partei lancierte „Klassenkampf im Dorf“ durchaus Realität war. Großbauern verweigerten in einigen Fällen den Neubauern das Ausleihen landwirtschaftlicher Maschinen, andere ließen sich dafür mit Hand- und Spanndiensten bezahlen. Die Neubauern wiederum sangen Spottverse auf die Großbauern: „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt – die Großbauern, die Großbauern“, die sie auch gern „Kulaken“ titulierte.

## Phase II: „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ 1949–1952

Alle landwirtschaftlichen Betriebe wurden dekademäßig, d. h. alle zehn Tage zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse veranlagt. Die Höhe des „Ablieferungssolls“ richtete sich nach der Größe der Anbaufläche, nach der Anzahl der Tiere usw. In Merxleben hatten die Großbauern, aber auch die Neubauern Ablieferungsprobleme, letztere vor allem wegen zu kleiner Ackerflächen, unzureichender maschineller Ausrüstung, Mangel an Saatgut und Kunstdünger<sup>7</sup>. Die nach sowjetischem Vorbild gegründeten Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) waren zwar angewiesen, vorzugsweise das Land der Neubauern zu bearbeiten, in Merxleben bevorzugten sie jedoch in den wirtschaftlich schwierigen Anfangsjahren die mittel- und großbäuerlichen Auftraggeber, die die Traktoren mit Würsten und Speck bezahlen konnten<sup>8</sup>. 1950 schlossen sich 22 Neubauern zu einer sogenannten „Liefergemeinschaft“ zusammen unter Führung eines Umsiedlers aus dem Sudetenland. Man wollte sich bei den Ablieferungsverpflichtungen gegenseitig helfen, wollte aber auch unabhängig vom Maschinenausleihen bei alteingesessenen Bauern werden. Die Liefergemeinschaft funktionierte gut, mußte aber am 28. Mai 1951 auf Veranlassung des ZK der SED und sowjetischer Militärs wieder aufgelöst werden. Die Zeit sei noch nicht reif für Genossenschaften, hieß es, und westliche Medien hätten die Liefergemeinschaft als Kollektiv

6 Bezirksparteiarchiv (BPA), Bestand Bezirksparteileitung Erfurt, A IV/2/7–18, Bericht über die am 25. 5. 1951 in Merxleben, Kreis Mühlhausen, erfolgte Überprüfung.

7 Eine von der Partei angeordnete repräsentative Betriebsanalyse bei einem Merxlebener Neubauern über sämtliche Einnahmen und Ausgaben in Wirtschaft und Haushalt ergab, daß die Rentabilität des Betriebes nur durch drastische Einschränkung der Bedürfnisse der Familie und durch lange Arbeitszeiten einigermaßen gewährleistet war. (Stadtarchiv Bad Langensalza, Nr. KA B 39, Neubauern-Betriebsanalyse).

8 Vgl. Stadtarchiv Bad Langensalza, KA A 187, Aktenvermerk vom 5. 12. 1950, Situation im Ort Merxleben.

tivierungsbeginn nach sowjetischem Vorbild bezeichnet.

### **Phase III: „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ 1952–1960**

Am 8. Juni 1952 gründeten 22 Neubauern in Merxleben wiederum eine Genossenschaft, sie nannte sich jetzt „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft“ (LPG) und war die erste dieser Art in der DDR<sup>9</sup>. Sie erhielt den Namen „Walter Ulbricht“. Absprachen mit der SED auf höchster Ebene und mit dem Landwirtschaftsministerium waren vorausgegangen<sup>10</sup>. Die LPG gab sich Statuten, die die Vergesellschaftung der Ackerflächen und des Grünlandes aller Mitglieder vorsahen, ebenso der vorhandenen Geräte und Maschinen, nicht aber der Nutztiere. Die Statuten wurden nach der 2. Parteikonferenz der SED, wo der planmäßige Aufbau des Sozialismus verkündet wurde und der neue LPG-Vorsitzende aus Merxleben referiert hatte, DDR-weit zu Musterstatuten der LPG Typ II erklärt. Die neue LPG hatte von der Regierung großzügige Wirtschaftshilfen und langfristige Kredite zugesagt bekommen. Am Jahresende wurde die LPG Typ II in eine LPG Typ III umgewandelt, d. h. die einzelbäuerlichen Betriebe wurden samt lebendem und totem Inventar vergesellschaftet. Der Boden blieb formell im Besitz der Bauern, die alleinige Verfügung darüber aber hatte die LPG. Alle Mitglieder hatten einen sogenannten Inventarbeitrag in Höhe von 500,- Mark pro Hektar eingebrachtes Land zu zahlen, auf den eingebrachtes Vieh und Gerät angerechnet wurde.

Am Rande des Dorfes entstanden im Laufe der nächsten Jahre Wirtschaftsgebäude und Stallungen. Die LPG wurde ausländischen Delegationen als Musterbetrieb vorgeführt, aber den Mitgliedern ging es finanziell schlecht. Nur mit Hilfe der „persönlichen Hauswirtschaft“, die bei Nutzung von lediglich 0,5 ha Land pro Familie eine vorgeschriebene, begrenzte Tierhaltung erlaubte, konnten die LPG-Bauern während der ersten Jahre überleben. Ende des Jahres 1952 gab es in Merxleben noch immer 56 Bauernwirtschaften mit zusammen 600 ha Land, die die private land-

<sup>9</sup> D. Gabler (Anm. 1, S. 64f.) bezieht sich auf J. Lieser zur Erklärung des Unterschieds von herkömmlichen Genossenschaften gegenüber den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, deren Hauptaufgabe mit der Planerfüllung eine öffentliche sei, nicht aber die Förderung der Mitglieder. J. D. Lieser, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Reihe A, Bd. 37, Veröffentlichungen des Instituts für Genossenschaftswesen an der Philipp-Universität, Marburg (Lahn) 1969.

<sup>10</sup> Gründungen anderer Genossenschaften (LPGs) erfolgten fast zeitgleich.

wirtschaftliche Produktion der genossenschaftlichen vorzogen. Die LPG hatte zu diesem Zeitpunkt 241 ha landwirtschaftliche Nutzfläche.

Die Agrarpolitik begünstigte in den frühen fünfziger Jahren insbesondere die mittelbäuerlichen Betriebe mit Nutzflächen unter 20 ha, die ihre landwirtschaftlichen Überschüsse, die ihnen nach der „Soll“-Ablieferung geblieben waren, als sogenannte „Freie Spitzen“ zum Zwei- bis Dreifachen des Normalpreises verkaufen konnten. Die Bauern allerdings, die das „Soll“ nicht erfüllt hatten – das war in Merxleben vor allem bei einigen Großbauern der Fall, für die sich die Hektarveranlagung negativ auswirkte –, verschuldeten sich und wurden unter Druck gesetzt. Sie erhielten außerdem keine Schlachtgenehmigung. Das war für Bauern, die selber für tierische Produkte keine Lebensmittelkarten erhielten, eine Maßnahme von empfindlicher Härte. „Schwarzschlachtungen“ wurden unnachgiebig bestraft, oft mit Inhaftierung. Sollsschulden führten in Merxleben in einem Fall zur Ausweisung einer Großbauernfamilie von ihrem Hof und zur Inhaftierung des Familienoberhauptes.

Die Genossenschaft in Merxleben wie auch die privaten Landwirte litten gleichermaßen unter Arbeitskräftemangel. Die LPG versuchte das Problem durch die von der Partei angekurbelte Aktion „Industriearbeiter aufs Land“ zu lösen, die privaten Landwirte sollten ihren Landbesitz „abstocken“, d. h. aufteilen, oder an die LPG verschenken, da sie zur Bearbeitung gesetzlich gezwungen waren, aber nicht genügend Arbeitskräfte hatten. Als beides nicht recht funktionierte, kamen in Merxleben 1958 vier miteinander verwandte mittelbäuerliche Familien auf die Idee, ebenfalls eine LPG zu gründen, allerdings eines Typs, der nur die Nutzflächen, nicht aber die privaten Tierbestände vergesellschaftete (LPG Typ I). Sie besaßen 80 ha Land und kamen nun auch in den Genuß von Vorteilen, wie sie nur LPGs zugestanden wurden. Die beiden LPGs galten zwar offiziell als befreundet und gleichberechtigt, tatsächlich aber rivalisierten sie miteinander und neideten sich die jeweiligen Vorzüge: bessere Technisierung und modernere Ställe die eine LPG, die Möglichkeit des privaten Tierverkaufs die andere LPG.

### **Phase IV: „Der umfassende Aufbau des Sozialismus“ 1960–1970**

Im Jahre 1960 wurde in der DDR die Vollkollektivierung mit Hilfe einer Kampagne der SED durchgesetzt, die das Ziel hatte, den Widerstand auch

der letzten Privatbauern zu brechen. Die Parole dazu hieß propagandistisch: „sozialistischer Frühling“; es wurde mit massivem agitatorischem Druck gegen die Privatbauern vorgegangen. In Merxleben schlossen sich 40 Personen, das waren 26 Haushaltungen, der LPG Typ I an, nicht der als progressiver geltenden LPG Typ III. Für sie entfiel der zu zahlende Inventarbeitrag. Die wirtschaftliche Prosperität der LPG Typ I unterschied sich positiv von der des Typs III. Die Mitgliederversammlung der LPG Typ III wählte 1965 ihren bisherigen Vorsitzenden ab<sup>11</sup>, man legte ihm die zu niedrigen Einkommen der Genossenschaftsbauern zur Last. Die Partei hatte die Ablösung vorbereitet, wie aus Interviews mit ehemaligen Landwirtschaftsfunktionären des Kreises hervorging und bereits einen neuen Vorsitzenden ausgewählt. Der neue Mann an der Spitze der LPG hatte eine landwirtschaftliche Fachschulausbildung, straffte und reorganisierte den gesamten Betrieb durch Spezialisierung und rigorose Rationalisierung, der auch manche kulturelle Einrichtung zum Opfer fiel. Für den Bereich Kulturarbeit wurde nun in den Jahresplänen auf die nahegelegene Stadt verwiesen.

#### **Phase V: „Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ ab 1971**

In Merxleben wurde diese Phase um zwei Jahre vorgezogen. Am 30. Dezember 1968 wurden hier, noch bevor die Partei es anordnete, auf Initiative der Leitungskader der LPG Typ III beide LPGs zusammengeschlossen. Alle Mitglieder der LPG Typ I hatten beim Zwangsübertritt einen Inventar- oder Fondsausgleichsbeitrag von 4 450,- Mark pro ha eingebrachte Nutzfläche zu zahlen, Nutzvieh wurde darauf angerechnet – taxiert unter Wert, wie die Interviewpartner berichteten. Keiner konnte sich dem widersetzen. Inventar- oder Fondsausgleichsbeiträge hatten auch die Mitglieder anderer LPGs bei Zusammenschlüssen zu zahlen, aber Zahlungen in dieser Höhe waren selbst im DDR-Maßstab ungewöhnlich. „Wir haben unser Land verloren und mußten auch noch dafür zahlen!“ sagten mir Dorfbewohner wiederholt im Interview. Mit dem Geld der Fondsausgleichsbeiträge, das den Wert der Arbeitseinheiten<sup>12</sup> schlagartig in die Höhe trieb, konsolidierte sich die LPG.

11 Der bisherige Vorsitzende der LPG „Walter Ulbricht“, ein ausgebildeter Molkereifachmann aus dem Sudetenland, hatte bereits die Liefergemeinschaft ins Leben gerufen. Er wurde 1954 ZK-Mitglied der SED, nutzte seine „guten Beziehungen nach Berlin“ und erhielt wiederholt finanzielle Stützungen und Kredite für die LPG. Trotz später absolvierten Studiums auf der LPG-Hochschule in Meißen war er mit der Leitung und den Modernisierungsanforderungen eines Großbetriebs auf Dauer überfordert.

Der neue Vorsitzende veranlaßte eine Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Rostock-Dummersdorf, die dem Betrieb Subventionen und Erfolge in der Schweineaufzucht brachte. Schließlich fusionierte er die Merxlebener LPG mit zwei weiteren LPGs der benachbarten Stadt, so daß ein Großbetrieb mit 2 350 ha Nutzfläche und 500 Mitgliedern entstand, wenngleich derartige Groß-LPGs einen „Sonderweg“ darstellten, den die Partei nur ungern sah – Kooperationen galten als der Modellfall.

1975 mußte die LPG die staatlich verfügte Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion akzeptieren; sie entschied sich für die Tierproduktion und gab landwirtschaftliche Flächen bis an die Ortsgrenze an benachbarte LPGs ab. Sie spezialisierte sich u. a. auf Schweinezucht und Schafhaltung. 1976 wurden die vorhandenen Technikkapazitäten in einen gesonderten Koordinationsbetrieb auf Kreisebene ausgegliedert. Ein nochmaliger Wechsel des LPG-Vorsitzes führte zu einer weiteren intensiven Spezialisierung. Der Betrieb hatte nun einen Bestand von 15 000 Schweinen und eine jährliche Läuferproduktion (Jungschweine) von 21 000 Tieren. Die moderne Schafzucht-Anlage (Stammzuchtbetrieb) umfaßte 7 500 Tiere. Geflügelhaltung (Broileraufzucht) und Milchviehhaltung wurden abgeschafft, letzteres an den Direktiven der Partei vorbei. Der neue Vorsitzende dirigierte den Betrieb von der Stadt aus, wo am Stadtrand Verwaltungsgebäude errichtet worden waren und moderne Hallen für die Tierhaltung. Seine guten Beziehungen zur Kreisparteileitung und zum Rat des Kreises waren bei der Führung des Betriebes sehr hilfreich. Ob das Futterengpässe waren oder benötigte Plan-Kennziffern für Investitionen – die Partei half aus, und die verantwortlichen Funktionäre wurden dafür großzügig entschädigt. Die Landwirtschaft sei das „Filetstück der DDR-Wirtschaft“ gewesen – so ein ehemaliger örtlicher Landwirtschaftsfunktionär im Interview. Eine LPG, die schwarze Zahlen schrieb, ein erfolgreicher Landwirtschaftsbetrieb also, konnte mit der vollen Unterstützung der Partei rechnen, die dann sogar die Abschaffung der Milchkühe tolerierte, in der DDR die „heiligen Kühe“!

12 Arbeitseinheit (AE): Maß zur Vergütung von Arbeitsleistungen von LPG-Mitgliedern, die sich an Quantität und Qualität der Arbeit, sowie der Arbeitsqualifikation der Arbeitskräfte ausrichtet und sich errechnet aus dem für die Verteilung an die Mitglieder vorgesehenen Teil des erwirtschafteten Produkts einer LPG, dividiert durch die von allen Mitgliedern geleisteten AE. Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 457.

Die Merxlebener LPG-Mitglieder arbeiteten in einer industrialisierten Landwirtschaft teils am Ort, teils in den Stallungen der fusionierten LPGs des Nachbarortes. Zahlreiche Frauen hatten die Feldarbeit, die ja nun von anderen LPGs übernommen worden war, mit der Arbeit in der LPG-eigenen „Plaste“-Produktion<sup>13</sup> in Merxleben vertauscht, ursprünglich als Winterarbeitsplätze der Feldbaubrigaden vorgesehen. Mit zunehmender Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion kamen Techniker und Facharbeiter in die LPG, die entweder pendelten oder in die neuerbauten Mietshäuser am Ortsrand einzogen.

Für einen Großteil der LPG-Mitglieder war die persönliche Hauswirtschaft neben dem Acht-Stunden-Tag in der LPG eine wichtige zusätzliche Einnahmequelle: sei es, daß Stallungen für die Aufzucht von Schweinen, Mastkälbern, Schafen oder Geflügel vorhanden waren, daß Gärten gute Obst-ernten abwarfen, daß Kaninchen in größerem Umfang gezüchtet wurden, daß die ganze Familie mit aufs Feld ging, wenn beispielsweise Rhabarber oder Knoblauch geerntet werden mußten. Der Verkauf der Produkte aus der persönlichen Hauswirtschaft war hoch subventioniert und die Deputate der LPG in Form von Futtermitteln erleichterten die Tierhaltung<sup>14</sup>.

In den achtziger Jahren verdiente ein Merxlebener LPG-Mitglied im Durchschnitt 1 200,- Mark<sup>15</sup> monatlich in der LPG bei zusätzlichen Sozialleistungen wie billigem Kantinenessen (pro Woche kostete es eine Mark!), kostenlosem Urlaub in betriebseigenen Urlaubswohnungen und Geschenken für alle Mitglieder zu allen nur möglichen festlichen Anlässen, z. B. zum „Tag des

Genossenschaftsbauern“, zum „Internationalen Frauentag“ oder zum Jahresabschlußfest. Es waren aufwendige Geschenke wie Marken-Armbanduhren, Koffersets, Bettwäsche, Gläserortimente, Kaffeeservices<sup>16</sup>. Diese Geschenke und die Sozialleistungen bedeuteten eine sogenannte „zweite Lohntüte“ – so jedenfalls schilderte es der letzte Vorsitzende der LPG –, weil die Einkünfte der LPG-Bauern die der „führenden Klasse“ der Industriearbeiter offiziell nicht überschreiten durften. Die Sozialleistungen der Kommune wie Kindergärten und Kinderkrippe, die die Frauen entlasteten bzw. freistellten für einen Acht-Stunden-Tag in der LPG, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Hinzu kamen die Gewinne aus den Verkäufen der Produkte der persönlichen Hauswirtschaft. Die LPG-Mitglieder in Merxleben waren mit ihren Einkünften zufrieden, seit die industrialisierte Tierhaltung gute Gewinne abwarf, dadurch ihre Arbeitseinheiten hoch bewertet wurden und die Erzeugnisse der persönlichen Hauswirtschaft unabhängig von Marktlage oder Bedarf von zentralen Aufkaufstellen zu guten Preisen abgenommen wurden.

---

### III. Ergebnisse

---

#### 1. Die Auswirkungen der SED-Agrarpolitik auf die Sozialstruktur

1945 war im Gutsdorf Merxleben – mit einer durchmischten, vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung – durch die Bodenreform und die Entmachtung bisher herrschender Familien bei gleichzeitiger Aufwertung kleinbäuerlicher Schichten und der nach Kriegsende einquartierten mittellosen Flüchtlinge ein grundlegender Wandel der Sozialstruktur eingeleitet worden. Er führte zu einer neuen Schichtenbewertung. Staatliche Förderung erhielten nun die ehemals Mittellosen, die Loyalität gegenüber Staat und Partei zu erkennen gaben, wie z. B. durch Mitgliedschaft in der SED. Sozialprestige, bislang immer mit örtlichem Besitz und daraus resultierendem Einfluß auf die Lokalpolitik verbunden, wurde nun an andere Kriterien ge-

13. Die LPG-Plaste-Produktion war ein kleiner Industriebetrieb auf LPG-Gelände, der kleinteilige Plastik-Haushaltsgegenstände herstellte. Der Betrieb arbeitete in drei Schichten, die ca. 30 Angestellten arbeiteten nach Stückzahlnormen; es wurde nach Arbeitseinheiten abgerechnet.

14. Die Einkommen aus der persönlichen Hauswirtschaft waren steuerfrei, die Zahl der privat gehaltenen größeren Nutztiere seit 1977 nicht mehr limitiert. Über die tatsächlichen Einkünfte aus privater Hauswirtschaft gibt es keine verbindlichen Angaben, lediglich die Vermutung, daß sie „beträchtlich“ gewesen seien. Vgl. Martin Diewald/Heike Solga, Soziale Ungleichheiten in der DDR: Die feinen aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende, in: Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer u. a. (Hrsg.), Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach. Berlin 1995, S. 267.

15. Auf das Einkommen der LPG-Bauern wurde keine Lohnsteuer erhoben; lediglich 60,- Mark Sozialversicherungsbeitrag (SVK-Beitrag) als Höchstsatz bei Einkommen über 600,- Mark wurden abgezogen. Seit 1971 gab es noch eine sogenannte Freiwillige Zusatz-Rentenversicherung (FZR), für die zehn Prozent des monatlichen Einkommens abgeführt werden mußten.

16. Die von D. Gabler (Anm. 1, S. 175) angeführten Bestrafungen der Geschenkpraktiken von LPG-Vorständen anlässlich von Betriebsfesten wurden in Merxleben von keinem der Interviewpartner je erwähnt. Es wurde aber berichtet, daß die LPG-Leitung zusammen mit der Buchhaltung Mittel und Wege fand, Geldentnahmen für Geschenke anderweitig zu verbuchen; die Praktiken seien allgemein bekannt gewesen. Befreundete LPGs hätten miteinander gewetteifert, welcher Betrieb die kostbareren Geschenke verteilte.

knüpft. An der Spitze der dörflichen Hierarchie standen jetzt Personen, deren absolute „Systemloyalität“ durch die Partei gewährleistet war. Führungspositionen wie LPG-Vorsitzender, hauptamtlicher Bürgermeister und Parteisekretär besetzten im Dorf politisch „zuverlässige“ Fremde, die aufgrund von Vertreibung aus den Ostgebieten oder durch Einheirat (und politische „Umerziehung“ in sowjetischer Kriegsgefangenschaft) oder als Industriearbeiter im Dorf ansässig wurden.

Die Gutsbesitzerfamilie wurde des Dorfes verwiesen, die Großbauern durch Gesetzgebung und unangemessene Ablieferungsverpflichtungen drangsaliert. Sie waren von Macht und Einfluß ausgegrenzt. Die 1958 gegründete LPG Typ I verstand sich als Alternativ-LPG zur vorhandenen LPG Typ III, ihr Vorsitzender war Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), und sie erstarkte durch den Mitgliederzuwachs anlässlich der Zwangskollektivierung 1960. Mit dieser Zwangskollektivierung, die sämtlichen Landbesitz aller Dorfbewohner der alleinigen Verfügung der beiden Genossenschaften unterstellte, war offiziell die soziale Nivellierung erreicht. Tatsächlich aber bestand die soziale Differenzierung fort, bedingt durch die unterschiedlichen Produktionserfolge der beiden LPGs. Die staatlich sanktionierte Zwangszusammenlegung beider LPGs bedeutete die wirtschaftliche und politische Niederlage der Bauern der LPG Typ I, die durch erhöhte Zahlungen von Inventarbeiträgen finanziell ausgeblutet waren. Die soziale Nivellierung schien jetzt erreicht zu sein.

Allerdings hatte die industrielle landwirtschaftliche Produktion zu einer weiteren Umstrukturierung des Dorfes geführt, seit 1970 die LPG in Merxleben mit zwei anderen Produktionsgenossenschaften zusammengelegt worden war. Es entstand ein neuer Typ Bauer, der die Funktion eines landwirtschaftlichen Arbeiters in der LPG mit der eines kleinen unabhängigen Landwirts verband, der als privater Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte in seiner Hauswirtschaft auch deren Vermarktung übernahm. Je geschickter die Auswahl der Erzeugnisse der Hauswirtschaft – z. B. Schafwolle durch Schafzucht –, je besser die Qualität, um so besser ging es den Erzeugern, um so mehr verdienten sie. Der unterschiedliche ökonomische Erfolg auf dem Gebiet der privaten Hauswirtschaft war Grund für eine erneute soziale Differenzierung. Die Führungspositionen im Dorf blieben auch in der zweiten Generation in den Händen von Dorffremden, d. h. sie wurden von der Partei besetzt. Die Kinder der ersten Führungsgeneration arbeiteten in der Regel nicht

mehr im Dorf, wohnten aber dort. Es war ihre Entscheidung, ob sie durch Studium einen gesellschaftlichen Aufstieg erreichten, oder aber Arbeiter wurden. Die Position der Väter konnte den Ausbildungsweg ebnen, nicht aber eine Funktionsnachfolge in der Dorfhierarchie garantieren. Die LPG war der bedeutendste Arbeitgeber im Dorf, die LPG-Leitung nahm Einfluß auf das Dorfgeschehen, die Gemeindeverwaltung und die häufig wechselnden Bürgermeister. Die späteren LPG-Vorsitzenden mit Wohnsitz in der Stadt waren nicht mehr im Dorf integriert, was sie nicht hinderte, die Möglichkeiten der privaten Hauswirtschaft in großem Umfange auch für sich zu nutzen<sup>17</sup>. Sie feierten mit den Genossenschaftsmitgliedern Betriebsfeste, die Dorf-Kirmes allerdings haben sie nie besucht.

## **2. Die Auswirkung der SED-Agrarpolitik auf das Zusammenleben der Dorfbewohner, auf ihre Gemeinschaftsbeziehungen**

Das Zusammenleben der Dorfbewohner war auch im Realsozialismus der DDR deutlich von ihrer ökonomischen Position geprägt. Diese ökonomischen Positionen änderten sich analog zu den Phasen der SED-Agrarpolitik. Vom Kriegsende bis zum Beginn der fünfziger Jahre gab es ein Statusgefälle von Altbauern (Mittel- und Großbauern) gegenüber Neubauern, solange die Neubauern ökonomisch schwach und von den Altbauern abhängig waren. Die Agrarpolitik begünstigte zu dieser Zeit noch die Altbauern (speziell die Mittelbauern) mit ihren technischen Ressourcen durch die Möglichkeit des Verkaufs von Überschußprodukten, den „Freien Spitzen“. Die Haltung der Altbauern gegenüber den ökonomisch schwachen politischen „Aufsteigern“ war dabei von Überlegenheit und Arroganz gekennzeichnet. Wenig später brachte die Agrarpolitik dieselben Altbauern durch überhöhte Ablieferungsverpflichtungen an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. Der parteilich verordnete „Klassenkampf im Dorf“ brachte die verschiedenen bäuerlichen Schichten gegeneinander auf. Obwohl beide – Altbauern wie Neubauern – unter den rigiden Ablieferungsverpflichtungen litten, solidarisierten sie sich nicht untereinander, sondern gruppierten sich gegeneinander. Die Neubauern fanden sich in der Liefergemeinschaft und später der LPG zusammen, Altbauern wurden als Klassenfeinde diskriminiert, sie

<sup>17</sup> Von einem der LPG-Vorsitzenden ist bekannt, daß er private Schafherden von beträchtlichem Umfang im Thüringer Wald unterhielt; über die Anzahl der Schafe mußten die Mitarbeiter bei Entlassungsdrohung Stillschweigen bewahren.

mußten um ihre wirtschaftliche Existenz, ihren Besitz, ihre persönliche Freiheit fürchten, wenn sie den Bestimmungen der Agrarpolitik zuwiderhandelten. Das von der Partei vorgegebene „Klassenschema“ im Dorf zementierte die Trennung von Gruppierungen und hatte zur Folge, daß sich hauptsächlich innerhalb der jeweiligen Gruppe Freundschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen festigten, der Umgang der jeweiligen Gruppenmitglieder mit denen der anderen Gruppe jedoch auf das Notwendigste beschränkt blieb. Die Zwangszusammenlegung der beiden LPGs im Dorf am Jahresende 1968 vertiefte durch die eingeforderten hohen Inventarbeiträge die Spaltung zwischen den Gruppierungen, denn einige Mitglieder mußten die geschuldeten Beträge jahrelang in der LPG abarbeiten.

Mit dem Verlust des Bodenbesitzes und der gleichberechtigten Lohnarbeit aller Genossenschaftsmitglieder hätte – nach Meinung des Agrarsoziologen Kurt Krambach – „ein historisch neuer Typ von Dorfgemeinschaft“ entstehen müssen, nachdem „mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft . . . die sozialen Widersprüche zwischen Klein- und Mittelbauern und den kapitalistischen Großbauern beseitigt waren . . .“. Erstmals in der Geschichte sei damit die objektive Voraussetzung für die Entwicklung der „sozialistischen Dorfgemeinschaft“ entstanden<sup>18</sup>. In Merxleben hat eine solche Entwicklung m. E. nicht stattgefunden<sup>19</sup>. Ein Teil der Dorfbewohner fühlte sich mehrfach enteignet, entrechtet, unterdrückt. Statt der sozialen Barrieren gab es noch immer die politischen, und die wurden auch mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit nicht abgebaut. Die Spaltung im Dorf blieb. Sie wurde in späteren Jahren durch unterschiedliches Engagement und unterschiedliche Erfolge auf dem Gebiet der Hauswirtschaft noch vertieft. Nicht zu vergessen die „West-Verwandten“ und die „West-Pakete“ – für zahlreiche meiner Interviewpartner ein wichtiges Thema, soziale Unterschiede zu begründen. Einige Dorfbewohner hatten „West-Beziehungen“, andere nicht. Eine

18 Autorenkollektiv (Ltg. Kurt Krambach), *Wie lebt man auf dem Dorf? Soziologische Aspekte der Entwicklung des Dorfes in der DDR*, Berlin (Ost) 1985, S. 43.

19 Auch die von den Soziologen Gebhardt und Kamphausen (Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen, *Zwei Dörfer in Deutschland*, Opladen 1994) für das ostdeutsche Dorf Werda rückwirkend festgestellte funktionierende Dorfgemeinschaft, die sogar die Aktivitäten der Staatssicherheit der dörflichen Sozialkontrolle wegen beinahe überflüssig machte, konnte für Merxleben nicht festgestellt werden, im Gegenteil! Denunziation und Inhaftierungen hatten die Menschen in Merxleben sehr vorsichtig gemacht; man habe nur noch sehr guten Freunden getraut, wurde wiederholt im Interview gesagt.

Familie aus dem Dorf wurde wegen ihrer „West-Kleidung“ hinter vorgehaltener Hand „die Ewings“<sup>20</sup> genannt (und das waren keine ehemaligen Großbauern)! Soziale Nivellierung war Wunschdenken der Partei, die sozialistische Dorfgemeinschaft – so wie sie rückblickend konstatiert wird – eine nachträglich nostalgisch überhöhte Fiktion. Möglicherweise gab es sie hie und da – ich habe sie in Merxleben vergeblich gesucht.

### **3. Die Auswirkungen der SED-Agrarpolitik auf die Handlungsspielräume der Dorfbewohner: Akzeptanz oder Widerstandsbereitschaft gegenüber normativen Anordnungen**

Ob es agrarpolitische Anweisungen der DDR-Regierung waren und ihrer führenden Partei, der SED, oder Anordnungen anderer Obrigkeiten – thüringische Bauern haben traditionell ihre Handlungsspielräume ausgelotet, d. h. sie haben versucht, Anordnungen, die ihre Lebensweise einzuschränken drohten, erst einmal zu ignorieren, sich den Zwängen aber schließlich gefügt und versucht, das Beste aus ihrer Lage zu machen. Daß die ehemaligen Klein- und Neubauern im Dorf aufgrund der Bodenreform-„Geschenke“ politisch loyal blieben, war staatlich eingeplant. Die Agrarpolitik umwarb (oder bedrohte) – je nach politischem Kurs – die leistungsfähigen Mittel- und Großbauern, damit sie die Volksernährung gewährleisten, die Kollektivierung mittragen und nicht vorzeitig ausstiegen und nach Westdeutschland flüchteten<sup>21</sup>.

Die ökonomisch starken Mittelbauern waren in den Anfangsjahren der Kollektivierung, als die wirtschaftlichen Erfolge der LPG noch zu wünschen übrig ließen, aufmüpfig, erlaubten sich politische Witze, wurden dafür eingesperrt, hofften auf Änderung der politischen Verhältnisse in ihrem Sinne und glaubten nicht an einen dauerhaften Erfolg der neuen Großbetriebe. Erst in dem Moment, als die LPG mit gesetzlicher Duldung nicht nur Zugriff auf ihr Land, sondern (über die Inventarbeiträge) auch auf ihre Bankkonten erhielt, gaben sie sich „geschlagen“. Sie arbeiteten jetzt nach „Vorschrift“, ohne besonderes Engagement. Sie zogen sich in ihre vier Wände zurück, d. h. ihr Privatleben rangierte vor dem Arbeitsleben in einem landwirtschaftlichen Großbetrieb, dessen Funktionieren in den Händen von Lei-

20 Die Ewings, Ölmillionärsfamilie der amerikanischen Fernsehserie „Dallas“, waren den Dorfbewohnern aus dem „West-Fernsehen“ bekannt.

21 In Merxleben flüchteten lediglich zwei mittelbäuerliche Familien 1952 nach Westdeutschland.

tungskadern lag und auf das sie so gut wie keinen Einfluß mehr hatten. Die persönliche Hauswirtschaft war ein neues (altes) Betätigungsfeld, das sie ausbauten. Die Phantasie, die LPG-Bauern entwickelten, wenn es darum ging, rare Güter – seien es tierische oder pflanzliche Produkte – zu produzieren und damit die staatlichen Subventionen abzuschöpfen, ist bewundernswert.

Es war für einen Genossenschaftsbauern als Arbeitnehmer unter den neuen Bedingungen eines gut funktionierenden Großunternehmens besser, sich zu arrangieren, sich anzupassen, im „Tausch“ gegen Leistung von der LPG Zuwendungen zu erhalten (ob das Baumaterial war oder das Ausleihen von Fahrzeugen), als eine nutzlose Opposition zu pflegen. Der Generationenwechsel hat das seine dazu getan. Die Widerständigkeiten in den frühen fünfziger Jahren gegen die Zumutungen der SED-Agrarpolitik wurden nun durch Anpassungsbereitschaft ersetzt. Und wenn der letzte LPG-Vorsitzende berichtet, daß er „erfahrene Bauern, auch reaktionäre“, in leitende Funktionen hineingenommen hatte, weil fachliches Können und nicht das Parteibuch den Erfolg eines Betriebes garantierten, so ist das auch ein Beweis gegenseitiger Annäherung.

Zusammenfassend kann man sagen, daß Anpassung und Widerstand von verschiedenen sozialen Schichten zu verschiedenen Zeitabschnitten unterschiedlich gehandhabt wurden – auch deshalb, weil die Schichten ihr Selbstverständnis änderten und ihre gesellschaftliche Bewertung ebenfalls einem Wandel unterlag. Trotz einer rigiden Agrarpolitik fanden die Dorfbewohner Mittel und Wege, sich mit dieser Politik auseinanderzusetzen, sie zu akzeptieren, wenn es keine andere Möglichkeit gab, die Anordnungen zu modifizieren, wenn das Vorteile brachte, die Nischen und kleinsten Freiräume einer solchen Politik für sich zu nutzen – und sei es unter Rückbezug auf Persönlichkeiten in leitenden Positionen, deren taktisches Geschick und politische Beziehungen oftmals sehr nützlich waren. Man verpflichtete sich zum längeren Dienst in der Armee, wenn das der beruflichen Karriere förderlich war; man ging in die Partei, wenn davon die dringend benötigte Materiallieferung für den privaten Hausbau abhängig gemacht wurde. Eine Hand wusch die andere – Widerstand hatte keinen Sinn, man wollte überleben, und das so gut wie nur irgend möglich. Zu einem Zeitpunkt, als das moderne Management der LPG seine Entscheidungen häufig im Alleingang traf, war man nicht unglücklich darüber, mit Verantwortung nicht belastet zu sein. Die Hauptsache war, daß „die LPG so lief, daß unterm Strich für

jeden 'was übrigblieb“. In einer politischen Situation, die für unumkehrbar gehalten wurde, war ein solches Verhalten logisch und rational.

---

#### IV. Zur Situation im Dorf seit 1990

---

Als im Jahre 1990 infolge der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands die Fleisch- und Wollpreise fielen, wandelte der letzte Vorsitzende, über die Köpfe der Mitglieder hinweg, die LPG kurzerhand in einen Industriebetrieb um, verkaufte alle Tiere und installierte in den modernen Stallungen (freitragende Hallen) eine Fensterrahmenproduktion. Die LPG-Vollversammlung wählte ihn daraufhin ab. Die LPG (T)<sup>22</sup> Bad Langensalza/Merxleben wurde 1991 aufgelöst. Sie hatte nach Auskunft des letzten Vorsitzenden zuletzt noch 328 Mitglieder (wovon 185 im Arbeitsverhältnis standen) und 21 Millionen Mark bilanziertes Vermögen. Die seinerzeit gegründete Fensterrahmenproduktion unter neuer Geschäftsführung beschäftigte 1996 in Bad Langensalza 124 Personen und unterhält je einen Zweigbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern und in Litauen. Sie erreicht einen Jahresumsatz von ca. 30 Millionen DM. 50 Beschäftigte der Firma sind ehemalige Mitglieder der Groß-LPG, 21 ehemalige LPG-Mitglieder sind Gesellschafter der Firma.

Das Dorf Merxleben hat sein Gesicht verändert, seit es nur noch zwei landwirtschaftliche Betriebe gibt, sogenannte hauptberufliche „Wiedereinrichter“. Das ehemalige LPG-Gelände liegt brach, die Ställe verfallen. Ein Teil der Dorfbewohner arbeitet in der Fensterrahmenproduktion des LPG-Nachfolge-Betriebes, andere haben private Handwerksbetriebe gegründet, insgesamt haben sich 16 Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe in Merxleben angesiedelt. Zahlreiche jüngere Leute arbeiten in unterschiedlichen Branchen in der benachbarten Stadt. Die Arbeitslosigkeit im Dorf beträgt 23 Prozent (ABM-Kräfte eingerechnet), 22 Prozent befinden sich im Rentenalter oder im Vorruhestand. Gegenwärtig findet eine neue soziale Differenzierung im Dorf statt, alte Ressentiments brechen auf, auch gegenüber denjenigen, die sich selbständig gemacht haben. Jetzt trennt sich die Dorfbewohnerschaft in diejenigen, welche Arbeit haben, und die, die arbeitslos sind. „Wir waren früher gleicher!“ sagte mir ein Interviewpartner. Der Ort hat gegenwärtig 512 Einwohner. Im März 1994

---

22 LPG (T) bedeutet LPG Tierproduktion.

wurde Merxleben nach Bad Langensalza eingemeindet.

---

## V. Resümee

---

Wohl nicht nur im „sozialistischen Dorf“ Merxleben hatte „die ‚Ummodelung‘ der werktätigen Bauern, ihrer ganzen Mentalität, ihrer gesamten Gewohnheiten, Arbeits- und Lebensbedingungen“ aufgrund der Umwandlung der landwirtschaftlichen Arbeit in die Form der Industriearbeit<sup>23</sup> nicht in der von der SED-Agrarpolitik vorgesehenen Weise stattgefunden. Auch die feste Verbundenheit der ‚Klasse der Genossenschaftsbauern‘ mit der Arbeiterklasse und der Führungsanspruch der letzteren gegenüber den Bauern blieb in Merxleben Wunschenken der Partei. In einem „sozialistischen Dorf“, in dem Genossenschaftsbauern sich über die Angehörigen der verbündeten Arbeiterklasse als die Bewohner der „Warmwasserviertel“ oder der „Faultierfarmen“ mokierten, wo selbst die zu Vorbildverhalten verpflichteten Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaft große private Tierherden hielten und die Genossenschaft eher nach den Methoden westlichen Managements führten (nach ihren eigenen Worten) als nach den Regeln genossenschaftlicher Mitbestimmung, wo man auf Schritt und Tritt (zu DDR-Zeiten) privatbäuerlichen Aktivitäten begegnete und der Stolz

23 Volker Klemm u.a., Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 181.

darauf identitätsstiftende Kraft hatte – in einem solchen Dorf konnten die Werthaltungen nicht denen der Industriearbeiter angenähert werden.

Die SED-Agrarpolitik, wiewohl mit eindeutigen Zielen angetreten, bot winzige Freiräume, Nischen, Winkel, die auf dem Wege zum Sozialismus Atempausen gewähren sollten. Daß diese Winkel von den LPG-Bauern in Merxleben derart geschickt genutzt wurden, daß ihnen die Segnungen der Privatwirtschaft als willkommene Ergänzung zum landwirtschaftlichen Industriearbeiter-Alltag erschienen, und nicht als Übergangslösung – damit hatte die Partei offensichtlich nicht gerechnet. Einer der wichtigsten „Sinnsprüche“ Thüringer Bauern ist seit jeher – so wurde mir im Interview gesagt –: „Jeder muß sehen, daß er mit dem Hintern an die Wand kommt!“ Vorsichtiger umschreibt das der Soziologe und Theologe Ehrhart Neubert, Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“: „Das heißt, jeder einzelne in der DDR ging seinen Weg, nichts ging in Wahrheit den ‚gemeinsamen sozialistischen Gang‘, sondern der einzelne versuchte, sein Verhältnis zu den Umständen, zum realen Sozialismus zu gestalten, in seiner Verantwortung. Er wußte, wann er sich verweigern mußte; und er wußte, wann er versuchte, sich anzupassen. Er schätzte das Risiko ein und versuchte Chancen wahrzunehmen oder sie auch auszuschlagen.“<sup>24</sup>

24 Ehrhart Neubert, Zwischen Anpassung und Verweigerung – der einzelne im realen Sozialismus, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. II/1, S. 120.

---

---

## Kommentar und Replik

---

---

### Widerstandsforschung und DDR-Kontakte

#### Zum Beitrag von Klaus Schroeder/Jochen Stadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989 (B 26/97)

Die Lektüre des Aufsatzes von Klaus Schroeder und Jochen Stadt veranlaßt mich zu folgender Stellungnahme:

Daß vor dem 9. November 1989 viele Deutsche, zumal im Westen, glaubten, das „geregelt Neben-einander“ zweier deutscher Staaten werde auf unabsehbare Zeit fort dauern, läßt sich heute leicht und billig als Illusion auch vieler Historiker entlarven. Leider verschweigen Schroeder und Stadt, ob sie in dieser Hinsicht bessere Propheten waren. Entscheidend für das heutige Urteil sollte nicht dies sein, sondern die Frage, ob diejenigen West-Historiker, die solche Ost-West-Kontakte pflegten, um des „Gesprächs“ willen bereit waren, die Grundwerte der eigenen parlamentarisch-demokratischen Ordnung zu relativieren und die SED-Diktatur schönzureden. Ohne die begrifflich-analytische Trennung dieser beiden Ebenen bleibt jede Analyse ost-westlicher Historikerkontakte in Halbheiten und Fehlurteilen stecken. Das gilt leider auch für den Aufsatz von Schroeder und Stadt. Außerdem sollte es für Historiker selbstverständlich sein, elementare Grundsätze der Quellenkritik zu beachten, insbesondere das, was in mittlerweile archivierten Dokumenten von teils recht fragwürdiger Provenienz steht, nicht für die pure historische Wahrheit zu halten, und aus ihnen nicht nur das zu zitieren, was die eigenen (Vor-)Urteile bestätigt. Auch diese Lektion haben die beiden Autoren nur unvollkommen gelernt.

Soviel zum Grundsätzlichen. Und nun konkret: Wer in der „alten“ Bundesrepublik und insbesondere in Berlin (West) vor 1989 am Knüpfen wissenschaftlicher Ost-West-Kontakte beteiligt war (ich verfüge hier als ehemaliger Leiter des Internationalen Konsultationsprogramms der Historischen Kommission zu Berlin über langjährige Erfahrung), ging selbstverständlich davon aus, daß ostdeutsche Wissenschaftler, die in den „Westen“ kommen durften, zuverlässige „Reisekader“ mit politischem Auftrag und Berichtspflichten waren, auch wenn man damals noch nicht von „IM“ zu reden pflegte. Heute zu klären, was sich damals hinter den Ost-Berliner Kulissen abspielte, ist natürlich eine reizvolle zeitgeschichtliche Aufgabe. Die Autoren Schroeder und Stadt instrumentalisieren jedoch in ihrem Aufsatz die IM-

Verstrickungen des DDR-Historikers Kurt Finker, um damit westliche Kontakte zur DDR-Geschichtswissenschaft politisch und moralisch generell abzuqualifizieren. Unter anderem nehmen sie dabei den Berliner Politikwissenschaftler und Historiker Peter Steinbach ins Visier. Da ich zusammen mit Steinbach 1984 die (West-)Berliner Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1944 organisiert habe und diese Konferenz auch in der Argumentation von Schroeder/Stadt eine Rolle spielt, erlaube ich mir insbesondere hierzu einige Bemerkungen.

Ein roter Faden durchzieht den Aufsatz: Beginnen lassen ihn die Autoren bei einer „Fachtagung“ (in Wirklichkeit war es eine Ringvorlesung, die – wie Widerstandsforscher wissen – Steinbach organisiert hatte) in Passau 1985. Dazu war Finker eingeladen, der unter anderem Biographien Stauffenbergs und Moltkes geschrieben hat, und er „erlaubte“ sich dort unter anderem, wie Schroeder/Stadt schreiben, eine „dreiste Verharmlosung“ der stalinistischen Massenmorde. Von dort führt der Faden zur anschließend von den Autoren vorgenommenen Entlarvung Finkers als Agent der Stasi. Weiter geht es dann in einer Art Rückblende zu einer „Information“ für Kurt Hager über die 1984er Widerstandskonferenz; daraus zitieren Schroeder und Stadt, daß sich der SPD nahestehende Historiker – unter ihnen wird Steinbach genannt – „um eine betont sachliche Sicht der KPD bemühten“ und daß die Konferenz in diejenigen „Bestrebungen der BRD-Geschichtsideologie“ einzuordnen sei, „das Geschichtsbild der BRD flexibler zu gestalten und in Richtung auf eine Integration weiterer progressiver Kräfte auszudehnen“. Den dicken Knoten am Ende des Fadens bildet eine Attacke gegen die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, die – wie der Fachmann natürlich weiß – unter der Federführung von Steinbach aufgebaut worden ist und von der fälschlich behauptet wird, daß dort Widerständler der NS-Zeit wie Robert Havemann, die wegen Konflikten mit der Ulbricht/Honecker-Führung „für die DDR-Geschichtsschreibung zu ‚Unpersonen‘ wurden, . . . keine Würdigung“ gefunden hätten. Auch Steinbach, so wird hier suggeriert, hat den Kontakten mit DDR-Historikern zuliebe Verrat an der historischen Wahrheit begangen.

Der Vorwurf gegen die Ausstellung ist schnell widerlegt (vgl. die Stellungnahme des Gedenkstätten-Leiters Johannes Tuchel in B 30–31/97): Sie enthält im Bereich „Widerstand aus der Arbeiterschaft nach 1939“ auch Dokumente und Fotos zur Widerstandsgruppe „Europäische Union“ um den Mediziner Georg Groscurth und Robert Havemann: Flugblätter der Gruppe, das Urteil des „Volksgerichtshofes“ und die von Havemann im Zuchthaus Brandenburg zusammengestellten „Drahtlosen Nachrichten“. Im übrigen sind Havemann, Groscurth und ihre Gruppe im 1994 von Steinbach und Tuchel herausgegebenen „Lexikon des Widerstandes 1933–1945“, einem Gemeinschaftswerk von Mitarbeitern der Gedenkstätte und der Freien Universität, in drei lexikalischen Artikeln ausführlich gewürdigt worden. Am Ende des Artikels über Havemann heißt es: „H. ... wurde wegen seiner zunehmend kritischen Haltung gegenüber der SED Mitte der sechziger Jahre aus allen Funktionen entlassen und aus der SED ausgeschlossen. H. stand seit 1976 als Wortführer eines oppositionellen demokratischen Sozialismus in der DDR unter Hausarrest, der bis zu seinem Tode nicht aufgehoben wurde.“ – In meiner nicht ganz kleinen, wenn auch gewiß unvollständigen Büchersammlung zum Thema Widerstand war dies, nebenbei bemerkt, die einzige Fundstelle zu Havemann als Widerstandskämpfer. In den gängigen „Standardwerken“ jedenfalls, westlichen wie östlichen, schlägt man vergeblich nach. Insofern hat die Berliner Gedenkstätte wohl eher Pionierarbeit geleistet.

Das Beispiel zeigt, wie mit einer gezielten Auswahl von Fakten Geschichtsklitterung getrieben werden kann. Wer Finkers Text von 1985 unvoreingenommen liest, kann ihm unschwer etliche ideologische Dogmen, aber auch die politische Ambivalenz des im Detail differenzierter gewordenen Geschichtsbildes der DDR entnehmen: Einerseits gab es zweifellos eine Ausdehnung des politisch erlaubten Forschungshorizonts, die überhaupt erst Ansätze für ein wissenschaftliches Gespräch bot. Andererseits blieb auf DDR-Seite das Bestreben, die Entwicklung politisch-ideologisch im Griff zu behalten und die in ihr liegenden Möglichkeiten auch politisch-operativ zu nutzen. Steinbach gehörte stets zu denen, die diese Ambivalenz erkannten, und er war bereit, die darin liegenden Chancen offensiv (und ganz gewiß nicht – wie ihm die Autoren mit dem folgenden Zitat offenbar unterstellen möchten – politisch naiv) „für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über zentrale Themen der deutschen Zeitgeschichte“ zu nutzen.

Gar so leicht war es allerdings nicht, die DDR aufs öffentliche Podium zu bringen: Zur (West-)Berliner Widerstandskonferenz im Juli 1984, deren Mitveranstalter die Gedenkstätte Deutscher Widerstand – und damit Steinbach – war, durfte kein offizieller Teilneh-

mer aus der DDR erscheinen. Dort hatte man es vorgezogen, im Februar 1984 eine Konferenz des eigenen Historikerverbandes – mit westdeutschen Gästen, zu denen Steinbach *nicht* gehörte – in der Abgeschiedenheit des Ostseebades Sellin auf Rügen zu veranstalten. Den Grund hierfür kann man der nach der Berliner Konferenz für Kurt Hager angefertigten, nicht namentlich gezeichneten „Information“ entnehmen, aus der Schroeder und Stadt nur die ihnen genehmen Passagen zitieren und folgende, den Veranstaltern unterstellten „politisch-ideologischen Grundanliegen“ unterschlagen:

„Erstens ging es den Veranstaltern um die massive Demonstration historischer Wurzeln des bürgerlichen Parlamentarismus und des ‚demokratischen Grundkonsens‘ in der BRD, namentlich zwischen SPD, CDU/CSU und FDP.“

Unmittelbar dazu referiert der Informant erläuternd einen Zeitungsbericht über den Eröffnungsvortrag von Professor Richard Löwenthal: „Die Zusammenarbeit im Widerstand von früher getrennten Kräften aus Kirchen, Konservativen, Sozialisten und Gewerkschaften habe dazu beigetragen, trotz aller gegensätzlichen politischen Vorstellungen Gemeinsamkeiten in Fragen von Recht und Moral zu finden. Diese Gemeinsamkeiten hätten es nach der Katastrophe ermöglicht, einen Staat aufzubauen, in dem Konservative und Sozialisten als Demokraten zusammenarbeiten konnten. Der ‚20. Juli-Kreis‘ habe in einer Zusammensetzung aus Sozialdemokraten, Liberalen, Zentrumsleuten und Konservativen die erste Grundlage der Demokratie der BRD gelegt.“

Weiter heißt es, daß die Konferenz darauf zielte, „... die Bedeutung des Widerstandes sowohl von Führungskräften der herrschenden Klasse in Deutschland als auch von Angehörigen anderer Klassen und Schichten für die Eingliederung der BRD in die westliche ‚Gemeinschaft‘ herauszustellen und so die Westintegration historisch zu legitimieren. ...“

Das war gewiß nicht gerade DDR-konform, und wer die Berliner Konferenz durch die DDR-ideologische Brille so sah, war in der Tat besser hinter dem „antifaschistischen Schutzwall“ aufgehoben. Immerhin filterte Hagers Informant mit einiger Anstrengung noch positive Aspekte zutage, die seinen Herrn erfreut haben mögen: Sämtliche an dem DDR-Kolloquium in Sellin beteiligten „BRD-Historiker (H. Mommsen, H. J. Steinberg, Chr. Kleßmann)“, so konnte Hager lesen, „spielten auf der Westberliner Konferenz nicht nur eine außerordentlich aktive Rolle, sondern lieferten auch die am meisten von Realismus getragenen wissenschaftlichen Beiträge“. Insgesamt müsse (erst das Folgende findet sich bei Schroeder und Stadt zitiert) die Konferenz „in die seit Anfang der 70er Jahre erkennbaren generellen Bestrebungen in der BRD-Geschichtsideologie einge-

ordnet werden, das Geschichtsbild der BRD flexibler zu gestalten und in Richtung auf eine Integration weiterer progressiver Kräfte auszudehnen. Dabei spielen nach wie vor sozialreformistische (sic!) Historiker die vorwärtstreibende Rolle.“ Außerdem lobte er (das zitieren Schroeder und Stadt anschließend) an Mommsen, Sywottek, Kleßmann, Steinberg und Steinbach, daß sie „sich um eine betont sachliche Sicht der KPD bemühten“.

In Steinbachs beiden Konferenzbeiträgen kommt freilich die KPD nirgends vor – sie gelten vielmehr den Bestrebungen zur Wiederherstellung des Rechtsstaats als zentraler Zielsetzung des Widerstands, und sie analysieren die Entwicklung der unterschiedlichen Widerstandsmotivationen hin zu jener „moralischen Rigidität“ im Geist einer „Menschenrechtsbewegung“ jenseits politischer Taktik und Zweckmäßigkeitserwägungen, aus der heraus am 20. Juli 1944 der Umsturz versucht wurde.

Steinbachs gewiß nicht auf DDR-Empfindlichkeiten Rücksicht nehmendes Resümee der Widerstandsforschung lautet: „Als unabdingbare Bezugspunkte

unserer Auseinandersetzung mit dem Widerstand lassen sich Menschen- und Naturrecht, klare Staatsziele und Staatszwecke, die Verbindlichkeit des Rechts als ‚Schutz und Schirm‘ der Schwachen und der Untertanen im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft, schließlich die Achtung vor dem menschlichen Leben und die Respektierung der Gottesebenenbildlichkeit des einzelnen benennen. Ohne jeden Zweifel dachten die Widerstandskämpfer nicht die konkrete Ordnung des Grundgesetzes voraus; aber sie antizipierten seine Prinzipien und gaben einer Zivilität Ausdruck, die sogar die bewaffnete Macht prägte.“

Das ist eine Urteilsbasis, die sich allen schematischen parteipolitischen Festlegungen entzieht und doch auf einen festen Standpunkt nicht verzichtet. Daß die Autoren Schroeder und Stadt diese Basis augenscheinlich weder begreifen noch gar akzeptieren wollen, provoziert Fragen nach ihrer eigenen wissenschaftlichen Urteilsfähigkeit.

Dr. Jürgen Schmädeke, Berlin

\* \* \*

## Widerstandsforschung und vorauseilende Kompromißbereitschaft

Zum „geregelten Nebeneinander“ der beiden deutschen Staaten gab es keine Alternative, solange die SED unter sowjetischem Schutz stand und der DDR-Bevölkerung das Recht auf freie Selbstbestimmung verwehrt werden konnte. Die vertragliche Regelung des Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten machte jedoch keineswegs den historischen Kompromiß mit den Geschichtsmäthen der SED erforderlich.

Jürgen Schmädeke bekräftigt in seinem Artikel noch einmal ausdrücklich ein konstitutives Mißverständnis vieler Teilnehmer des deutsch-deutschen Historikerdialogs, indem er auf eine politische Ambivalenz des Geschichtsbildes der DDR in den achtziger Jahren verweist. Da genau aber hinkte der Pferdefuß: Die „Geschichtspolitik“ der SED kannte keine Ambivalenz, sie war eindeutig. Je nach den taktischen Erfordernissen der SED-Politik vollzogen die verantwortlichen DDR-Historiker mehr oder weniger zügig Uminterpretationen ihres der Parteilichkeit verpflichteten Geschichtsbildes. Das jeweilig gültige vertraten ausgewählte Parteihistoriker dann im deutsch-deutschen Historikerdialog.

Die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 wurden noch 1960 von DDR-Militärgeschichtlern als „Handlanger des deutschen Imperialismus, Spione des

USA-Finanzkapitals und Denunzianten ihrer Kameraden“ beschimpft. In den achtziger Jahren, als im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses für die Westpolitik von SED und MfS-Aufklärung die „Generale für den Frieden“ eine Rolle zu spielen hatten, erklärte man die Männer des 20. Juli kurzerhand zu historischen Vorläufern dieser ost-westlichen „Friedenskrieger“, und als schließlich in der Deutschlandpolitik der SED die „Koalition der Vernunft“ auf der Tagesordnung stand, mußte Claus Schenk Graf von Stauffenberg gar als historischer Vordenker dieser Politik herhalten.

Es geht in der aktuellen Diskussion überhaupt nicht darum, wie Jürgen Schmädeke meint, „westliche Kontakte zur DDR-Geschichtswissenschaft politisch und moralisch generell abzuqualifizieren“. Es geht um die Voraussetzungen dieser Kontakte. Es geht darum, wie weit von beteiligten westdeutschen Politik- und Geschichtswissenschaftlern Rücksichtnahmen auf Empfindlichkeiten der SED gepflegt wurden. In der Kritik stehen einige maßgebliche Historiker des sozialdemokratischen Spektrums, die solche Rücksichtnahmen vor 1989 für notwendig befunden haben und – am Rande auch von uns als Beispiel erwähnt – die zwischen 1983 und 1989 umgestaltete Ausstellung in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Die SED-Führung hat für die Umgestaltung dieser Gedenkstätte Exponate aus ihrem Allerheiligsten, dem Zentralen Parteiarchiv und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee zur Verfügung gestellt, weil sie die Ausstellung in den Zusammenhang ihrer in die Geschichte zurückverlängerten außenpolitischen Konzeption einer „Koalition der Vernunft“ einordnete. Historiographisch untermauert und öffentlich gemacht wurde diese neue geschichtspolitische SED-Interpretation 1984 von Kurt Finker in der Zeitschrift „Militärgeschichte“ (3/84) sowie von Olaf Groehler und Klaus Drobisch im theoretischen Organ der SED „Einheit“ (7/84). Groehler und Drobisch hielten in ihrem Aufsatz Graf Stauffenberg – im Unterschied zu Karl Goerdeler – seine „realistische Einschätzung der Kraft der UdSSR“ zugute sowie die „Einsicht, daß jede Politik ohne oder gar gegen die Sowjetunion zum Scheitern verurteilt sein mußte“.

Vollkommen unverständlich ist, wie Jürgen Schmädke als Beleg für die „politische Ambivalenz des im Detail differenzierter gewordenen Geschichtsbildes der DDR“ noch immer auf einen Text des Potsdamer SED-Historikers Finker verweisen kann. Dieser Mann hatte neben seinen Vortragsreisen zu DKP-Ortsgruppen doch gerade den Auftrag der Abteilung Desinformation aus Markus Wolfs Spionageapparat, politische Geschichtsklitterungen an den „progressiven“ westlichen Mann zu bringen. Differenziert werden sollte vielmehr unter den bundesdeutschen Gesprächspartnern zwischen jenen, mit denen sich bündnispolitisch arbeiten ließ, und solchen, die man nicht einbinden konnte.

Wir haben in unserem Aufsatz, was die Gedenkstätte Deutscher Widerstand betrifft, als Beispiele Robert Havemann und Heinz Brandt genannt. Jürgen Schmädke wie auch Johannes Tuchel (vgl. B 30–31/97) nahmen lediglich auf Robert Havemann Bezug. So schnell, wie Jürgen Schmädke glauben machen will, ist damit jedoch die vernachlässigte Perspektive auf solche Personen, die sowohl Verfolgte bzw. Opfer des Nationalsozialismus als auch der kommunistischen Diktaturen waren, nicht widerlegt.

Bis zur Veröffentlichung unserer Kritik in dieser Zeitschrift (B 26/97) erhielten Besucher von dem Auskunftspersonal der Gedenkstätte Deutscher Widerstand auf die Frage nach Robert Havemann die Antwort, daß dieser nicht in der Ausstellung präsent sei. In der als Findhilfsmittel zugänglichen Liste aller Personen, die in der Ausstellung gewürdigt werden, waren bis zum 8. Juli 1997 weder Robert Havemann noch seine hingerichteten Mitverschwörer Georg Groscurth und Paul Rentsch enthalten; weder im offiziellen Katalog noch in der Raumübersicht „Widerstand aus der Arbeiterschaft nach 1939“, datierend vom März 1994, findet sich ein Hinweis auf

diese Männer und ihre Widerstandsgruppe „Europäische Union“.

Inzwischen wird von der Gedenkstättenleitung auf eine an entlegener Stelle der Ausstellung in einem Aktenordner enthaltene Darstellung der Gruppe um Robert Havemann verwiesen. Wenn aus museumspädagogischen Erwägungen vorgesehen war, in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand den historischen Zustand der DDR zu simulieren, so ist das den dafür Verantwortlichen perfekt gelungen. In der DDR nämlich war Robert Havemann ebenfalls zwar existent, aber öffentlich nicht gegenwärtig.

Auf keiner Ausstellungstafel wird der Auschwitz- und Buchenwaldhäftling Heinz Brandt gewürdigt, der, nachdem er aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet war, auf Geheiß Walter Ulbrichts gewaltsam nach Ost-Berlin entführt wurde, um viele Jahre in den Kerkern des SED-Regimes zu verschwinden. Es wird auch auf keiner Tafel etwa auf Margarete Buber-Neumann hingewiesen, deren Mann Heinz im sowjetischen Exil ermordet wurde, während sie selbst mit vielen anderen Häftlingen zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes von der sowjetischen Geheimpolizei an die deutsche Gestapo ausgeliefert wurde.

Im Unterschied zu Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin, die an herausragender Stelle in der Gedenkstätte gezeigt werden, gibt es für die von Stalins Geheimpolizei im sowjetischen Exil ermordeten Gegner des Nationalsozialismus in der Gedenkstätte keine eigene Ausstellungstafel. Die Tatsache, daß in der Sowjetunion mehr ehemalige Führungsmitglieder der KPD ermordet wurden als im nationalsozialistischen Deutschland, war durch Hermann Webers Forschungen schon lange vor 1989 bekannt gewesen. Insgesamt fielen im sowjetischen Exil über 1 200 NS-Gegner dem stalinistischen Terror zum Opfer.

Aber auch an anderen Stellen der Ausstellung und des Katalogs fallen eigentümliche Aussparungen auf. Unter den Fotografien der christlich-konservativen NS-Gegner Jakob Kaiser und Andreas Hermes wird im erläuternden Text zwar vermerkt, daß sie nach dem Ende des NS-Regimes zu den Gründern der CDU in Berlin gehörten. Nicht hingewiesen wird jedoch in der Bildlegende auf die Tatsache, daß beide Politiker alsbald die SBZ verlassen mußten, weil sie sich der Errichtung der neuen Diktatur widersetzt hatten.

Abschließend noch vier Randbemerkungen zum Kommentar von Jürgen Schmädke: Erstens trifft nicht zu, wie Schmädke schreibt, daß in Peter Steinbachs Konferenzbeiträgen von 1984 die KPD nicht vorkommt. Einer der beiden Konferenzbeiträge Steinbachs behandelt das „Verhältnis der Ziele der militärischen und zivilen Widerstandsgruppen“. Erwähnt wurden von Steinbach als Beispiel für „die

Übereinstimmung politischer und moralischer Ziele" die „Vielfalt und Breite" unterschiedlicher Widerstandsgruppen. Neben der „Goerdeler Gruppe" waren das der „Kreisaauer Kreis", die „Rote Kapelle", die „Gruppe um Beck", die „Stauffenberg-Leber-Gruppe" und die „Saefkow-Gruppe". Diese aber war seit Herbst 1943 in Berlin das Zentrum des illegalen KPD-Apparats. Die KPD wird zwar namentlich nicht erwähnt, sie kommt aber vor.

Zweitens gelten Quellen angeblich zweifelhafter Provenienz für Jürgen Schmädke offenbar dann nicht als zweifelhaft, wenn sie von den richtigen Historikern zitiert werden. So zitiert er selbst aus einem auch von uns erwähnten Dokument die ihm „genehmen Passagen", um zu belegen – was wir nebenbei bemerkt auch gar nicht bezweifeln haben –, daß es ihm selbst und den anderen Veranstaltern der West-Berliner Konferenz im Jahre 1984 „um die massive Demonstration historischer Wurzeln des bürgerlichen Parlamentarismus" ging. Daß die Informanten Kurt Hagers dies festhielten, belegt ihre im Sinne der SED sachgemäße Berichterstattung.

Jeder, der sich über Jahre mit den Geheimdokumenten eines diktatorischen Systems beschäftigt hat, weiß, daß solche Dokumente nicht eine 1 : 1-Abbildung der Wirklichkeit, sondern das für eindimensionale Weltansichten typische, ideologisch verzeichnete Bild von Realität beinhalten. Das gilt für hinterlassene Dokumente von NSDAP und Gestapo ebenso wie für solche aus dem SED- und Staatssicherheitsapparat. Trotzdem finden sich in den Herrschaftsakten des NS- wie des SED-Regimes sowohl harte Fakten über die reale Geschichte als auch die genetischen Schlüsselinformationen über die inneren Funktionsmechanismen beider Diktaturen. Es ist das Geschäft der zeitgeschichtlichen Forschung, diese kritisch zu interpretieren und zu bewerten. Im Fall der Konferenz von 1984 konzentrierte sich das Interesse der SED auf die Perspektiven, die sich für eine „Koalition der Vernunft" auf dem Feld der NS-Widerstandsforschung eröffnen könnten. Unter dieser Maßgabe

wurde die SED-Führung über die Konferenz informiert.

Drittens schlug sich das Interesse der SED an der westlichen Widerstandsforschung neben „namentlich nicht gezeichneten Berichten" auch in namentlich gezeichneten nieder. Erich Honecker und sein ZK-Sekretariat zeichneten im November 1988 eine Beschlußbegründung ab, die der Gedenkstätte in West-Berlin bescheinigte, „ein möglichst objektives Bild der Breite und Vielfalt des Widerstandes zu vermitteln".

Viertens stimmen die von Jürgen Schmädke zitierten Lebensdaten Robert Havemanns an einem wichtigen Punkt nicht. Der Hausarrest gegen Robert Havemann wurde 1979 aufgehoben. Das ging nicht auf die Gnade der SED-Führung, sondern auf eine westliche Solidaritätskampagne für Robert Havemann zurück, durch die der auf ihre antifaschistische Reputation bedachten Honecker-Führung ein internationaler Ansehensverlust drohte. Die Kampagne gegen den Hausarrest von Robert Havemann begann 1976 mit einer Solidaritätserklärung von sechs ehemaligen politischen NS-Häftlingen. Diese auch von Heinz Brandt mitunterzeichnete Erklärung ist in dem von Manfred Wilke herausgegebenen Band „Robert Havemann. Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation" 1978 veröffentlicht worden. Dieses Buch findet sich nicht unter den zahlreichen Literaturhinweisen, die den Besuchern der Gedenkstätte Deutscher Widerstand als Handreichungen im Gedenkstättenkatalog angeboten werden. Dafür aber als Leseempfehlungen mehrere Schriften der MFS-Aufklärer Kurt Finker und Olaf Groehler sowie ein Buch ihres Chefs, dem Generalobersten Markus Wolf.

Über wissenschaftliche Urteilsfähigkeit schließlich wird hierzulande glücklicherweise nicht von einseitig Streitbeteiligten entschieden.

Dr. Jochen Staadt, Berlin

---

**Stellungnahme zu Klaus Schroeder/Jochen Staadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/97:**

Im März 1987 fand in Bonn ein viel beachtetes Kolloquium statt, auf dem Historiker aus der Bundesrepublik und der DDR erstmals in großer Öffentlichkeit über Grundfragen der deutschen Geschichte diskutierten. Veranstalterin war die Historische Kommission der SPD. Schroeder und Staadt stellen auf den Seiten 17 und 18 meinen Beitrag zu diesem Kolloquium in einer Weise dar, daß er als Beleg für die von ihnen vertretene These dient, daß „eher sozialdemokratisch orientierte" Zeithistoriker sich seinerzeit der DDR angedient und angebiedert hätten.

Das Gegenteil trifft zu. Am 20. März 1987 berichtete „Die Zeit" folgendermaßen über die zeitweise von 600 Zuhörern besuchte Veranstaltung: „Wenn trotz des allgemeinen Wunsches, sich näherzukommen und das gemeinsame Erbe in versöhnlichem Geiste aufzuarbeiten, nicht die gravierenden Unterschiede zwischen dem Wissenschaftsverständnis hüben und drüben verwischt wurden, so war dies dem Bielefelder Historiker

Jürgen Kocka, Diskutant der Anfangssitzung, zu verdanken. Er stellte gegenüber: hier den Pluralismus der Fragen, Theorien und Interpretationen, die Offenheit des Universitätsbetriebes, den Verzicht auf Sinnstiftung und einheitliche Geschichtsbilder – dort, im Zentralinstitut für Geschichte, einen engeren Kreis einiger Spitzenhistoriker („Gremien, deren Innenleben wir nicht kennen“), der im Einklang mit der marxistisch-leninistischen Lehre Grundzüge und Schwerpunkte der Forschung festlegt und Traditionspflege und Legitimation des Systems zu Hauptaufgaben erklärt. Kocka ersparte den DDR-Kollegen auch nicht den peinlichen Hinweis, daß in der amtlichen Geschichtsschreibung noch immer der Hitler-Stalin-Pakt über die Aufteilung Polens verschwiegen wird.“ (S. 6)

Wer sich die Zeit nimmt, die beiden Darstellungen zu vergleichen und an dem veröffentlichten Tagungsband (Erben deutscher Geschichte, hrsg. von Susanne Miller und Malte Ristau, Reinbek bei Hamburg 1988) zu verifizieren, kann unschwer eine Arbeitsweise der Autoren Schroeder/Staadt erkennen, die hier exemplarisch deutlich wird, aber von ihnen auch an anderen Stellen praktiziert wird.

Prof. Dr. Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin

## **Jörg Roesler: Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950–1989**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97, S. 3–17

Als die mit der DDR-Vergangenheit befaßten Historiker sich Mitte der neunziger Jahre der Geschichte des DDR-Alltags zuwendeten, fanden sie für den Betriebsalltag bereits die Auffassung vor, die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben hätten sich vor allem durch Arbeitszurückhaltung, Schlendrian und bestenfalls „Chaosqualifikation“ ausgezeichnet. Diese Meinung geht auf Untersuchungen von Industriosociologen in den 1990 bzw. 1991 noch existierenden DDR-Betrieben zurück. Obwohl damals nicht unwidersprochen und auch nur als Zustandsbeschreibung der Situation der achtziger Jahre angeboten, wurde diese Meinung zur Auffassung über die Leistungen der Belegschaften der volkseigenen Betriebe in der DDR-Zeit schlechthin und teilweise auch von Historikern akzeptiert.

Der Beitrag untersucht am Beispiel der für die volkseigene Industrie typischen Brigaden Probleme des Arbeitsalltags: die Beziehungen der Brigademitglieder untereinander und zum Brigadier; ihre Haltung zur Arbeitsleistung; die Auseinandersetzungen zwischen dem Brigadier und dem Meister, dem für die Arbeiter alltäglich erfahrbaren Vertreter der Betriebsleitung.

Bei der Analyse dieser Beziehungen über vier Jahrzehnte ergibt sich ein differenziertes Bild: Weder waren alle Brigaden gleich „engagiert“ oder verhielten sich gleich „opportunistisch“, noch gab es die von den Industriosociologen für die achtziger Jahre geschilderten Zustände von Anfang an oder eine ungebrochene Entwicklung dahin. Situationen, in denen die Meister über Sanktionen und Belobigungen sich gegenüber den Brigaden Respekt verschafften, wechselten mit solchen, in denen der Meister bestenfalls der Kumpel des Brigadiers war. Schließlich war die Möglichkeit der Leistungsmanipulation durch „weiche“ Normen sehr unterschiedlich ausgeprägt in den verschiedenen Industriezweigen, je nach der Fertigungsstruktur.

Der Beitrag schließt mit einem Plädoyer für die konkret-historische Erfassung des Betriebsalltages und dessen Analyse, unbeeinflußt von vorgeprägten Erklärungsmustern.

## **Gerhard Barkleit: Hochtechnologien in der Zentralplanwirtschaft der DDR. Zum Dilemma der Mikroelektronik der DDR in den achtziger Jahren**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97, S. 18–24

Die Beherrschung und Nutzung von Hochtechnologien, den entscheidenden Gradmessern für Innovationsfähigkeit und Effizienz einer Volkswirtschaft, blieben ein unerfüllter Traum der SED von der Gründung ihres Staates bis zu dessen Ende. Sowohl der Flugzeugbau und die Kerntechnik in den fünfziger Jahren, als auch die Rechentechnik/Datenverarbeitung in den Siebziger sowie insbesondere die Mikroelektronik sind Beispiele dafür, daß die zentralistische Kommandowirtschaft nach sowjetischem Vorbild nicht in der Lage war, Hochtechnologien zu entwickeln und sie ökonomisch zu beherrschen.

Der mit hohem finanziellen und propagandistischen Aufwand betriebene Aufbau einer autarken mikroelektronischen Industrie geriet Mitte der achtziger Jahre in eine ausweglose Lage. Selbst das bis dahin erfolgreich praktizierte „Nacherfinden“ westlicher Chips begann die technologischen Möglichkeiten der DDR zu übersteigen. Geheime Lizenzverhandlungen mit der japanischen Firma Toshiba konnten nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Ein Export nicht dem internationalen Stand entsprechender Chipfabriken in technologisch noch weiter zurückgebliebene Länder scheiterte an der damit notwendigerweise verbundenen Offenlegung der Umgehung westlicher Embargobestimmungen. Die von Gorbatschow eingeleitete Liberalisierung in der UdSSR erschwerte die ohnehin komplizierte, zu keiner Zeit funktionierende Zusammenarbeit mit der DDR noch mehr.

## **Arnd Bauerkämper: Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und DDR. Eine Bilanz der Jahre 1945–1965**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97, S. 25–37

In der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft hat sich in Deutschland seit dem späten 18. Jahrhundert ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Dabei wurde die Agrarproduktion rationalisiert und intensiviert, so daß die Erträge und die Arbeitsproduktivität stiegen, während der Anteil der Beschäftigten tendenziell deutlich sank. Mit dem allgemeinen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft gingen eine beschleunigte Urbanisierung und Migration einher, die langfristig eine Dynamisierung der Sozialstruktur auf dem Lande herbeiführten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten vor allem die Zerstörungen, der Flüchtlingszustrom und die allgemeine Not diese Modernisierungsprozesse in Deutschland zunächst auf. In der Sowjetischen Besatzungszone führte die erzwungene Bodenreform sogar einen abrupten Übergang zu einer kleinbetrieblichen Agrarstruktur mit arbeitsintensiver landwirtschaftlicher Erzeugung herbei. Mit dem Wiederaufbau der Industrie und der Städte setzte in der Bundesrepublik Deutschland und DDR in den späten vierziger Jahren aber erneut eine rapide Transformation der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft ein. Während der Strukturwandel in der Bundesrepublik durch ökonomische Anpassungsprozesse gekennzeichnet war und die familienbetriebliche Agrarverfassung nicht beseitigte, wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR durch den politischen Druck des SED-Regimes ausgelöst und von einem fortschreitenden Zerfall der Einheit von Wohn- und Arbeitsraum auf dem Lande begleitet. Die Modernisierungstrends wiesen in den beiden deutschen Staaten gleichwohl beträchtliche Affinitäten auf.

Seit den sechziger Jahren trieben die zunehmenden agro-industriellen Verflechtungen, die Bildung landwirtschaftlicher Großbetriebe und die Steigerung der Mobilität den Wandel der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft weiter voran. Spätestens in den achtziger Jahren traten in beiden deutschen Staaten – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß – jedoch die unvorhergesehenen Folgeschäden der technizistischen, einseitig auf Wachstum zielenden Konzepte agrarischer Modernisierung zutage.

## **Barbara Schier: Alltagsleben und Agrarpolitik im „sozialistischen Dorf“. Eine Regionalstudie zum Wandel eines thüringischen Dorfes während der Jahre 1945–1990**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97, S. 38–47

Der Beitrag befaßt sich mit Merxleben – einem thüringischen Dorf, in dem 1952 die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) der DDR gegründet worden war. Das Alltagsleben wurde auch schon vorher maßgeblich von der SED-Agrarpolitik bestimmt. Diese nahm Einfluß auf die Sozialstruktur, auf die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, auf die ländliche Kulturpolitik u. a. m. Nach mehrjährigen Forschungen der Verf. vor Ort, Auswertung von Archivmaterialien aus den ehemaligen Parteiarchiven sowie Expertenbefragungen entstand das Bild eines „sozialistischen Dorfes“, das trotz seiner gewissen Besonderheit mitnichten dem Wunschbild der Partei entsprach, aber dennoch ökonomisch erfolgreich war. Die Dorfbewohner verstanden es, die Nischen und Winkel einer normativen Agrarpolitik für sich zu nutzen. Während einzelner Phasen der „Entwicklung zum Sozialismus“ entschieden sich die Bauern Merxlebens je nach privater Wirtschaftslage, den zu erwartenden Fördermaßnahmen oder staatlichen Zwängen für den Eintritt in die Genossenschaft oder dagegen.

Als die industrialisierte Landwirtschaft einen normierten, dem der Industriearbeiter vergleichbaren Acht-Stunden-Arbeitstag vorschrieb, bauten die LPG-Bauern in ihrer Freizeit den privatwirtschaftlichen Agrarsektor aus (die private Hauswirtschaft), der ihnen durch hoch subventionierten Produktverkauf zusätzliche Einkünfte verschaffte. Die Führungskader der LPG nutzten ihre Beziehungen zu einflußreichen Partei- und Landwirtschaftsfunktionären auf der Kreis- und Bezirksebene, um die LPG zu wirtschaftlichen Erfolgen zu führen. Der Grundtenor der Berichte zahlreicher Dorfbewohner aus unterschiedlichen Sozialschichten ist denn auch geprägt vom Stolz auf die Eigenleistung, unter politischem Druck das Beste für sich, die Familie, die Freunde „herausgeholt zu haben, was unter schwierigen Verhältnissen überhaupt möglich war“. Sie jonglierten geschickt zwischen Anpassung und Widerstand. Die LPG-Bauern in Merxleben, dem „sozialistischen Dorf“, waren den Industriearbeitern in der Stadt ökonomisch weit überlegen. Sie sind auch heute noch stolz auf ihre damaligen Leistungen und ihre unternehmerische Phantasie.

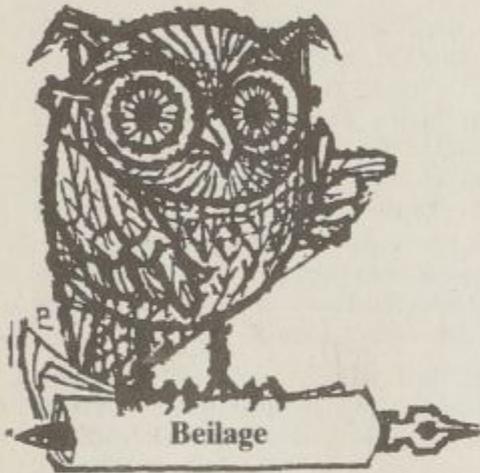
## **Kommentar und Replik: Widerstandsforschung und DDR-Kontakte. Zum Beitrag von Klaus Schroeder und Jochen Staadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989 (B 26/97)**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/97, S. 48–53

# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis  
Sach- und Personenregister



**25,- DM**

*Jahrgang* **1996**

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.): Jahrgänge: 1992 - 1995*



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell-  
Adresse:

**Das Parlament,**

Fleischstraße 62-65.

Telefax (06 51) 97 99-153

Vertriebsabteilung  
54290 Trier

Aus Politik  
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis  
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

Vierzig Jahre  
**Aus Politik  
und Zeitgeschichte**

**Gesamtverzeichnis  
1953-1992**

Chronologisches Register,  
Autorenregister,  
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

**Preis: 15,- DM**  
zuzügl. Versandkosten